Das Mathe-Desaster S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 15 – 14. April 2017
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Angriff ohne Beweise: Donald Trump posiert mit Kadetten einer US-Militärakademie Bild: Mauritius

Erst schießen, dann fragen

Syrien: Trumps Revolverheld-Einlage lässt die Falschen triumphieren

Mit seiner Syrien-Attacke ist der US-Präsident in eine Strategie zurückgefallen, die schon zu viel Unheil angerichtet hat.

Wer hat den verheerenden Giftgas-Angriff in Syrien zu verantworten? Kundige Beobachter diskutieren drei Möglichkeiten: Assads Regierungstruppen hätten die Gasbomben abgeworfen, oder die „Rebellen“ hätten sie selbst gezündet, um Assad ins Visier einer US-Reaktion zu rücken, oder aber die „Rebellen“ hatten vor Ort Giftgas gebunkert, das infolge eines konventionellen Angriffs der syrischen Luftwaffe – quasi aus Versehen – freigesetzt wurde.

Von US-Präsident Donald Trump angeführt, haben westliche Offizielle die zwei letztgenannten Möglichkeiten nicht einmal in Betracht gezogen. Ohne angemessene Untersuchung wurde die Version von Assads Giftgas-Attacke zur unumstößlichen Wahrheit erklärt. Trump befahl umgehend einen „Vergeltungsschlag“ gegen jenen syrischen Fliegerhorst, von dem der Giftgas-Angriff seiner Darlegung zufolge ausgegangen sein soll.

Experten rätseln über Trumps Motiv. Hatte der neue Präsident nicht eine Abkehr vom Konfrontationskurs gegen Russland versprochen, das seine Hand über Assad hält? Schwor er nicht noch Tage zuvor abermals der Politik des „Regimewechsels“ um jeden Preis ab, die im Irak oder in Libyen solch verheerende Folgen – Chaos und nicht endender Bürgerkrieg – hervorgebracht hatte? Wie es aussieht, trieben den Mann im Weißen Haus vor allem innenpolitische Probleme zu der rabiaten Wende. Von der Korrektur der Gesundheitsreform („Obamacare“) bis zur Zuwanderungspolitik – vieles von dem, was Trump angeschoben hat, kommt nicht recht vom Fleck. Medien und gegnerische Politiker (auch aus der eigenen Partei) setzen ihm äußerst wirkungsvoll zu.

> Sein Motiv? Vermutlich rein innenpolitisch

Mit dem Schlag in Syrien konnte er sich, auf denkbar billige Weise, als Macher in Szene setzen und gleichzeitig etliche eben noch feindliche Medien auf seine Seite ziehen, die ihn plötzlich hymnisch feiern. Aus rein persönlichen Machtinteressen hätte Trump somit in der gefährlichsten Zone der Weltpolitik gezündelt. Moskaus Reaktion fiel zwar verhältnismäßig zahm aus. Doch das soll nicht darüber hinwegtäuschen, wie heftig Enttäuschung und Verärgerung im Kreml tatsächlich eingeschlagen sind.

Wer, wie Deutschland, zwischen den beiden Supermächten liegt, dem muss das Sorgen bereiten. Umso bedrückender, mit welchem Feuereifer gerade deutsche Spitzenpolitiker das Revolverheld-Gebaren des US-Präsidenten (erst schießen, dann fragen) bejubeln, allen voran Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU).

Die überstürzte Syrien-Attacke der USA ist ein Triumph für all jene, denen der Graben eines neuen Kalten Krieges gegen Russland nicht tief genug geschaufelt werden kann. Sie ist eine Niederlage für die besonnenen Kräfte, die um die Zerbrechlichkeit des Friedens auf einem Kontinent wie Europa wissen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Entweder oder

Kanzleramtschef Peter Altmaier wird nach dem Willen von Parteichefin Angela Merkel federführend das Wahlprogramm der CDU schreiben und dazu ein eigenes Büro in der Parteizentrale beziehen. Da stellt sich unweigerlich die Frage, wie er diese Mehrbelastung stemmen soll, ohne dass seine Aufgaben als Minister darunter leiden. Immerhin leitet er die Regierungszentrale, koordiniert das Zusammenwirken der Bundesministerien und fungiert als Schnittstelle zu den parlamentarischen Organen des Bundes und den Bundesländern. Das allein dürfte schon den ganzen Mann fordern. Doch Merkel hat ihm auch noch das anspruchsvolle Amt des „Flüchtlingskoordinators“ der Bundesregierung aufgedrückt.

Auch Altmaier hat bei seinem Amtsantritt geschworen, „seine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes zu widmen“. Wohlgemerkt: dem Wohle des Volkes und nicht dem der CDU. Und zwar seine ganze Kraft und nicht nur einen Teil davon. Dafür erhält er gut 15300 Euro Ministergehalt pro Monat zuzüglich einer steuerfreien Pauschale. Es mag ja sein, dass der bekennende Single Altmaier sich tagsüber ausschließlich seinen Regierungsaufgaben widmen und nach der im Kanzleramt getanen Arbeit seinen Feierabend nicht zu Hause, wo niemand auf ihn wartet, sondern im Konrad-Adenauer-Haus verbringen will. Es ist allerdings kaum anzunehmen, dass ihm das gelingen und dass es nicht zu einer Verquickung von Regierungsamt und parteipolitischer Betätigung kommen wird. Die aber wäre wohl verfassungswidrig. Merkel muss sich entscheiden, ob ihr ergebener Paladin ihr als Minister oder Partei-Apparatschik dienen soll. Entweder oder.

Auf dem Weg in die Diktatur

Statt die schlimmste soziale Krise seit Jahrzehnten zu bewältigen, geht Venezuelas Präsident Maduro gegen die Opposition vor

Staatsstreiche in Südamerika sind heute komplexer und werden schon lange nicht mehr nur von Armeeeinheiten durchgeführt. Verfassungsorgane werden auch nicht mehr außer Kraft gesetzt, sondern einfach zweckentfremdet. In Venezuela hat sich der sozialistische Präsident Nicolás Maduro des von ihm eingesetzten Obersten Gerichtes bedient, um die Immunität aller Parlamentsabgeordneten aufheben zu lassen und das mehrheitlich konservativ-liberale Parlament kurzerhand aufzulösen. Der Generalsekretär der Organisation der Staaten Amerikas, (OAS), Luis Almagro, sprach von einem „selbstinszenierten Staatsstreich“.

Die Maßnahme wurde zwar nach zwei Tagen wieder rückgängig gemacht, wohl nicht zuletzt, weil sich Maduro der Loyalität des Militärs nicht zu 100 Prozent sicher sein konnte. Maduro ist offenbar bereit, die verfassungsmäßige Ordnung immer mehr über Bord zu werfen, um seinen eigenen Kopf und die „Revolution“ seines Vorgängers Hugo Chávez zu retten. Anders als Chávez, der mit seinem Charisma große Teile des Volkes und auch das Militär, aus dem er selbst stammte, hinter sich hatte, besitzt Maduro, ein ehemaliger Busfahrer, keinerlei Charisma und offenbar auch keine Ahnung von Politik und Wirtschaft. Chávez würde sich im Grabe umdrehen, wenn er die heruntergekommene Lage seines Landes heute sehen würde, gerade einmal vier Jahre nach seinem Tod.

> Trotz Ölreichtums Almosenempfänger

Hintergrund des jetzigen Konflikts war ein Urteil des Obersten Gerichtshofs vom August 2016, wonach die oppositionelle Mehrheit im Parlament gegen geltendes Recht verstoße, weil sie drei Abgeordnete, deren Mandat wegen mutmaßlichen Wahlbetrugs ausgesetzt worden war, vereidigt hatte. Die Opposition kämpft seit Jahren für eine Volksabstimmung zur Amtsenthebung des Präsidenten. Selbst die Vermittlungsbemühungen des Vatikans, dem es sogar gelungen war, einen 70-jährigen Gewaltkonflikt im Nachbarland Kolumbien friedlich beizulegen, waren in Venezuela nicht von Erfolg gekrönt. Die Verurteilung des Oppositionsführers Leopoldo López zu 14 Jahren Gefängnis wegen seiner Rolle bei den Protesten von 2014 hat die Fronten weiter verschärft.

Auch die Ernennung von Tarek El Aissami zum Vizepräsidenten im Januar hat weiteres Öl ins Feuer gegossen. El Aissami würde bei einer Amtsenthebung Maduros neuer Präsident Venezuelas werden. Die US-Regierung hatte im Februar gegen Tarek El Aissami, Sanktionen wegen einer möglichen Verstrickung in den Kokainhandel verhängt. Der Sohn syrischer Einwanderer hätte nach der Verfassung gar kein Vizepräsident werden dürfen, weil er, obwohl im Lande geboren, zwei Staatsangehörigkeiten besitzt. Er soll im Jahre 2005 auch einen illegalen Waffenhandel mit der libanesischen Hisbollah eingefädelt und viele syrisch-libanesische Landsleute mit falschen Pässen ausgestattet haben. Er wird nun auf einer Liste mit Personen geführt, deren Vermögen eingefroren werden und mit denen niemand aus den USA mehr Handel treiben darf.

> Chávez würde sich im Grabe umdrehen

Die Opposition macht Maduro für die schwere Wirtschaftskrise verantwortlich, die durch den starken Ölpreisrückgang seit 2014 verschärft wurde. Venezuela, das Land der Erde mit den größten Erdölreserven, ist dabei, zu einem Almosenempfänger der Welt zu werden. Kürzlich hat die Staatsführung die UN sogar aufgefordert, das Land mit Medikamenten zu versorgen, weil mittlerweile selbst an solch lebensnotwendigen Dingen Mangel herrscht. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Türkei beendet Militäroperation

Ankara – Die Türkei hat überraschend ihren seit sieben Monaten laufenden Militäreinsatz in Nordsyrien abgebrochen. Obwohl die „Operation Euphrat-Schild“ getaufte Intervention kein Stück des Euphrat verteidigt hat, verkauft der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan sie als großen Erfolg. Von einem vollständigen Rückzug ist auch nicht die Rede. Trotz massiver zahlenmäßiger und vor allem technischer Überlegenheit ist es den türkischen Truppen nur gelungen, eine Pufferzone von 30 Kilometern Breite und 80 Kilometern Länge mit den Städten Jarabulus, Al-Rai, Dabiq und Al-Bab einzunehmen – und dies bei eigenen Verlusten von 80 Soldaten. Auch mehr als ein Dutzend Leopard-Panzer hat die türkische Armee in Nordsyrien verloren. Erklärbar sind solche Fehlleistungen nur durch die immense Schwächung der türkischen Streitkräfte infolge der Säuberungen im Offiziersapparat nach dem misslungenen Putsch im Juli vergangenen Jahres. Die Operation hat keinen Zentimeter Euphrat befreit, ganz zu schweigen von dem eigentlichen Ziel der Operation, der Stadt Raqqa, wo sich das syrische Hauptquartier des IS befindet. Vor dessen Toren stehen inzwischen die kurdisch-arabischen Selbstschutzeinheiten mit US-amerikanischer Unterstützung. In den letzten Wochen hatten die US-Streitkräfte zusätzliche Militär-Instruktoren nach Nordsyrien entsandt, um mögliche Kämpfe zwischen kurdischen und türkischen Truppen zu verhindern. Denn die Kurden und nicht die mit der NATO verbündeten Türken sind zu den wichtigsten Verbündeten der NATO-Vormacht USA geworden. Auch das gehört zu den Absonderheiten des Bürgerkrieges in Syrien und seiner internationalen Auswirkungen. *B.B.*

Keine Bleiben bei Missbrauch

Münster – Das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat entschieden, dass sich EU-Bürger nicht auf die Arbeitnehmern innerhalb der Union garantierte Freizügigkeit berufen können, wenn die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses rechtsmissbräuchlich erfolgt ist. Die Rumänin hatte versucht, durch Vorlage eines gefälschten Arbeitsvertrages ein Freizügigkeitsrecht geltend zu machen, weshalb ihr die Stadt Duisburg die Abschiebung in ihr Heimatland androhte. Daraufhin ging die Antragstellerin ein Arbeitsverhältnis ein, das sie nach Aufhebung der Abschiebungsandrohung wieder beendete. Auf die Anhörung zu einer erneuten Abschiebungsandrohung legte sie sodann einen unbefristeten Arbeitsvertrag über eine Tätigkeit als Spendensammlerin vor. Auch dieser Tätigkeit ging sie nur für kurze Zeit nach. Zur Begründung seiner Entscheidung führte das Gericht aus, die Rumänin könne ein Freizügigkeitsrecht nicht aus dem erneuten Arbeitsvertrag mit demselben Arbeitgeber herleiten. Nach der ständigen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs sei eine missbräuchliche Berufung auf Normen des Unionsrechts nicht gestattet. Ein derartiger Missbrauch sei hier anzunehmen. Das Verhalten der Antragstellerin könne nur so verstanden werden, dass sie eine Erwerbstätigkeit nur vorübergehend und allein zur Abwendung aufenthaltsbeendender Maßnahmen ausüben wolle. Dies entspreche nicht den Zielen des Freizügigkeitsrechts. *J.H.*

Droht Minsk die »bunte Revolution«?

Wie in der Ukraine könnte es in Weißrussland zu einem von außen gesteuerten Putsch kommen

Noch vor einem Jahr war sich Russlands Außenminister sicher, dass es im Nachbarland Weißrussland keine „bunte Revolution“ geben werde. Versuche, das Land zu destabilisieren, würden in der Bevölkerung keine Unterstützung finden. Doch nun mehren sich Hinweise darauf, dass es auch in Weißrussland zu einem von außen gesteuerten Putsch kommen könnte – ganz nach dem bereits aus der Ukraine bekannten Schema.

Er hat schon eine Haftstrafe hinter sich, weil er als Oppositioneller im Weißrussland unangenehm aufgefallen ist, aber das scheint ihn nicht zu stören. Mikalaj Statkewitsch, Mitglied der sozialdemokratischen „Narodnaja Hramada“, ließ es wieder darauf ankommen und rief gegen Ende März auf seiner Web-Seite zur Demonstration gegen den Präsidenten Alexander Lukaschenko auf. „Es ist wichtig, dass möglichst viele Menschen nach Minsk kommen“, ließ er wissen, „wenn die Menschen dazu bereit sind, werden wir zu einer unbefristeten Aktion übergehen.“

Wer sich an die verschiedenen Farben-Revolutionen von Georgien bis zur Ukraine erinnert, der vermag hier dasselbe Muster zu erkennen, und tatsächlich zeigen Aufruf und Ablauf aus Minsk bekannte Merkmale. Da ist zum einen die Taktik, die Proteste in der Hauptstadt zu zentralisieren, nicht etwa übers Land verteilt und ganz von selbst sich entwickeln zu lassen; zentralisierter Protest – das heißt, die Sache ist wohlorganisiert und keineswegs spontan. Dahinter stehen ein leitender Gedanke und eine vorformulierte Absicht. Was auch noch dahinter steht, und zwar ganz wesentlich, ist die Finanzierung des Aufbegehrens. Das haben nicht zuletzt die Ereignisse auf dem Kiewer Maidan gezeigt, wo die Demonstranten Tagegelder bezogen und sich die damalige stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland brüstete, Washington habe sich den Aufstand fünf Milliarden Dollar kosten lassen. Der weißrussische Präsident ist in dieser Sache zwar keineswegs ein unbelasteter Zeuge, doch wenn er angibt, aus deutschen und US-amerikanischen Fonds seien über Litauen und Polen Gelder zur Unterstützung der Proteste in Minsk dorthin geflossen, so spricht doch die Plausibilität in diesem Fall deutlich für ihn.

Lukaschenko erklärte weiter, aus einem EU-Land sei zuvor eine Warnung erfolgt. „Dies veranlasste uns zu handeln. Ich habe die Geheimdienste beauftragt, eine Fahndung einzuleiten, und dabei haben wir ein ganzes Waffendepot entdeckt.“ Das scheint von Neonazis gehortet worden zu sein, was ebenfalls eine Parallel zu Kiew und den maßgeblichen Treibern in der Ukraine aufzeigt. Die Sicherheitskräfte, so Lukaschenko weiter, hätten mehrere Dutzend Kämpfer festgenommen, die „in einem Lager mit Waffen trainierten“.



Foto: Imago

Unzufriedenheit wächst: Ärger über Polizisten, die in Minsk gegen Demonstranten vorgehen

Russlands Botschafter in Weißrußland, Alexander Surikow, nannte diese Vorgänge antirussisch und fügte hinzu: „Alles, was die Handlungen des Westens an der ukrainischen Flanke und an der weißrussischen Flanke betrifft, sind antirussische Handlungen. Wir begreifen, dass die künftigen Bemühungen gegen Weißrussland gerichtet sind und sie haben schon begonnen.“ Der russische Diplomat sagte weiter, die EU-Länder seien noch nicht in der Lage, Minsk von Moskau zu trennen. „Auch ist Weißrussland nicht bereit, sich in die Arme des Westens zu werfen und alle Wirtschaftsbeziehungen mit Russland abzubrechen“, so Surikow. Dabei gebe es zahlreiche Bemühungen, um dieses Ziel zu erreichen. Nach Weißrussland kämen immer öfter „zahlreiche Delegationen“ aus dem Westen. Moskau, so unterstrich der Diplomat, verfolge diese Ereignisse aufmerksam. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Nachbarn konzentriert sich hauptsächlich auf den Energie-Sektor. Russland liefert nicht nur Öl und Gas nach Weißrussland, sondern ist auch beim Bau eines Kernkraftwerkes behilflich.

Eine wichtige Aufgabe fällt bei der westlichen Einflussnahme auf Weißrussland dem Sender „Belsat“ zu. Dieser ist offiziell eine polnische Einrichtung und wird vom TV-Sender TVO betrieben. Finanziert wird er aber mit Geldern der EU. Es ist seine erklärte Absicht, in Weißrussland gegen die Regierung zu arbeiten. Als bei den Protesten in Minsk mehr als hundert Leute festgenommen und mehrere Tage festgehalten wurden, berichtete „Belsat“ ausführlich darüber. Das brachte dem Sender eine Razzia durch die Polizei ein.

Von alldem bleibt Moskau nicht unberührt. Dabei sind die Beziehungen zwischen Minsk und Moskau keineswegs so herzlich, wie das im Westen dargestellt wird. Russlands Präsident Wladimir Putin betrachtet seinen weißrussischen Kollegen eher misstrauisch und als einen Unsicherheitsfaktor. Deshalb hat Moskau auch ohne Unruhen ein wesentliches Interesse an Stabilität bei seinem Nachbarn. Würde diese nach bekanntem Muster durch US-amerikanische oder EU-gelenkte Subversion gefährdet, so beträfe das die Sicherheit Russlands ganz unmittelbar.

Von der weißrussischen Grenze bis Moskau sind es kaum 450 Kilometer, ebenso viel wie von der nächstgelegenen ukrainischen Grenze. Daher sind diese beiden Länder, zusammen mit Georgien, im Kalkül der russischen Strategen außerordentlich wichtig. Dazu kommt, dass sowohl die Ukraine als auch Georgien in der Nato so etwas wie die Rolle eines zuverlässigen Dauergastes spielen und seit längerem mit einer Mitgliedschaft kokettieren. Denselben Status nähme Weißrussland ein, wenn es zu einem Regime-Wechsel nach CIA-Art käme. Das aber wäre für Russland unannehmbar.

Hier nämlich tritt aus dem russischen Blickwinkel ein Unterschied zwischen Weißrussland und der Ukraine auf. Die Ukraine befindet sich in einem Zustand des fortschreitenden Verfalls, und je weiter das vor sich geht, umso bedeutungsloser und ungefährlicher wird das Land in Moskaus Beurteilung, jedenfalls solange die Nato nicht offen in den ukrainischen Krieg eingreift. Weißrussland dagegen wäre unter Nato-Einfluss eine unmittelbare Bedrohung, die Moskau aller Wahrscheinlichkeit nach nicht hinnehmen könnte. Hier gilt tatsächlich eine rote Linie, die heute schon gezogen wird von ungezählten US-Militär-Basen entlang der russischen Grenzen.

Florian Stumfall

Kaum mehr als legislative Symbolpolitik

Bundesregierung beschließt Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Kinderehen

Der Focus bei der Betrachtung des Themas Kinderehen muss auf schnellstmöglicher Beendigung dieser Praxis liegen. Realisten wird klar sein: Das ist schon aus einem Grund nicht allein per Gesetz erreichbar: Zugewanderte, die mit der „Tradition Kinderehe“ sozialisiert sind, stellen diese prinzipiell über das Gesetz; sowohl im eigenen als auch im fremden Land. So heißt es im Weltbevölkerungsbericht 2016: „In einigen Ländern der Welt kann es einem zehnjährigen Mädchen widerfahren, verheiratet zu werden, obwohl dort Kinderheirat gesetzlich verboten ist.“

> Zugewanderte, die mit der Kinderehe sozialisiert sind, stellen diese sowieso prinzipiell über das Gesetz

Hierzulande wurde mit der Änderung des Personenstandgesetzes (PStG) ab 2009 die Standesamtspflicht aufgehoben. Seitdem erlaubt der Staat eine religiöse Trauung auch ohne zeitlich vorrangige Eheschließung beim Standesamt, sie bleibt nur ohne Rechtswirkung. Zu den damaligen Bedenken des Bundesrates schrieb die schwarz-rote Bundesregierung freimütig: „Die Erfahrungen haben gezeigt, dass andere in Deutschland vertretene Religionsgemeinschaften trotz wiederholten Hinweises durch verschiedene deutsche Stellen nicht dazu bewegt werden konnten, ihre Eheschließungspraxis nach den §§ 67, 67a PStG auszurichten.“ Terre des femmes bestätigt: „Für Betroffene spielt die Art der Eheschließung keine Rolle. In ihrer Lebenswelt sind auch religiös geschlossene Ehen absolut verbindlich und haben mitunter sogar ein größeres Gewicht als die vor einem Standesamt geschlossenen.“

Der aktuell von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Nichtanerkennung von Kinderehen hat also kaum mehr als symbolische Bedeutung. Ganz unwichtig ist das nicht. Denn es geht auch um die Verteidigung des „ordre public“, den vorwiegend in linken Kreisen beheimatete Kritiker des Gesetzesvorhabens nicht angewandt wissen wollen. Dieser besagt: Im internationalen Privatrecht ist die Rechtsnorm anderer Staates nicht anzuwenden, wenn das Ergebnis mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Dazu äußerte der Völkerrechtler Walter Kälin: „Die Grund- und Menschenrechte verlangen von den Staaten nicht, dass sie in ihrem eigenen Recht Eheformen wie Polygamie oder Kinderehen zulassen müssen, welche ihrer eigenen Wertordnung fundamental widersprechen. Sie sind auch nicht verpflichtet, mittels Einreiseerlaubnis und Familiennachzug polygamen Ehen zu ermöglichen, ihr Familienleben auf dem Gebiet des eigenen Staates zu realisieren.“ Hier seien die Staaten berechtigt, „dem Schutz der eigenen Identität Vorrang einzuräumen“. Neben dieser Klarheit bleibt die Frage: Will man das hierzulande, der eigenen Identität Vorrang einräumen? Anders gefragt: Wer will es nicht und warum nicht?

Wie auch immer: Ein symbolisch bedeutsames Gesetz wird die Lage der betroffenen Mädchen kaum verbessern; ein weing vielleicht unter zusätzlicher Heranziehung bereits vorhandener Gesetze, etwa der Paragrafen 176 und 237 des Strafgesetzbuches (Sexueller Missbrauch von Kindern und Zwangsheirat) oder dem Paragrafen 1314 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Aufhebung der Ehe). Wichtig wäre zudem die Einbeziehung folgender Sachverhalte: Kapazitäten von Gerichten, Polizei und Jugendamt sind nahezu ausgeschöpft und stark traditionsbestimmte Männer werden sich wohl kaum die ihnen angetrauten Mädchen ohne Weiteres wegnehmen lassen. Und selbst wenn, könnten die Mädchen kaum lebenslangen Schutz vor familiärer Rache erhalten, sollten sie der freien Selbstentfaltung den Vorrang geben wollen und in der Folge mit den Angehörigen brechen müssen. Diesbezüglich erscheint im Übrigen das Argument, die Mädchen verlören bei Nichtanerkennung ihrer Ehe Unterhaltsansprüche, reichlich absurd. Zum einen, weil von Asylsuchern in der Regel ohnehin kein Geld zu holen ist, und zum anderen, weil die Abhängigkeit, die gerade überwunden werden soll, aus finanziellen Erwägungen heraus aufrecht erhalten wird.

> Letztlich wird die Tradition der Kinderehe nur in Kooperation aller Beteiligten, also auch der patriarchalischen Männer, auflösbar sein

Letztlich wird die „Tradition der Kinderehe“ nur in Kooperation aller Beteiligten, also auch der bis dato patriarchalisch erzogenen Männer, auflösbar sein. Einen Anknüpfungspunkt böten die Aspekte Stolz und Ehre. Vielleicht ließe sich doch einmal einer davon überzeugen, dass die Herrschaft über die Frau nicht konstitutives, sondern destruktives Element von Stolz und Ehre ist, nämlich als Zeichen von Schwäche, nur einer stets gehorsamen Ehefrau gewachsen zu sein.

Susanne Baumstark

Mathematische Analphabeten

Universitätsprofessoren bemängeln fehlende Mathematikkenntnisse bei Abiturienten

Während der langjährige Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, in seinem neuen Buch beklagt, wie die Bildungsnation Deutschland durch eine unsinnige Wohlfühl-Pädagogik „an die Wand gefahren“ wird, hauen 130 Universitätsprofessoren und Gymnasiallehrer in dieselbe Kerbe und bemängeln die mangelhaften Mathematikkenntnisse der Abiturienten.



Wird wohl auch nichts: Abiturienten protestieren gegen angeblich zu schwere Mathe-Aufgaben im Zentralabitur Bild: pa

Der Inhalt des offenen Brandbriefs, der unter anderem an die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Susanne Eisenmann, und Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (beide CDU) adressiert war, lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: Weil der Mathematik-Schulstoff immer mehr ausgedünnt worden sei, hätten die Wissensdefizite der Studienanfänger in den Wirtschafts-, Ingenieur- und Naturwissenschaften extrem zugenommen. Den Abiturienten ermangele es teilweise sogar an Kenntnissen bezüglich des Stoffs der Mittelstufe – das betreffe beispielsweise die Bruch- und Wurzelrechnung sowie die Elementargeometrie. Deshalb müsse man an den Universitäten „mathematische Alphabetisierungsprogramme“ starten. Schuld an der Misere, so die Unterzeichner des Schreibens, seien neue, völlig ungeeignete pädagogische Konzepte. Der Stoff werde jetzt „nur noch oberflächlich vermittelt“, also „häppchenweise angeboten“ und nicht ausreichend vernetzt: Aushöhlung, Entfachlichung, Entkernung des Mathematikunterrichtes seien das Resultat. Deshalb fordern die Professoren und Lehrer die Verantwortlichen auf, in ihrem jeweiligen Einflussbereich dafür Sorge zu tragen, dass „Deutschlands Schulen wieder zu einer an fachlichen Inhalten orientierten Mathematikausbildung zurückkehren können.“

Letzter Auslöser für diese Initiative war ein handfester bildungspolitischer Skandal in Hamburg. Der Notendurchschnitt der dortigen Schüler beim ersten Test zur Vorbereitung des Einsatzes bundeseinheitlicher Mathematik-Abituraufgaben lag im Dezember 2016 bei einer miserablen 4,1. Gut die Hälfte der 3201 Probanden kassierte Vieren, Fünfen oder Sechsen. Daraufhin ordnete Bildungssenator Ties Rabe (SPD) kurzerhand an, alle Ergebnisse um eine Note anzuheben – nicht zuletzt mit der Begründung, in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern habe man früher doch ganz ähnliche „Korrekturen“ vorgenommen.

Allerdings dominieren trotz der alarmierenden Ergebnisse von Hamburg sowie des nachfolgenden Warnrufs der 130 Professoren und Lehrer immer noch die Stimmen, welche alles schönzureden versuchen. Regelrecht dreist fiel dabei die Reaktion von Kristina Reiss aus, also der Leiterin des deutschen Teils der Pisa-Studie, in deren Rahmen die Schulleistungen in verschiedenen Ländern miteinander verglichen werden: „Es ist ein fundamentales Missverständnis, dass die Schule die Schüler studierfähig abzuliefern hat.“ Anders, aber ebenso bizarr, kam die Stellungnahme von Kultusministerkonferenzpräsidentin Eisenmann daher, welche zugleich auch als CDU-Bildungsministerin von Baden-Württemberg fungiert: „Ziel des Abiturs ist die Hochschulreife – und nicht das Niveau zum Ende eines Mathe-Studiums. Es ist eine Frage des Anspruchs.“ Da rätseln natürlich nun viele Experten, wozu das deutsche Abitur sonst gut sein soll, wenn nicht als Eintrittskarte für die Hochschule. Und ob man tatsächlich erst jahrelang Mathematik studieren muss, um einfache Aufgaben zu bewältigen.

> Viele Abiturienten beherrschen nicht den Stoff der Mittelstufe

Eigentlich wäre angesichts dieser Aussagen ein Sturm der Entrüstung fällig, doch statt dessen veröffentlichten 50 andere Professoren und Dozenten mit zumeist erziehungswissenschaftlichem Hintergrund eine „Stellungnahme“, in der sie abwiegelten, die Schüler in Deutschland stünden doch im internationalen Vergleich immer noch recht gut da.

Ungeachtet dieser Beschwichtigungsversuche fordern Teile der Opposition in der Hamburgischen Bürgerschaft politische Konsequenzen von Rabe. Dabei verweist die AfD-Fraktion im Landesparlament auf die grundsätzlich falschen Prämissen der heutigen Pädagogik, die letztlich für den "Mathe-Schock" verantwortlich sei. Sie stelle „zu einseitig auf Lob und Bestärkung ab, anstatt gerade auch Eigenschaften wie Disziplin, Fleiß und Leistungsbereitschaft von den Schülern einzufordern“. Dahingegen verlangen die Hamburger Linken Betreuungsmaßnahmen für die Schüler, die an dem Test teilgenommen haben, um deren ramponiertes Selbstvertrauen wieder aufzupäppeln.

Wolfgang Kaufmann

Meldungen

Vorstoß gegen Verhüllung

Berlin – Die Bundesregierung will Beamte und Soldaten dazu verpflichten, ihr Gesicht bei Ausübung ihres Dienstes oder „bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug“ nicht zu verhüllen. Dies geht aus einem Gesetzentwurf „zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung“ hervor. Zur Durchsetzung gesetzlich vorgesehener Identifizierungspflichten ist darüber hinaus eine Änderung des Personalausweisgesetzes vorgesehen. Danach erfolgt die Identifizierung einer ihren Ausweis vorlegenden Person durch einen Abgleich des Lichtbilds mit ihrem Gesicht. Das erfordere, dass das Gesicht deutlich erkennbar ist, „und zwar in demselben Umfang wie auf dem Lichtbild des Ausweises abgebildet“, heißt es in der Begründung des Gesetzentwurfes. *J.H.*

Kein Geld mehr für die NPD

Büdingen – Es ist ein Vorgang mit Signalwirkung. Die hessische Stadt Büdingen hat der NPD die Fraktionsgelder gestrichen. Bürgermeister Erich Spamer von den Freien Wählern beruft sich bei seiner Maßnahme auf das Bundesverfassungsgericht: „Wir haben uns zu dem Schritt entschieden, weil das Bundesverfassungsgericht die NPD zwar für verfassungswidrig erklärt, aber wegen ihrer Unbedeutendheit nicht verboten hat“, sagte Spamer. Das Gericht habe aber darauf hingewiesen, verfassungswidrige Parteien nicht noch mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. „Büdingen nimmt uneingeschränkt eine Vorreiterrolle ein“, sagt Spamer selbstbewusst. „Andere Kommunen warten nun ab, was bei unserem Verfahren herauskommt.“ Die NPD sitzt seit den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr mit vier Abgeordneten im Parlament der 21 000-Einwohner-Stadt. *P.E.*

Marx zurück in Trier

China schenkt der Stadt monumentale Statue ihres Sohnes

Fast überall in der ehemals kommunistischen Welt, mit Ausnahme von China und Nordkorea, sind Statuen von Karl Marx in großer Zahl und unter dem Applaus der Bevölkerung abgebaut worden. Jetzt hat der Stadtrat von Trier, der Geburtsstadt des Theoretikers des dialektischen Sozialismus, mit parteiübergreifender, überwältigender Mehrheit beschlossen, eine gigantische Karl Marx-Statue neu zu errichten – ein Geschenk der Volksrepublik China. Mit dieser pflegt Trier seit vielen Jahren sehr enge Beziehungen.

Die Statue soll auf dem Trierer Simeonstiftplatz, in der Nähe der altehrwürdigen Porta Nigra aufgerichtet werden. Im Schatten der Porta Nigra steht auch die Apotheke, in deren Obergeschoss die Familie von Karl Marx zur Zeit seiner Geburt 1818 auch gewohnt hatte, obwohl sein offizielles Geburtshaus, wo heute ein Museum untergebracht ist, einige hundert Meter östlich in der Nähe des Viehmarktes steht. Hierher pilgern Jahr für Jahr 150 000 Touristen aus dem Reich der Mitte, das Karl Marx noch immer auf gleicher Höhe wie Konfuzius verehrt.

Den Einwohnern Triers ist ihr berühmter Sohn relativ egal, auch wenn sie sich über den marxistischen Touristenboom freuen. Seit dem Untergang des real existierenden Marxismus hat dessen Namensgeber jedoch auch in Trier vereinzelt Befürworter gefunden. Manch einer ist stolz darauf, dass neben dem römischen Kaiser Konstantin und dem Heiligen Ambrosius mit Marx noch ein Dritter der ganz Großen der Weltgeschichte in Trier seine Wurzeln hatte.

Das mag den Stadtvätern durch den Kopf gegangen sein, als sie das Geschenk aus dem Reich der Mitte annahmen. Nur die Grünen appellierten an den Stadtrat, das Geschenk abzulehnen. „Wer ein Geschenk annimmt, ehrt den Schenkenden. Die Kommunistische Partei Chinas ist keine Ehre wert“, sagte ein grünes Stadtratsmitglied. Mit der Ablehnung der Statue hätte die Stadt ein Zeichen gegen Menschenrechtsverletzungen in China setzen können, hieß es. Auch die AfD äußerte sich während der Stadtratssitzung kritisch: „Marx hat die parlamentarische Demokratie abgelehnt und auch zum Judentum seiner Eltern hatte er ein schwieriges Verhältnis“.

Seit einiger Zeit hat eine neue Entspanntheit im Umgang mit Marx Platz gegriffen. Bereits 2013 hatte der Künstler Ottmar Hörl zu dessen 195. Geburtstag 500 knallbunte meterhohe Marx-Figuren vor der Porta Nigra aufgestellt, die zum beliebten Foto- und Sammlermotiv wurden. Der Studierendenausschuss der Uni Trier fordert sogar seit Jahren eine Umbenennung der noch namenlosen Hochschule in „Karl-Marx-Universität Trier“.

Auch der Umgang der Kirche mit Marx hat sich entspannt. Marx hatte einst ein Trierer Gymnasium besucht, das in seiner großen Mehrheit von späteren Klerikern besucht wurde. Unter diesen Klerikern befanden sich viele sozial Aufgeschlossene, die auch 1865 dem ersten Katholikentag in Trier ihren Stempel aufdrückten. Unter ihnen hatte Marx bis zu seinem Lebensende viele Bewunderer, auch wenn nicht alle mit seinen Schriften einverstanden waren. Der ebenfalls aus Trier stammende Vordenker der katholischen Soziallehre, der Jesuit Oswald von Nell-Breuning (1890-1991), hat Marx‘ wirtschaftswissenschaftliche Forschung gewürdigt. Der ehemalige Trierer Bischof Reinhard Marx, der jetzt zum Münchner Kardinal und Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz aufgestiegen ist, hat im Jahre 2010 mit seinem Buch „Das Kapital“ Furore gemacht und sich extra einen Bart wachsen lassen, um seinem Namensvetter und Kritiker der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zumindest äußerlich ähnlich zu sein. *Bodo Bost*

Geschäftsmodell Abzocke

Bundesrechnungshof bemängelt Kosten für Asylsucher

Die große „Flüchtlingskrise“ ist aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Die Tatsache, dass die Bundesregierung zusätzliche Einnahmen in Milliardenhöhe zurückhält, um die Folgekosten bewältigen zu können, hat allerdings gezeigt, dass die finanziellen Auswirkungen Deutschland noch lange beschäftigen werden. So ist die Bundesagentur für Arbeit (BA) wegen ihrer im Herbst 2015 als Soforthilfe organisierten Deutschkurse für Flüchtlinge in die Kritik des Bundesrechnungshofs geraten. Die Prüfer halten ihr unter anderem vor, „keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen zu haben, um den Erfolg der Einstiegskurse strukturiert zu prüfen“. Der Rechnungshof bemängelt außerdem die Qualität der Kurse sowie die von den Kursanbietern vorgelegten Abrechnungen. Die Kurse seien auch aufgrund der schlechten Qualität des Lernmaterials „von schwindenden bis zur Kursauflösung führenden Teilnehmerzahlen geprägt“ gewesen.

400 Millionen Euro standen 2015/16 zur Verfügung, um Zuwanderern einen Einstieg in die deutsche Sprache zu ermöglichen. Es sei davon auszugehen, dass ein großer Teil der Mittel verpufft ist – auch, weil mit ihnen schlampig umgegangen wurde. Der Bundesrechnungshof stellte dabei fest, dass die Arbeitsagentur es sogar akzeptierte, wenn auch Kinder zwischen 0 und 13 Jahren als Kursteilnehmer abgerechnet wurden, obwohl es sich um eine Maßnahme zur aktiven Arbeitsförderung handeln sollte. Eine Stichprobe bei 136 der insgesamt 14 000 Kurse ergab, dass 4,3 Prozent der Teilnehmer jünger als 16 Jahre alt waren. Erst im Laufe des vergangenen Jahres wurden Kontrollen und das Qualitätsmanagement verschärft, da hatten viele Anbieter ihre Rechnungen aber schon eingereicht.

Die Posse um die Sprachkurse ist bei weitem nicht das einzige Beispiel dafür, dass Steuergelder in Zusammenhang mit Asylsuchern ohne Sinn und Verstand verschlampt wurden. Seit Monaten leer stehende Erstaufnahmeeinrichtungen kosten beispielsweise den Freistaat Bayern viel Geld. Demnach schlagen leerstehende Gebäude monatlich mit knapp einer Million Euro zu Buche. Eine Million Euro kostet auch ein Planungsfehler in Pinneberg bei Hamburg, Da wurde in Windeseile ein Container-Dorf aus dem Boden gestampft, allerdings wurden die umfangreichen Brandschutzauflagen nicht beachtet. Nun steht die Einrichtung leer und die Gemeinde muss mehrere hundert Asylsucher noch immer kostenpflichtig in Hotels unterbringen.

Solche Beispiel gibt es quer durch die Republik zu Hauf. In Genthin/Sachsen-Anhalt sollte ein leerer Supermarkt zur Gemeinschaftsunterkunft werden. Der Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement mietete den Supermarkt auf drei Jahre für insgesamt 880 000 Euro, obwohl klar war, dass er ohne Umbauten gar nicht nutzbar ist. Außerdem fehlte die Zustimmung des Landkreises zur Nutzungsänderung. Das Gebäude steht leer. Die Miete muss trotzdem gezahlt werden. Das gilt auch in der Ruhr-Metropole Essen. Wie die „Bild“-Zeitung berichtete, mietete das Land Nordrhein-Westfalen in Essen einen früheren Bürokomplex als Asylbewerber-Unterkunft an. Das Gebäude steht aber seit Monaten leer. Trotzdem zahlt das Land jeden Monat 235 754 Euro für Miete und Nebenkosten. Davon kostet alleine der Wachschutz monatlich 47 130 Euro. Der Mietvertrag läuft für zehn Jahre. Eine Ausstiegsklausel gibt es nicht. Nordrhein-Westfalens-Innenminister Ralf Jäger (SPD) sieht keinen Grund zur Kritik: „Wir hatten eine Krise, da musste manches eben schnell gehen.“

Peter Entinger

Zeitzeugen



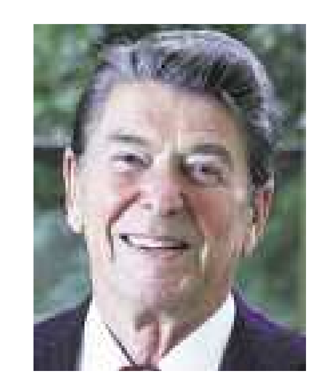
Richard Arthur Hayward – Als Häuptling der Mashantucket-Pequot wurde Hayward durch die Eröffnung des Foxwoods Resort Kasinos zum Multimillionär und machte seine Stammesbrüder zu den reichsten Indianern überhaupt. Trotzdem wählten diese ihn nach 23 Jahren ab, weil er sich zu viel um die Spielhölle und zu wenig um sie gekümmert hatte.

Russell Bryan – Gemeinsam mit seiner Frau Helen klagte der arbeitslose Ojibwe-Indianer 1976 vor dem Obersten Gerichtshof der USA gegen einen Grundsteuerbescheid von 148 Dollar für den familiären Wohnmobilstellplatz im Leech-Lake-Reservat von Minnesota. Sein Sieg in diesem Prozess ermöglichte die spätere Glücksspiel-Industrie der „Native Americans“, denn der Supreme Court bestätigte damals die innere Autonomie der Reservate.



Lim Goh Tong – Nachdem 23 amerikanische Banken es abgelehnt hatten, den Mashantucket-Pequot einen Kredit für den Bau des Foxwoods Resort Casinos zu geben, lieh der chinesisch-malaysische Unternehmer dem Stamm 235 Millionen Dollar. Dafür kassierte er hohe Zinsen und zehn Prozent der Netto-Einnahmen des Glücksspiel-Tempels. Wahrscheinlich verdiente Tong damit über eine Milliarde Dollar.

Mary Chapman – Weil sie nur eine indianische Ur-Ur-Großmutter hatte, wurde die 69-Jährige von ihrem Stamm, den kalifornischen Chukchansi, verstoßen. Das gleiche Schicksal traf auch andere Mischlinge. Grund für den Ausschluss war das Bestreben der „reinrassigen“ Chukchansi, die Mitgliederzahl des Stammes auf 100 Personen zu reduzieren, um so pro Kopf und Jahr 500 000 Dollar aus den Kasino-Einnahmen zu erhalten.



Ronald Reagan – Am 17. Oktober 1988 unterzeichnete der 40. Präsident der Vereinigten Staaten den Indian Gaming Regulatory Act, welcher es den „Native Americans“ künftig erlaubte, in ihren Reservaten kommerzielles „Glücksspiel als Methode der Wirtschaftsentwicklung“ zu betreiben. Damit verband er die Hoffnung, dass die Indianer künftig weniger staatliche Sozialleistungen benötigen würden.

Der Stamm gewinnt immer

Viele Reservate in den USA verfügen dank Spielkasinos über ein Millionenvermögen

Die schätzungsweise bis zu vier Millionen Indianer in den USA – politisch korrekt „Native Americans“ genannt – gelten gemeinhin als bettelarm und sozial benachteiligt. Dabei sind viele der 562 staatlicherseits anerkannten Stämme mittlerweile zu erheblichem Reichtum gelangt. Verantwortlich hierfür war der Indian Gaming Regulatory Act von 1988.

Durch dieses Bundesgesetz erhielten die Indianer in ihren Reservaten, wo sie als „souveräne Nationen“ viele innere Angelegenheiten selbst regeln können, die Möglichkeit, Spielkasinos auf Stammesland zu eröffnen. Darunter auch solche, in denen das sogenannte Class III Gaming betrieben wird, welches hohe Einsätze und damit auch maximale Gewinne für die Betreiber garantiert.

Daher steht das größte und einträglichste Spielkasino der Vereinigten Staaten (und nebenbei zugleich das drittgrößte der Welt) heute nicht in Las Vegas, sondern im Reservat des winzigen Mashantucket-Pequot-Stammes in Connecticut. Dort – in der „amerikanischen Antwort auf Neuschwanstein“ – treffen sich täglich um die 50 000 Zocker aus den Großräumen New York und Boston, denen an 7200 Automaten und 380 Spieltischen das Geld aus der Tasche gezogen wird. Den Reingewinn nach Steuern, der inzwischen wohl eine Milliarde Dollar pro Jahr beträgt, teilen sich dann die wenigen hundert Mitglieder des Stammes, welcher um 1970 fast ausgestorben war.

Rund vier Millionen Ureinwohner leben in den USA

Ähnlich profitabel sind die Kasinos in den Reservaten von Kalifornien und Florida. Insgesamt betreiben rund 240 Stämme in 28 Bundesstaaten der USA mehr als 500 solcher Spielhöllen, in denen pro Jahr knapp 30 Milliarden Dollar erwirtschaftet werden. Deshalb leben viele „Native Americans“ jetzt in Saus und Braus, was verstärkt Leute anzieht, die plötzlich einen indianischen Großelternteil unter ihren Vorfahren entdeckt haben. Denn diesen braucht es heute mindestens, um als Stammesangehöriger mit allen Rechten anerkannt zu werden und etwas vom großen Glücksspielkuchen zu ergattern. Und tatsächlich mussten die im Überfluss schwimmenden Mashantukket-Pequot in den letzten Jahren 75 neue „rote Brüder und Schwestern“ in ihre Reihen aufnehmen – zähneknirschend, versteht sich.

Um die hierdurch entstehenden Verluste auszugleichen, schließen manche Stämme nunmehr im Gegenzug Mitglieder aus, die zwar ein Leben lang zur Gemeinschaft dazugehörten, aber keinen formellen Abstammungsnachweis erbringen können. Das betrifft nicht zuletzt auch die Abkömmlinge geflohener schwarzer Sklaven, die sich im 19. Jahrhundert zu den Indianern durchgeschlagen hatten. Für Kritiker aus den eigenen Reihen ist dieses kaltherzige Vorgehen ein Beweis dafür, dass der zunehmende Wohlstand den Indianern inzwischen genauso die Seele raubt wie das „Feuerwasser“ der Weißen.

Darüber hinaus fehlt den „Native Americans“ häufig der Geschäftssinn, weshalb sie auf die Dienste externer Berater angewiesen sind, die astronomische Honorare kassieren. Dazu kommt in wachsendem Maße Schutzgelderpressung. Deshalb rufen US-Politiker inzwischen verstärkt nach einer strafferen staatlichen Kontrolle der Zocker-Industrie in den Reservaten.

Wolfgang Kaufmann

Größtes Problem der Armen ist das Feuerwasser

Nicht alle Indianerstämme der USA betreiben Spielkasinos. Das resultiert zum einen aus der ungünstigen Lage mancher Reservate abseits der Ballungszentren oder Touristen-Routen. Zum anderen gibt es aber auch religiöse Bedenken. Derentwegen zögerten beispielsweise die Navajos im Grenzgebiet von Utah, Arizona und New Mexico geschlagene 20 Jahre, ein Casino auf ihrem riesigen Stammesterritorium von der Größe Bayerns zu errichten, obwohl dort die Hälfte der rund 300 000 Bewohner Sozialhilfe bezog.

Das heißt, es existieren heute immer noch Hunderte von Reservaten ohne Glücksspielindustrie, in denen bitterste Armut herrscht. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Pine Ridge Indian Reservation in South Dakota. Darin leben knapp 30 000 Angehörige des Volkes der Oglala-Lakota auf rund 9000 Quadratkilometern, von denen jedoch nur 340 zum Ackerbau taugen. Die

Lebenserwartung bei unter 50 Jahren

Lebenserwartung beträgt hier 47 Jahre bei Männern und 50 Jahre bei Frauen. 85 Prozent der Indianer in dem Reservat sind arbeitslos oder schlagen sich mit Kleintierjagd sowie dem Sammeln und Verarbeiten von Früchten durch. Viele Familien in Pine Ridge verfügen weder über Strom noch Telefon. Die Rate an Selbsttötungen beträgt das Vierfache des Landesdurchschnitts.

Zudem wird in Pine Ridge exzessiv getrunken, sodass es in acht von zehn Familien alkoholbedingte Probleme gibt. Es gibt viele Kinder, die mit Schäden auf die Welt kommen, weil ihre Mütter an der Flasche hängen: Jeder vierte junge Oglala-Lakota leidet mittlerweile an einem Fetalen Alkoholsyndrom oder ist schwer verhaltensgestört. Trotzdem entschieden die Bewohner des Reservates 2013, das seit 1889 geltende Verbot des Verkaufs von Alkohol aufzuheben. Damit wollten sie verhindern, dass die angrenzenden Gemeinden durch den Spirituosenhandel mit den Indianern reich werden und betrunkene Stammesgenossen bei der Rückkehr von ihren Einkaufstouren mit dem Auto verunglücken.

W.K.



Lizenz zum Gelddrucken: Foxwood Resort Casino im Mashantucket Pequot Indianer-Reservat Bild: Elfenbeinturm CF

Mythos vom »Edlen Wilden«

Auch die Indianer plünderten Nordamerikas Natur aus

Die Indianer genießen heute in den USA nicht nur einzigartige Privilegien, was den Betrieb von Spielcasinos betrifft. Vielmehr haben sie auch Sonderrechte hinsichtlich der Jagd beziehungsweise des Fischfangs – und dürfen sogar während der Schonzeit Tiere töten. Dies nutzen einige Stämme nach Kräften aus. An erster Stelle stehen hierbei die Shoshonen und Arapahos, welche gerne mit Allradfahrzeugen und automatischen Gewehren losziehen, um Rotwild oder Elche zur Strecke zu bringen. Deshalb ist der Bestand in ihrem Reservat namens Wind River jetzt nahezu ausgerottet.

Mit diesem Vorgehen verstoßen die „Native Americans“ aber nicht etwa gegen alte Traditionen, wie diverse zählebige Klischees suggerieren, nach denen die Indianer immer nur so viel aus der Natur entnahmen, wie sie zum Überleben benötigten. Wissenschaftler haben längst nachgewiesen, dass das Idealbild vom „Edlen Wilden“ zu keiner Zeit der Realität entsprach. Die amerikanischen Ureinwohner veränderten das Ökosystem bereits in der letzten Eiszeit, indem sie zum Aussterben der Mammute beitrugen. Später wiederum trieben die „roten Männer“ dann ganze Bisonherden über Felsklippen in den Tod, obwohl sie nur einige wenige Tiere verzehren konnten. Außerdem legten die Indianer zahlreiche verheerende Waldbrände, um Platz für ihre Mais- und Bohnenfelder zu schaffen, denn nicht alle waren ja Prärie-Jäger.

Schon vor Ankunft der Weißen kein Paradies mehr

Besonders die Irokesen traten wie die sprichwörtlichen Heuschrecken auf: Wenn der Stamm eine Region ausgeplündert und ökologisch vernichtet hatte, zog er einfach weiter und annektierte neues Land. Ähnlich hielten es die Sioux mit ihrer Riesenarmee von 25 000 Kriegern, die extrem gewalttätig agierte. Dies resultierte aus der ideologischen Befindlichkeit des Stammes, der sich für auserwählt und damit sämtlichen anderen Indianern überlegen wähnte. Deshalb schreckte er auch vor Sklaverei nicht zurück.

Insofern war Nordamerika vor der Ankunft der Weißen also keineswegs das Paradies naturliebender Völker, von dem heute so oft in völlig unkritischer Weise geschwärmt wird.

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Moschee in die Garnisonkirche?

Ein Vorschlag von Brandenburgs Kulturministerin Münch (SPD) löst heftige Debatte aus



Irritierende Vorschläge kurz vor Baubeginn: Standort der Potsdamer Garnisonkirche

Bild: Imago

Auf die Bürger Potsdams wirken derzeit nur wenige Themen so polarisierend wie der Umgang mit dem örtlichen Moscheeverein und der Wiederaufbau der Garnisonkirche. Mit einem gewagten Vorschlag hat Brandenburgs Kulturministerin Martina Münch (SPD) nun beide „heiße Eisen" gleichzeitig in die Hand genommen und damit eine hitzige Debatte ausgelöst.

Bei einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel „Wo ist Platz für die Potsdamer Moschee" sprach sich Ministerin Münch nicht nur ganz allgemein für eine neue Moschee in Potsdam aus, sie überraschte auch mit der Aussage, „dass es ein Zeichen von brüderlichem Miteinander wäre, wenn wir zum Beispiel darüber nachdenken, was wird denn mit dem Kirchenschiff der Garnisonkirche, könnte man dort nicht eine Moschee denken?".

Die SPD-Politikerin verwies auf den ehemaligen Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche, Wolfgang Huber, der sich sowohl für den Aufbau der Garnisonkirche einsetze, aber auch vorgeschlagen habe, in Potsdam eine Moschee zu bauen. Für den anwesenden Oberbürgermeister der Stadt kam der Vorstoß Martina Münchs ganz offensichtlich überraschend. Als die Ministerin den Vorschlag im Laufe der Podiumsdiskussion in der „Reithalle" des Potsdamer Hans-Otto-Theaters präsentierte, wirkte Jann Jakobs (SPD) im ersten Moment regelrecht konsterniert. Auch der Kommentar, den der Rathauschef am folgenden Tag abgab, erweckte den Eindruck einer gewissen Distanz: „Das ist ein interessanter Vorschlag. Er ist aber wohl eher auf die Zukunft ausgerichtet."

Auch bei der Stiftung Garnisonkirche verweist man auf die Zukunft. Gedanken zum Schiff der Kirche mache man sich erst dann, wenn dafür „erkennbare Grundlagen vorhanden sind", gleichwohl könne man natürlich über Ideen reden, so der Vorstandssprecher der Stiftung, Wieland Eschenburg, gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten" („PNN").

> Gemeinde wegen radikaler Reden in der Kritik

Der Kreischef der Linkspartei, Sascha Krämer, signalisiert dagegen sehr deutlich Sympathie für den Vorschlag: „Wenn man den Gedanken der Ministerin aufgreift und weiterdenkt, dann könnten wir über die Errichtung eines interreligiösen Zentrums in einem noch zu errichtenden Turm nachdenken", so der Linke gegenüber dem RBB. Scharfe Kritik äußerte dagegen der CDU-Landtagsabgeordnete Steeven Bretz. Laut den „PNN" sprach er im Zusammenhang mit der Idee der SPD-Ministerin von einem „inhaltlichen und konzeptionellen Totalausfall" und einen „respektlosen Umgang mit den vielen Ehrenamtlichen, die sich für den Wiederaufbau der Kirche einsetzen".

Die Kritik des stellvertretenden Kreischefs der AfD-Potsdam, Rene Springer, ist ähnlich scharf: „Es ist ein alarmierendes Zeichnen politischer Unterwerfung, radikalen Muslimen, die Integration als Sünde betrachten, ausgerechnet Potsdams Wahrzeichen, die Garnisonkirche, als zukünftigen Gebetsraum überlassen zu wollen", so Springer gegenüber der *PAZ*. Tatsächlich bleibt abzuwarten, wie sich das Spendenaufkommen für den Wiederaufbau weiterentwickelt, wenn die Diskussion um eine Nutzung des Kirchenschiffs als muslimischer Gebetsraum weiter Fahrt aufnimmt. Mit dem Bau des 90 Meter hohen Kirchturms soll noch in diesem Herbst begonnen werden. Das Kalkül der Wiederaufbaustiftung war es bislang, dass weitere Spenden eingehen, „wenn sich erst mal die Kräne drehen".

Jakobs hat auf der Veranstaltung erkennen lassen, dass er nicht auf einen Moschee-Neubau setzt, sondern auf einen großen Gebetsraum in einem bestehenden Gebäude. Deutlich machte der SPD-Politiker in diesem Zusammenhang: „Die Gemeinde muss bezahlen." Die Fragen nach der Finanzierung könnte sich allerdings noch als ein Knackpunkt erweisen. Seit vergangenem Herbst ist es nämlich die Stadt, die zulasten der Steuerzahler Kosten von 1500 Euro pro Woche übernimmt, damit der Moscheeverein für seine Freitagsgebete die Orangerie der kommunalen Biosphärenhalle nutzen kann.

Auch der Hinweis des Potsdamer Imams Kamal Abdallah, wonach die Gemeindearbeit vornehmlich auf ehrenamtlicher Tätigkeit beruht, könnte darauf hindeuten, dass die Anmietung größerer Räume oder gar der Bau einer neuen Moschee die finanziellen Möglichkeiten des Potsdamer Moscheevereins übersteigt. Recherchen des ARD-Journalisten Constantin Schreiber haben vor Kurzem eine hitzige Diskussion um die Inhalte der Predigten in der Potsdamer Al-Farouk-Moschee in Gang gebracht (siehe *PAZ* 14/2017). Der Ton in der Debatte hat sich mittlerweile sogar noch verschärft. Imam Abdallah kritisierte den Schreiber mit einer drastischen Wortwahl: „Wir verlangen von dem Lügen-Reporter, dass er uns Beweise vorstellt, entweder mit einem Video oder einer Tonaufnahme. Dann wissen wir, wer wo was gesagt hat", so der Imam im RBB-Interview. *Norman Hanert*

Dienstherrschaft als politische Waffe

Von Theo Maass

Nicht nur Beamte haben die Verfassung und die Gesetze zu achten sowie ihr Amt und jederzeit neutral und gerecht gegen jedermann auszuüben. Dies gilt auch für ihre Dienstherren, die Minister, die in Berlin Senatoren heißen. Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) bietet Anlass zur Sorge, ob er dies gewährleisten will. Bereits im Februar hat er eine zweifelhafte Rolle bei der Neuformierung der Auswahlkommission für den kommenden Generalstaatsanwalt in Berlin gespielt. Kritiker glauben, dass dies geschah, um der grün angehauchten Bewerberin Margarete Koppers einen Vorteil zu verschaffen.

Nun hat er den Verdacht auf sich gezogen, unzulässig in den Bundestagswahlkampf eingegriffen zu haben. Er versucht den Eindruck zu erwecken, der Oberstaatsanwalt Roman Reusch habe sich beamtenrechtlich etwas zu Schulden kommen lassen: „Wir beobachten die Presseberichterstattung über Äußerungen, die Herr Reusch im Wahlkampf machen wird, sehr genau. Die Generalstaatsanwaltschaft wird dann bewerten, ob sich Anhaltspunkte für eine Dienstpflichtverletzung ergeben." Reuschs mutmaßliches „Vergehen": Der verdiente höhere Justizbeamte kandidiert in Brandenburg auf Platz zwei der Landesliste für die AfD.

Die grüne „Taz" setzt noch nach und meint, dass auch Birgit Malsack-Winkemann, Richterin am Landgericht Berlin-Charlottenburg, ein möglicher weiterer Beobachtungsfall für Justizsenator Behrendt sein könnte. Obwohl die Zeitung zugibt, dass „grenzwertige Äußerungen von ihr bislang aber nicht bekannt" geworden sind, ist der Umstand, dass sie auf Platz vier der Landesliste in Berlin für die AfD kandidiert, offenbar Anlass genug für die Aufmerksamkeit. Indes: Auch Senator Behrendt selbst unterliegt dem Mäßigungsgebot, von dem er offenbar glaubt, dass er es aus parteipolitischen Erwägungen gegen andersdenkende Beamte in Stellung bringen kann.

Auf den Spuren Behrendts wandelt auch die Jungabgeordnete June Tomiak, die sich schon mit 15 Jahren für eine Politkarriere bei den Grünen warm lief. Tomiak missfielen jüngste islamkritische Äußerungen des früheren stellvertretenden Chefredakteurs der „Bild am Sonntag", Nicolaus Fest. Originellerweise erstattete sie sogleich Strafanzeige gegen diesen. Vielleicht erlegt ihr die Justizbehörde nach zu erwartender Einstellung des Verfahrens „Mutwillens- und Missbrauchskosten" auf? – Die jüngste Abgeordnete des Berliner Landesparlaments könnte so künftig davon abgehalten werden, für ihre politischen Anliegen die Justizbehörden zu missbrauchen.

»Die Bürger leiden unter weltfremder Politik«

Nach dem 17-Prozent-Debakel von 2016: Berliner CDU-Politiker Kurt Wansner sieht gute Chancen für einen Wiederaufstieg seiner Partei

Mit 17,6 Prozent sackte die CDU bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im September 2016 so tief wie nie. Klaus Gröbig sprach mit Kurt Wansner, Urgestein der Hauptstadt-Union aus Kreuzberg und Mitglied des Abgeordnetenhauses, über die Aussichten seiner Partei, wieder aufzusteigen.

PAZ: *Die CDU hat bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus Stimmen verloren. Außerdem ging die bisherige Regierungsbeteiligung verloren. Wo sehen Sie die Ursachen dafür?*

Kurt Wansner: Das Erstarken der AfD hat der CDU und der SPD Stimmen gekostet. Gerade im Bereich der inneren Sicherheit und Integrationspolitik haben viele Menschen andere Vorstellungen, als die jetzige Politik ihnen aufzwingt.

PAZ: *Was könnte die Partei tun, um bei den Wählern wieder mehr Zuspruch zu erfahren?*

Wansner: Wir müssen zu den Kern-Themen der bürgerlichen Interessen zurückkehren. Auf den Feldern Wirtschaft, Innenpolitik und Integration können wir viel gewinnen. Mit Peter Lorenz, Eberhard Diepgen oder Heinrich Lummer war die CDU auch in Berlin eine Partei, die 40 Prozent und mehr erreichen konnte. Die Anbiederung an den Zeitgeist oder politische Korrektheit ist der Weg weg von den Eigenschaften einer Volkspartei.

PAZ: *Thomas Strobl, der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, hat die AfD als Schande mit Parteistatut bezeichnet. Wie erleben Sie die AfD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses?*

Wansner: Ich halte nichts davon, sich an der AfD politisch festzubeißen. In Berlin macht die Fraktionsspitze der AfD keinen schlechten Eindruck. Das sieht in einigen Bundesländern – Thüringen zum Beispiel – anders aus. Als eine schlimmere Berliner Tragödie sehe ich das Erstarken der Linken an. Ihr Politikverständnis ist mehr als nur problematisch. Und diese Partei regiert nun die Stadt wieder mit. Das macht nicht nur mich traurig. Die AfD ist hingegen in der Opposition. Unsere Aufgabe ist es, die Fehlleistungen der Regierung zu benennen.

PAZ: *Bis 2021 wird die Berliner CDU vermutlich Oppositionspartei bleiben. Welche Machtoptionen könnte die Partei danach haben? Wie kann sie wieder in die Regierungsverantwortung kommen?*

Wansner: Wenn die CDU zur alten Stärke zurückfindet, werden wir wieder so stark, dass ohne uns keine Regierungsbildung möglich ist. Aber wer weiß, ob die Koalition die Legislatur überhaupt durchhält.

PAZ: *Dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD) fehlten bei seiner Wiederwahl vier Stimmen seiner Regierungskoalition. Zeigt der Skandal um den Ex-Stasi-Mann Andrej Holm als Staatssekretär weitere Bruchstellen der rot-rot-grünen Dreierkoalition auf? Hält die Koalition vier Jahre?*

Wansner: Das erste Halbjahr (der Wahlperiode) war eine Katastrophe. Der gewesene Staatssekretär Holm ist da nur die Spitze des Eisberges. Fast die gesamte Senatsmannschaft hat sich lächerlich gemacht. Unisex-Toiletten, die Kapitulation des Staates vor dem Drogenmissbrauch, die Ideologisierung der Verkehrspolitik und



Kurt Wansner Bild: CDU

die kritische wirtschaftliche Lage Berlins geben Anlass zur Sorge. Wirtschaftsvertreter äußern sich nicht nur hinter vorgehaltener Hand entsetzt über den Senat. Berlin und seine Bürger haben ganz andere Sorgen. Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten hat – zu Recht – darauf hingewiesen, dass die SPD sich als Volkspartei wieder ihren Kernthemen zuwenden muss. Rand- und Klientelpolitik wird die SPD weiter nach unten ziehen. So gesehen dürfte sich die Entscheidung Müllers für „Rot, Rot, Grün" als strategischer Fehler erweisen. Das ist aber unsere Chance als stärkste Oppositionspartei.

PAZ: *Welches halten Sie für die krasseste Fehlbesetzung des neuen Berliner Senats?*

Wansner: Da gibt es einige. Aber vielleicht wäre der Regierende Bürgermeister Michael Müller da selbst zu nennen. Er bietet ein jämmerliches Erscheinungsbild. Ganz anders der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, der die Probleme Berlins benennt. Manchmal habe ich den Eindruck, Müller schaut nicht nur über die Probleme hinweg, sondern er kennt sie gar nicht. Sein Vorgänger Klaus Wowereit konnte wenigstens führen. Bei Müller habe ich den Eindruck, dass er geführt wird, also nicht selbst bestimmt, wo es langgeht.

PAZ: *Welche Neubesetzungen im Senat halten Sie dagegen für eine gute Wahl?*

Wansner: Normalerweise sagt man ja, dass, wo viel Schatten, auch viel Licht sein muss, aber hier ... na ja, dem Finanzsenator ist vielleicht noch am ehesten eine gute Arbeit zuzutrauen.

PAZ: *Was bedeutet es aus Sicht der CDU für Berlin, wenn Rot-Rot-Grün die volle Wahlperiode durchhält?*

Wansner: Fünf Jahre haben wir Gelegenheit, uns wieder den Bürgern anzunähern, von denen wir uns mit rund 17 Prozent Wählerstimmen ganz offensichtlich entfernt haben. Fünf Jahre aber auch, in denen die Bürger dieser Stadt unter einer weltfremden Klientelpolitik leiden werden. Fünf Jahre, in denen die Wähler der jetzigen Regierungsparteien darüber nachdenken können, ob sie diese Politik wirklich gewollt haben. Harte, konstruktive Oppositionsarbeit wird die CDU wieder in die Regierungsverantwortung bringen. Die CDU erreichte früher auch in Berlin um die 40 Prozent. Die Frage stellt sich, was wir früher „richtig" gemacht haben und was uns heute nicht mehr so viel Zustimmung bringt.

MELDUNGEN

Mohammed führt in Großbritannien

London – Seit 2001 wurden in London 500 christliche Kirchen aller Konfessionen in Privathäuser umgewandelt. Im selben Zeitraum ist die Anzahl der Moscheen um 423 gestiegen. Zwischen 2012 und 2014 fiel der Anteil der Briten, die sich als Anglikaner betrachten, von 21 Prozent auf 17 Prozent, ein Rückgang um 1,7 Millionen Menschen, während nach einer Umfrage des NatCen Social Research Institute die Zahl der Muslime um fast eine Million gewachsen ist. Großbritannien hat mittlerweile ein islamisches Gesicht erhalten. Im Jahr 2015 führte der Name Mohammed einschließlich der Rechtschreibvariationen wie Muhammad und Mohammad die Liste der häufigsten Namen bei männlichen Neugeborenen an. *J.H.*

Soros-Universität vor dem Aus

Budapest – Ungarns Parlament hat einem von der Regierung eingebrachten Gesetz zugestimmt, das die Existenz der vom US-Milliardär George Soros gegründeten Central European University (CEU) in Budapest bedroht. Dieses sieht vor, dass die Befugnis, ungarische Abschlüsse zu verleihen, für ungarische Universitäten mit Hauptsitz außerhalb der EU eingeschränkt wird. Zudem soll vorgeschrieben werden, dass in Ungarn tätige ausländische Universitäten auch einen Campus in ihrem Heimatland haben müssen. Die CEU ist in den USA registriert, unterhält dort aber keine Lehranstalt. Der mittlerweile 87-jährige, aus Ungarn stammende Jude Soros hatte die Universität 1991 gegründet. An der angesehenen englischsprachigen Hochschule sind rund 1400 Studierende aus mehr als 100 Ländern eingeschrieben, darunter über 40 deutsche Studenten. *J.H.*

Die vergessene Tragödie

Hungerkatastrophe im Jemen hat nicht nur etwas mit Trockenheit zu tun – USA und Saudis mischen mit

Im deutschen Fernsehen wurde vor Kurzem auf die traurige Tatsache des Hungers in Afrika hingewiesen. Neben einigen anderen Ländern war die Rede von dem Afrika benachbarten Jemen, und der geographische Ausgriff war nicht die einzige Abweichung von dem Thema. Denn dass im Jemen Hunger herrscht, ist zwar leider richtig, falsch dagegen ist, wenn dieser, wie im TV geschehen, ausschließlich auf die Trockenheit zurückgeführt wird. Der Hunger im Jemen ist vor allem die Folge einer Seeblockade, die vor zwei Jahren von Kriegsschiffen aus Saudi-Arabien und den USA verhängt wurde und seither anhält.



Unschuldige Opfer: Die Seeblockade bringt Hunger und Leid über die Jemeniter *Bild: pa*



Diese Seeblockade ist Teil eines Stellvertreterkrieges zwischen den USA und dem Iran. Für die USA kämpfen im Wesentlichen die dem Jemen benachbarten Saudis und sie erhalten vom Auftraggeber reichlich Unterstützung. Der Iran hingegen stärkt die Sache der Huthi, die ebenso wie der Iran Anhänger der Schia, der zweitgrößten konfessionellen Gruppe des Islam, sind und somit geborene Gegner der Saudis, der Bannerträger der Sunna. Diese Verteilung hat zudem den Vorteil, dass sie erlaubt, die geostrategischen Interessen der USA als innermoslemischen Streit zu tarnen.

Ohne Zweifel ist die Seeblockade ein Kriegsverbrechen, weil ihr hauptsächlich am Kriege Unbeteiligte zum Opfer fallen, nämlich Frauen, Kinder, Kranke und Alte. Es ist auch nicht nur Hunger, den die Blockade hervorruft, gleichzeitig verursacht sie einen schmerzlichen Mangel an Medikamenten und medizinischen Versorgungsgütern sowie Brennstoff. Schon vor dem Krieg war der Jemen in hohem Maße von Importen abhängig und bezog 90 Prozent seiner Grundnahrungsmittel aus dem Ausland. Daran kann man ermessen, wie stark es sich auswirken muss, wenn diese Zufuhr abgeschnitten wird. Dazu kommt, dass die Saudis keineswegs nur militärische Ziele bombardieren, sondern ebenso Lebensmittelfabriken, Hühnerfarmen und Hafenanlagen. Alle größeren Brücken sind zerstört; es gibt kaum eine Möglichkeit, Hilfsgüter in abgelegene Landesteile zu bringen. Diese wenigen Güter gelangen über den Hafen von Hodeida insoweit ins Land, als einige Schiffe die Blockade durchbrechen können oder zu den wenigen zugelassenen offiziellen Hilfsschiffen gehören. Doch diese haben, auch wenn sie anlanden können, Probleme mit dem Löschen der Fracht, denn auch alle Kräne sind zerbombt.

Jedenfalls planen die Saudis und die mit ihnen verbündeten Vereinigten Arabischen Emirate, Hodeida zu erobern. Wäre der Hafen geschlossen, so könnten sie abwarten, bis in Sanaa niemand mehr lebt. Das Pentagon verlangt nun von der Regierung in Washington freie Hand, um der Saudi-Koalition bei der Eroberung von Hodeida zu helfen. Die Begründung: „Wenn nicht bald Entscheidungen getroffen werden, dann fürchten wir, dass die Lage im Jemen eskalieren könnte und unsere Partner ihre Aktion trotzdem durchführen.“ Mit anderen Worten: Die USA wollen das Heft in der Hand behalten und dabei weiterhin die Saudis als den hauptsächlichen Kriegsherrn gelten lassen. Die Initiative geht von ganz oben aus: US-Verteidigungsminister James Mattis drängt den nationalen Sicherheitsberater im Weißen Haus, Herbert R. McMaster, alle Einschränkungen hinsichtlich einer US-Invasion im Jemen aufzuheben. Das würde helfen, die „gemeinsame Bedrohung“ zu bekämpfen, als welche eine schiitische Autonomie im Norden des Jemen angesehen wird. Wenn dann und wann die Nachricht nach Europa gelangt, ein saudisches oder ein US-Schiff sei mit Raketen angegriffen worden, so ist dies Zeugnis des verzweifelten Versuchs der Huthi, sich und ihren Leuten ein wenig Luft zu verschaffen.

> Keine der Zeitungen, die sich ansonsten anmaßen, das Geschehen der Welt zu reflektieren, bringt auch nur eine Zeile

Europa erfährt wenig von diesem Krieg. Zu genau derselben Zeit, als die westlichen Nachrichten überquollen von Bildern einiger tausend Menschen, die in Russland protestierten, wurde eine Demonstration in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa völlig unterschlagen. Dabei waren es dort rund eine Million, die auf die Straßen gingen. Wie in Europa, so in den USA: Weder die „New York Times“ noch die „Washington Post“, die sich ansonsten anmaßen, das Geschehen der Welt zu reflektieren, brachten auch nur eine Zeile.

Dabei zeigen allein einige Zahlen, wie schwer es sein muss, die Kämpfe im Jemen zu übersehen: Die Saudis rühmen sich, während der bislang zwei Jahre, die der Krieg andauert, 90 000 Bomben abgeworfen zu haben. Das macht pro Tag 123 Bomben. Die Huthi behaupten, sie hätten 176 gepanzerte Fahrzeuge, 643 minensichere Fahrzeuge, zwölf Apache-Kampfhubschrauber, 20 Drohnen und vier Hubschrauber abgeschossen. Die Zahl ihrer Raketenangriffe beziffern sie auf 109. Was die Drohnen-Angriffe der USA angeht, denen überwiegend Zivilisten zum Opfer fallen, so spielt der Militärstützpunkt im deutschen Ramstein eine ebenso wesentliche wie unrühmlich Rolle, von der Bundesregierung teils geleugnet, teils totgeschwiegen.

Beschämend ist auch die Rolle der Vereinten Nationen. Sie beziffern die Zahl der Toten auf lediglich 5000. Das aber erscheint angesichts der Tatsache sehr wenig, da allein der Schlag auf eine Begräbnis-Halle in Sanaa über 800 Opfer gekostet hat. Außerdem haben die Saudis eingestanden, Streubomben zu verwenden, eine Munition, die international geächtet ist und verheerende Wirkung ausübt. Vor allem kann sie nicht gezielt eingesetzt werden, sondern vernichtet flächenweise alles Leben. So kann nicht erstaunen, dass andere Quellen von 100 000 Toten sprechen. Um wenigstens seitens der UN keine weiteren Mäkeleien mehr hören zu müssen, haben die Saudis gedroht, alle Zahlungen für Hilfsprojekte einzustellen, wenn weiterhin von Kriegstoten im Jemen die Rede sein sollte. Die UN fügten sich.

Florian Stumfall

(siehe Kommentar Seite 8)

Daumenschrauben für Asylsucher

Österreich: Deutsch- und Wertekurse sowie ehrenamtliche Arbeit werden Pflicht

Nach monatelangen regierungsinternen Auseinandersetzungen in der österreichischen Asylpolitik hat sich die Koalition aus Sozialdemokraten (SPÖ) und der bürgerlichen Volkspartei (ÖVP) auf ein Integrationspaket geeinigt. Das von Außen- und Integrationsminister Sebastian Kurz entworfene Gesetz sieht unter anderem die gesetzliche Absicherung von Deutschkursen sowie den Ausbau von Deutsch- und Wertekursen im Rahmen eines Integrationsjahres vor. Das beinhaltet auch eine verpflichtende gemeinnützige Arbeit für asylberechtigte Bezieher der Mindestsicherung, einer staatlichen Sozialleistung. Die Verweigerung von Deutsch- oder Wertekursen kann in Zukunft die Kürzung bei der Mindestsicherung zur Folge haben. Auch das Verbot der Vollverschleierung und Einschränkungen bei der Koranverteilung durch Salafisten sind Teil des Integrationspakets. Weniger Einigkeit in der Flüchtlingspolitik zeigte die Bundesregierung hingegen in der Frage der Umverteilung von Asylsuchern. Das EU-Umverteilungsprogramm sieht die Verteilung von 160 000 Zuwanderern aus Griechenland, Italien und Ungarn innerhalb von zwei Jahren vor, davon 1953 nach Österreich. Auch 50 unbegleitete Minderjährige aus Italien sollen in Österreich untergebracht werden. Darauf hatten sich 2015 die Innenminister der EU verständigt.

Nach dem Auslaufen einer Ausnahmeregelung für Österreich am 11. März spitzte sich in den folgenden zwei Wochen der Koalitionsstreit über die österreichische Flüchtlingspolitik zu. Die EU hatte der Alpenrepublik die Ausnahmeregelung gewährt, weil sie mit 4587 bearbeiteten Asylanträgen pro einer Million Einwohner deutlich über der vorgesehenen Quote lag. In Italien waren es nur 1998 Asylanträge.

In der Folge erklärte sich die ÖVP zunächst bereit, die Umverteilungsquote der EU umzusetzen, was die SPÖ allerdings ablehnte. Während sich nach dem Ablauf der Ausnahmefrist Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) in der Pflicht sah, den Vereinbarungen zu den festgelegten Quoten nachzukommen und damit weitere Asylsucher aufzunehmen, sah dies der Koalitionspartner SPÖ anders. Österreich habe seinen Beitrag „übererfüllt“, weil sein Land bereits „einen ausreichend humanitären Beitrag geleistet“ habe, betonte Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil (SPÖ). Zudem sei man beim Beschluss des Umverteilungs-Programms davon ausgegangen, dass das Dublin-System funktioniere und es keine Schleppungen gebe. „Das ist beides nicht der Fall“, sagte der Minister und verwies auf die illegalen Weiterreisen in die EU-Länder. Jene Zuwanderer, die sich eigentlich in Italien aufhalten müssten, „stehen bei uns im Asylverfahren“.

Noch wenige Stunden vor dem Treffen der EU-Innenminister am 27. März zeigte Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) für Doskozils Position wenig Verständnis. Vielmehr bekräftigte er den Willen der Regierung, die Vorgaben aus dem EU-Umverteilungsprogramm umzusetzen. Er selbst halte zwar den „Prozess der Relocation für falsch“, doch sei Österreich zur Umsetzung des Programms verpflichtet. Eine Verlängerung der Ausnahmeregelung sei nicht möglich, zumal die Bedingungen für eine Verlängerung – vorrangig eine offene Balkanroute – nicht mehr gegeben seien. „Das hätte man viel früher überlegen müssen. Man muss das Erbe tragen, wie auch immer es ist“, befand Sobotka.

Umgehend übermittelte Verteidigungsminister Doskozil einen Entwurf für einen Ministerratsbeschluss an den Koalitionspartner ÖVP. Er schlug einen kompletten Ausstieg Österreichs aus dem Flüchtlings-Umverteilungsprogramm der EU vor. Ein solcher Beschluss sei auch rechtlich gedeckt, so Doskozil. „Das Ziel muss sein, dass es in dieser Frage kein politisches Hick-Hack gibt, sondern eine gemeinsame Regierungsposition“, bekräftigte der Minister auch seinen Willen zur Einigkeit.

Prompt zeichnete sich diese schnell ab: Bereits am Nachmittag war Sobotkas Schwenk in der Zuwanderungspolitik vollzogen. Das Innenministerium und die Volkspartei meldeten, den Vorschlag Doskozils zum Ausstieg aus dem Umverteilungsprogramm der EU zu unterstützen. Sogleich kündigte die ÖVP einen entsprechenden Beschluss im Ministerium an. Tags darauf war von dem Ausstieg aus dem Umverteilungsprogramm der EU keine Rede mehr. Stattdessen fasste der österreichische Ministerrat den Beschluss, eine Verlängerung der Ausnahmeregelung bei der EU-Kommission und beim EU-Rat zu beantragen. So kündigte Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) an, einen Brief an die EU-Kommission zu senden, worin er um einen weiteren Aufschub der Umsetzung des Programms bitten werde. Er bekräftigte, dass Österreich infolge illegaler Grenzübertritte die vorgeschriebene Zahl aufzunehmender Flüchtlinge bereits erreicht habe. *Michael Link*

Vor der Wende

Mazedonien soll binationaler Staat werden

Nach der Unabhängigkeit des Kosovo fühlen sich auch die Albaner in Mazedonien und Serbien bestärkt und fordern mehr Rechte. Seit den Parlamentswahlen in Mazedonien im Dezember, bei denen der stärksten Albanerpartei die Rolle des Züngleins an der Waage zukommt, wollen die Albaner Mazedoniens, die etwa ein Viertel der Bevölkerung ausmachen, als konstituierendes Volk in der Verfassung genannt werden. Bereits im Jahr 2001, nach dem durch die Nato erzwungenem Abzug der Serben aus dem Kosovo, hatten auch die Albaner in Mazedonien Oberwasser bekommen und hier einen gewaltsamen interethnischen Konflikt vom Zaune gebrochen. Dieser Konflikt war erst nach einigen Jahren und vielen Opfern zur Ruhe gekommen. Jetzt aber kommen viele Emotionen von damals wieder hoch. Viele slawische Mazedonier fühlen sich ohnehin nicht als „Nation“ anerkannt, weil Griechenland den Namen ihres Landes nicht akzeptiert und den EU- und Nato-Beitritt blockiert. Und dies, obwohl es Mazedonien war, das mit der Schließung der Balkanroute 2016 Europa vor einer weiteren massenhaften unkontrollierten Zuwanderung bewahrt hat.

Nach der Wahl steht Mazedonien vor einer Wende. Die Sozialdemokraten (SDSM) lagen zwar mit knapp 38 Prozent hinter der nationalkonservativen VMRO-DPMNE mit 39 Prozent, doch die Albanerparteien wollen nicht mehr mit der VMRO koalieren, und ohne sie gibt es keine Mehrheit. Die Albanerparteien fordern für eine Regierungsbeteiligung eine Anerkennung als Staatsnation und die Hochstufung von Albanisch zur Nationalsprache. Die VMRO versucht jetzt mit Hilfe von Präsident Gjorge Ivanov, der es bislang abgelehnt hat, einen Sozialdemokraten mit der Regierungsbildung zu beauftragen, eine Machtbeteiligung der Albaner zu verhindern, wird jedoch von inneren Streitigkeiten aufgerieben. Mit der Bildung einer neuen sozialdemokratischen Regierung, die immer wahrscheinlicher wird, wäre Mazedonien der zweite albanische Staat, der aus dem Scherbenhafen Jugoslawien entstanden ist.

Der erste unabhängig gewordene albanische Staat aus der Erbmasse Jugoslawiens, das Kosovo, ist derweil zum Schlusslicht Europas in wirtschaftlicher aber auch in menschenrechtlicher Hinsicht geworden. Auch mehren sich die Anzeichen dafür, dass der tradierte, liberale Islam aus der osmanischen Zeit auch im Kosovo immer mehr von radikaleren Formen verdrängt wird. *B.B.*

Ende der goldenen Zeiten?

Deutschlands Autobauer stehen glänzend da, doch das könnte sich bald ändern

Die Autoindustrie hat im vergangenen Jahr so rentabel wie nie zuvor gearbeitet. Zwei deutsche Autobauer hängten die Konkurrenz sogar ab. Das könnte sich aber bald wieder ändern.



Kein Einbruch trotz des Abgas-Skandals: Volkswagen kann sich noch immer über volle Auftragsbücher freuen Bild: Imago

Laut einer Studie des Centers of Automotive Management (CAM) der Fachhochschule der Wirtschaft in Bergisch Gladbach haben die weltweit 17 größten Autokonzerne im letzten Jahr mit insgesamt 104 Milliarden Euro den bislang höchsten Gesamtgewinn überhaupt eingefahren. Bei einem Vergleich der Unternehmensberatung Ernst & Young schnitten die deutschen Autobauer Daimler und BWM sogar als die erfolgreichsten Autobauer der Welt ab. Gemessen an den verkauften Fahrzeugen lagen Toyota und, trotz des Dieselskandals, auch Volkswagen vorn. Anders sieht dies bei der Profitabilität aus: Der BMW-Konzern erzielte einen Gewinnanteil am Umsatz von zehn Prozent. Auch Daimler brachte es auf eine Umsatzrendite von 8,4 Prozent und verwies damit den japanischen Autobauer Toyota auf den dritten Platz.

Auf der Höhe dieses Erfolges ist eine ganze Reihe von Herausforderungen und geänderten Rahmenbedingungen sichtbar. Schon für dieses Jahr prognostizieren die Branchenexperten von Ernst & Young eine Abkühlung des Geschäfts in Europa, China und den USA. Den europäischen Autobauern macht derzeit vor allem der Absatz bei Diesel-Fahrzeugen Sorgen. Am Horizont ist allerdings schon ein ganzes Bündel weiterer Probleme absehbar. Der Chef des Automobilzulieferers ZF sprach unlängst davon, dass „aufgrund von Vorfällen, die wir alle kennen“, der Verband der Deutschen Automobilindustrie und die gesamte deutsche Automobilindustrie in den letzten zwei Jahren an Glaubwürdigkeit eingebüßt hätten. „Deshalb ist die Politik der Autoindustrie auch bei weitem nicht mehr so zugetan wie früher und hört auch nicht mehr so auf sie“, so der ZF-Chef Stefan Sommer. Wie zur Bestätigung hat das EU-Parlament vor Kurzem deutlich schärfere Regeln für die Autoindustrie beschlossen. Als Konsequenz aus dem Skandal um manipulierte Diesel-Abgaswerte soll die EU-Kommission unter anderem das Recht erhalten, auch bereits zugelassene Fahrzeugtypen nochmals testen zu können. Die EU-Kommission will zudem die nationalen Prüfungsbehörden, wie etwa den deutschen TÜV, künftig stärker kontrollieren.

Damit nicht genug. Schon länger forscht die Automobilindustrie aufgrund politischen Drucks an den verschiedensten Antriebsarten für Autos. Hoch im Kurs stehen derzeit alle elektrischen Antriebsarten, vom reinen Elektroauto mit Hochleistungsakkus über Hybridfahrzeuge bis hin zu wasserstoffbetriebenen Autos mit Brennstoffzellen. Forschung und Entwicklung binden allerdings erhebliche Ressourcen und bislang ist nicht abzusehen, welche Technik am Ende das Rennen machen wird.

Selbst das Aus für den Verbrennungsmotor scheint keineswegs

Chinesen holen langsam auf

eine ausgemachte Sache zu sein. Die Industrie forscht weiterhin intensiv an synthetischen Kraftstoffen, die sich ohne Erdöl herstellen lassen. Erst vor Kurzem hat die Bundesregierung ein Förderprogramm für so genannte E-Fuels angekündigt, die „klimaneutral aus Erneuerbaren Energiequellen“ hergestellt werden sollen. In einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ hat sich ZF-Chef Sommer für einen weiteren Einsatz von Verbrennungsmotoren mit derartigen synthetischen Kraftstoffen ausgesprochen. Laut Sommer könnte dies der Autoindustrie und ihren Zulieferern Zeit beim Umstieg auf die Elektromobilität verschaffen. Als Problem sieht der Chef des drittgrößten deutschen Automobilzulieferers, dass „der Markt Elektroautos bislang eigentlich gar nicht haben will“. Allerdings würden Politik und Gesellschaft eine andere Form der Mobilität wünschen. Als Folge sieht Sommer einen Kraftakt für die Industrie und insbesondere für mittelständische Zulieferer.

In der Tat müssen nicht nur die Forschungskosten für die politisch gewollte Elektromobilität gestemmt werden, sondern auch die Kosten für die Entwicklung beim Zukunftstrend der sich selbst lenkenden Autos. Zudem haben inzwischen auch einige chinesische Hersteller so weit aufgeholt, dass sie in den nächsten Jahren den erfolgsverwöhnten deutschen Autobauern ernsthafte Konkurrenz machen können. Als Erfolgsgeschichte gilt die Übernahme der schwedischen Traditionsmarke Volvo durch den chinesischen Auto- und Motorradhersteller Geely. In der Vergangenheit war Geely als Anbieter von Billigfahrzeugen bekannt, der westlichen Herstellern technologisch weit hinterherhinkte. Aus Sicht von Branchenexperten könnten es die Chinesen mit Hilfe von Milliardeninvestitionen und der Technologie des Premiumherstellers Volvo in den nächsten Jahren schaffen, einen global agierenden Autokonzern aufzubauen, der auch deutschen Unternehmen Marktanteile abjagt. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Milchkrise überwunden

Berlin – Laut Bundesregierung haben durch die sehr guten Erzeugerpreise im Jahr 2014 viele Milchwirte mit Auslaufen der Milchquote die Rohmilchlieferung erheblich ausgedehnt. Das erhöhte Angebot sei wegen der verhaltenen internationalen Nachfrage und der stagnierenden Inlandsnachfrage nur zu geringeren Preisen abgesetzt worden und habe zu einer Situation vergleichbar mit der Milchkrise in den Jahren 2008 und 2009 unter der Milchquotenregelung geführt. Inzwischen habe sich die Lage allerdings konsolidiert. Die 30 Cent-Marke für den Erzeugerpreis für konventionell erzeugte Milch wurde zum Jahresende 2016 wieder überschritten. *J.H.*

Banken streben nach Europa

London – Viele britische Banken verlegen angesichts des bevorstehenden Ausstiegs Großbritanniens aus der EU ihre Geschäfte auf den Kontinent. Grund ist, dass die Finanzinstitute einen sogenannten EU-Pass benötigen, um weiterhin im EU-Binnenmarkt aktiv sein zu können. EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis hat die EU-Staaten davor gewarnt, Banken aus Großbritannien mit fragwürdigen Zusagen ins eigene Land zu locken. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.006.569.245.594 €
Vorwoche: 2.006.532.801.071 €

Verschuldung pro Kopf:
24.417 €
Vorwoche: 24.416 €

(Dienstag, 11. April 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Ende der Umsonstkultur«

Zukünftig werden Gebühren für alle Bankdienstleistungen fällig

Wieder einmal belastet die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank die Deutschen. Auf der Suche nach neuen Einnahmen haben Sparkassen und Volksbanken damit begonnen, Gebühren auf Abhebungen am Geldautomaten zu erheben. Die Bundesbank sieht gar das Ende des kostenlosen Bankgeschäfts gekommen und die Verbraucherzentrale warnt vor Gebühren, die auf bis zu zehn Euro ansteigen könnten. Rund 40 der 400 deutschen Sparkassen verlangen bereits Gebühren fürs Geldabheben. Und das ist wohl nur der Anfang. Laut dem Internet-Finanzportal biallo.de haben bereits mehr als 150 von rund 1000 deutschen Genossenschaftsbanken Kontomodelle mit Automatengebühren eingeführt. Auffällig sei dabei, dass es sich fast durchweg um Geldhäuser in ländlichen Gegenden handele. „Gegenden, in denen Privatbanken nicht oder nur wenig vertreten sind. Die Genossenschaftsbanken und Sparkassen langen bei den Gebühren für das Girokonto zu, ohne Wettbewerbsdruck fürchten zu müssen“, schreibt das Portal.

Bisher konnten Verbraucher an Automaten des eigenen Instituts oder der Finanzgruppe kostenlos Bargeld abheben. Kostenpflichtig waren dagegen Abbuchungen bei Fremd-Instituten, die teilweise in beachtliche Höhen schossen. „Inzwischen hat sich das nach unserer Beobachtung auf etwa drei bis fünf Euro eingependelt“, erklärte Dorothea Mohn, Finanzexpertin der Verbraucherzentrale. „Es gibt aber immer wieder Ausreißer nach oben.“ Doch die Zeiten werden härter. Bundesbank-Vorstand Andreas Dombret kalkuliert offen mit steigenden Bankgebühren. „Wir sehen ein Ende der Umsonstkultur“, sagte er der „Welt“ und machte die

Gebühren werden dort erhoben, wo es keine Konkurrenz gibt

Niedrigzinspolitik der EZB dafür verantwortlich: „Es wird schwieriger, Geld zu verdienen, die Banken sind gezwungen, sich über Optimierungen Gedanken zu machen.“ Und dieser Prozess ist bereits voll im Gange. Zunächst forderten einige Sparkassen Strafzinsen von Firmenkunden und Groß-Anlegern und schließlich entschloss sich die Sparkasse Köln-Bonn, immerhin das zweitgrößte Institut der Gruppe, auch vermögende Privatanleger per Negativzinsen zur Kasse zu bitten. Von der großen Mehrheit der Kunden wolle man Negativzinsen jedoch fernhalten, versicherte das Geldinstitut allerdings. Auch jetzt sind die Sparkassen um Beschwichtigung bemüht. Nur wer ein entsprechendes Konto-Modell wähle, zahle wie bei anderen Instituten auch Gebühren für Abbuchungen, betont der Deutsche Sparkassen- und Giroverband. Grundsätzlich sei das Abheben an einem der rund 25000 Geräte für Sparkassen-Kunden nach wie vor kostenlos.

Der Bundesgerichthof hat vor 21 Jahren festgelegt, dass fünf Geldabhebungen monatlich kostenlos sein müssen. Damals gab es allerdings noch nicht so viele Geldautomaten, in dem Urteil ist daher von Schaltern die Rede. Die Verbraucherzentrale ist der Meinung, dass diese Entscheidung auch auf die heutige Situation übertragbar ist. Möglicherweise müssen sich bald erneut Richter mit der Thematik beschäftigen. Denn die Banken werden die Uhren sicher nicht zurückdrehen. Dirk Schiereck, Bankenprofessor an der TU Darmstadt, sagte gegenüber dem „Handelsblatt“, dass er mit weiteren Nachahmern rechne. Als Grund nannte er, dass Bargeld für die Banken sehr teuer sei und es sich deshalb lohne, mehr Kunden zur Kartenzahlung zu bewegen. *Peter Entinger*

Frankreich Herr im Maracana

Lagardère-Konzern muss Brasiliens Fußball-Heiligtum retten

Nichts kann den traurigen Zerfall von Brasiliens Wirtschaft besser dokumentieren als die jetzt bekannt gewordene Abtretung der Nutzungsrechte am brasilianischen Sport-Heiligtum Maracana an den französischen Medienkonzern Lagardère. Die Sportrechteagentur Lagardère bekam den Zuschlag vom Bau- und Immobilienkonzern Odebrecht, weil sie bis zum Jahr 2048 insgesamt 18 Millionen Euro in das heruntergekommene Stadion investieren möchte. Die Odebrecht-Gruppe, die den kostenintensiven Rückbau des einst größten Stadiums der Welt auf die Hälfte seiner Größe bis zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2014 durchgeführt hatte, hatte allein mit dessen Betrieb in den Jahren 2013 bis 2015 einen Verlust von umgerechnet 50 Millionen Euro gemacht. Im Jahre 2013 hatte Odebrecht den Zuschlag für die Verwaltungsrechte für 35 Jahre erhalten, war kurz danach jedoch durch die Verwicklung in einen großen Schmiergeldskandal und mangelnde Erfahrung im Stadionmanagement in finanzielle Bedrängnis geraten.

Seit der Rückgabe der Arena durch die Olympia-Organisatoren von 2016 an die Verwalter vor gut einem halben Jahr ist das Maracana immer wieder in Negativschlagzeilen geraten. Von herausgerissene Sitzschalen, einem verwahrlosten Rasen, Verwüstung sowie Müll in den Katakomben und Außenbereichen ist die Rede. Seit dem Ende der Olympischen Spiele fanden erst zehn Sportveranstaltungen in dem einstigen Mekka des internationalen Fußballes statt. Die damalige Betreibergesellschaft Odebrecht versucht seit Monaten vor Gericht,

Wirtschaftskrise verschont selbst den Ballsport nicht

vom brasilianischen Olympischen Komitee noch Gelder aus der Nutzung des Stadions für die Olympischen Spiele herauszubekommen. Rechnungen für Strom, Wasser und Sicherheitspersonal konnten deshalb schon nicht mehr bezahlt werden.

Eigentlich wollte der in dem Stadion beheimatete Fußballverein Flamengo, der einst zu den berühmtesten Clubs der Welt gehörte, das Stadion übernehmen. Jetzt hat der Verein, der sich wie der gesamte brasilianische Fußball in einer großen Krise befindet, angekündigt, nicht mehr dort spielen zu wollen. Allerdings hat Rio als „Welthauptstadt des Fußballs“ noch andere bedeutende Vereine wie Botafogo und Vasco da Gama, die gern auch in Maracana spielen würden.

Die neuen Stadion-Chefs müssen zunächst einmal in dringend notwendige Reformen investieren und die Verbindlichkeiten der bisherigen Verwalter bezahlen oder abfinden. Lagardère hatte bereits 2013 am ersten Konzessionsverfahren teilgenommen, jedoch gegenüber dem damals noch allmächtigen Odebrecht-Konzern, der über beste Beziehung zum einstigen Präsidenten Luis Lula da Silva verfügte, den Kürzeren gezogen. Nach der Einigung mit dem Vorbetreiber muss sich Lagardère jetzt nur noch mit dem Bundesstaat und der Stadt Rio über die Einzelheiten der Verwaltung einigen.

Nirgendwo hat Fußball mehr mit Mystik zu tun als in Brasilien. Doch mittlerweile spielt fast die gesamte brasilianische Nationalmannschaft in Europa. Nun kommt Europa auch als Fußball-Wirtschaftsmacht ins einstige Mutterland der Ballkünstler, wo Fußball mehr eine Kunst als ein Sport ist. *Bodo Bost*

Nun ist es mal gut

Von Jan Heitmann

Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, dass es nach Auslaufen des Solidarpaktes Ende 2019 kein weiteres milliardenschweres „Hilfspaket“ ausschließlich für den „Osten“ geben wird. Das ist richtig, denn nach dann drei Jahrzehnten darf der „Aufbau Ost“ wohl als abgeschlossen angesehen werden. Dass die Ministerpräsidenten der fünf mitteldeutschen Bundesländer auf einen Sonderanspruch beharren, ist ihr gutes Recht, aber weder aus politischen noch tatsächlichen Gründen gerechtfertigt. Irgendwann ist es mal gut. Während es bei ihnen vielerorts längst die versprochenen „blühenden Landschaften“ gibt, können viele Kommunen in den westlichen Geberländern von solchen Zuständen nur träumen. Sie sind marode, weil sie, statt zu investieren, in den Solidarpakt einzahlen mussten. Jetzt sind sie an der Reihe.

Ideale Partner

Von Florian Stumfall

Dass im Jemen Krieg und Hunger herrschen, nimmt die Welt mit großer Gelassenheit hin – warum auch nicht? Über Dinge, die einen guten Grund haben, muss man sich nicht erregen, und der Jemen-Krieg hat einen guten Grund: Die USA führen ihn, um – richtig! – um Demokratie und Menschenrechte zu verbreiten. Höchste Zeit nachzuholen, was diesbezüglich während der britischen Kolonialzeit versäumt wurde, da trägt Washington unbestreitbar eine edle Verantwortung. Dies gilt umso mehr, als die USA für ihre humanitäre Mission den idealen Partner gefunden haben, nämlich die Monarchie der Saudis, ausgewiesen durch die aufgeklärte, menschenfreundliche und fortschrittliche Regierungsweise in ihrem eigenen Land.

Was bei den Huthi im Jemen außer ihrer Rückständigkeit und schiitischen Indolenz in üblem Sinne zu Buche schlägt, ist zum einen ihre räumliche wie weltanschauliche Nähe zum Erz-Satan des Mittleren Orients, dem Iran, dem zu schaden den USA allemal einen Waffengang wert ist, und zum anderen die herausfordernde geographische Lage ihres Landes, schräg vis á vis von Dschibuti, denn wer hier wie dort den Fuß in der Tür hat, dem macht im Arabischen Meer niemand so leicht etwas vor.

Klagen über den Verlust von Menschenleben durch saudische Bomben und US-Raketen sind völlig überflüssig, denn es gilt eine große Sache: Die Neue Weltordnung, und die Weltgegend um die Arabische Halbinsel herum darf bei den Planungen nicht vergessen werden. Schließlich befindet sich Richtung Osten der nächste US-Militärstützpunkt erst wieder im Indischen Ozean.

So leisten also auch die Jemeniten ihren historischen Beitrag zur Verbreitung aller Segnungen, welche die USA für die Welt bereithalten. Da sie das aber nicht ganz freiwillig tun, ist es notwendig, mit Waffen ein wenig nachzuhelfen und die Richtung zu weisen. Und man darf die Jemeniten trösten: Die USA wissen, was sie tun, sie haben das bei zahlreichen anderen Völkern und Ländern bereits erprobt.

DITIB verbieten

Von Hermann Paul Winter

Die Liste der Vorfälle, welche die Verstöße der DITIB gegen deutsches Recht offenbart, ist lang. Nach eigenem Bekunden will die DITIB die religiösen und kulturellen Bemühungen ihrer deutschen Moscheegemeinden anführen. Jedoch nicht erst, seit sich ihre Vereine Ende vergangenen Jahres als Erdogans Wahlhelfer betätigten, wurde deutlich, dass sie stattdessen politisch Einfluss übt und Erdogans Machtstreben unterstützt. Die DITIB handelt in Deutschland von Ankara gesteuert. Auch die Bundesregierung räumt dies inzwischen ein. Sie vertritt die Interessen des politischen Islam und torpediert unsere Verfassung, deren säkulares Zivilrecht mit dem Scharia-Recht des Islam nicht vereinbar ist. Wiederholt zeigten Mitglieder des Verbandes unmissverständlich ihre antidemokratische Grundhaltung und ihre Abneigung gegen Deutsche.

Einige Landesregierungen betrachten die DITIB inzwischen kritischer. Die Landesregierungen in NRW und Niedersachsen haben die Gespräche mit der DITIB nach den neuen Erkenntnissen mittlerweile auf Eis gelegt. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) ging, aufgeschreckt durch DITIB-Comics, die den Märtyrertod verherrlichten, auf gewisse Distanz zu dem Verband, wenn auch nicht konsequent genug. Allerdings wollen zahlreiche Politiker ihr Verhältnis zur DITIB nicht ändern. So wird in der „Deutschen Islamkonferenz“ weiterhin an der Zusammenarbeit festhalten. Mehrere Landesregierungen lassen sich nach wie vor von der DITIB in Bildungsfragen und beim Erstellen von Lehrplänen „beraten“. Der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) schwärmt sogar, wie wichtig die Toleranz gegenüber der DITIB sei.

Dass aus der DITIB heraus geheimdienstlich gegen Oppositionelle vorgegangen wird, ist der vorläufige Höhepunkt der subversiven Aktivitäten des Verbandes. Derzeit wird gegen mehrere Spitzel-Imame der DITIB ermittelt, deren Auftrag es ist, Anhänger der Gülen-Bewegung, der islamistischen Konkurrenz Erdogans, auszuspähen. Die Ermittlungen der Behörden liefen bisher ins Leere, da sich Erdogans Agenten – möglicherweise vorgewarnt? – rechtzeitig in die Türkei absetzen und sich der Strafverfolgung entziehen konnten. Dennoch wird weiter ermittelt – es ist wahrscheinlich, dass sich in der DITIB noch mehr Täter finden. Türkische Imame treten in Deutschland in den etwa 800 Moscheen der DITIB auf. Seit 2011 hat sich die Zahl für deren Visa mehr als verdoppelt. Die in Aussicht gestellte Visafreiheit für Türken würde voraussichtlich zu einer noch größeren Zahl an fundamentalislamischen Multiplikatoren führen.

Während DITIB-Generalsekretär Bekir Alboga die Spionageaktivitäten seines Verbandes herunterspielt und der Presse vorwirft, sie berichte „voreilig“, sollte der Rechtsstaat sich hier wirksam wehrhaft zeigen. Für eine Vereinigung, deren Tätigkeiten unseren Gesetzen zuwiderlaufen und die sich gegen unsere verfassungsmäßige Ordnung richtet, gibt es nur eine Konsequenz: Sie muss verboten werden.



Fragwürdiger „Dialog der Religionen“: Bayerns Finanzminister Markus Söder (mi.) besucht gemeinsam mit dem türkischen Generalkonsul Asip Kaya und dem DITIB-Vorstandsvorsitzenden Fikret Bilir eine Nürnberger Moschee

Bild: action press

Frei gedacht



Vor der Machtübernahme des Islam?

Von Eva Herman

Auch wenn es vielen Leuten nicht gefällt: Wir müssen umdenken. Abschied vom Abendland? Gut möglich. Die Zeiten, in denen das Blatt noch hätte gewendet werden können, dürften vorbei sein. Viele Jahre lang waren Mahner unterwegs, die versuchten, unsere Bevölkerung auf die nahenden Veränderungen aufmerksam zu machen. Sie hofften auf gesunden Widerstand des Volkes, beispielsweise gegen unsinnige Kriege, an welchen wir uns leider beteiligten. Widerstand, er wäre so wichtig gewesen, auch gegen die Zerstörung der Familie, die uns heute leer dastehen lässt. Doch vergeblich waren alle Mühen, im Gegenteil. Man wurde zu dem Volk, welches sich seelenruhig beim Untergang zusah. Und jetzt? Viele reiben sich plötzlich verwundert die Augen. Ja, was ist denn hier los? Na, was wohl schon: Es geht zu Ende mit der alten Kultur des Abendlandes.

Was sollen wir denn nun machen, fragen immer mehr Menschen, plötzlich unsanft aus den Träumereien gerissen. Bevor man hier gute Ratschläge zum Besten gibt, die von den meisten wahrscheinlich ohnehin wieder lächerlich gemacht werden, seien hier lediglich ein paar Fakten zusammengetragen werden, die eine vage Abbildung dessen geben, was sich derzeit abspielt, wovon die Öffentlichkeit nur wenig mitbekommt. Es zeigt, wohin die Reise geht. Nichts davon soll an dieser Stelle kommentiert werden, da jeder Mensch sich sein eigenes Bild machen, selbst prüfen muss, was er empfindet und wie er die Lage für sich einschätzt. Denn die Vergangenheit zeigt ja: Gute Ratschläge sind in dieser Gesellschaft überflüssig.

So veröffentlichte das Internet-Portal des Theologie-Professors David Berger, Philosophia Perennis, vor wenigen Tagen ein brisantes Interview. In einer arabischsprachigen Sendung des großen jordanischen Fernsehsenders JoSat TV, der in der ganzen Welt empfangbar ist, kam kürzlich ein Islamgelehrter zu Wort, welcher die islamische Unterwerfung Deutschlands und Europas fordert und auch vorsieht. Er ist sich sicher, Europa werde gewiss durch den Dschihad islamisiert werden. Es sei nicht mehr die Frage, ob, sondern wann Europa in Gänze islamisiert ist. Der Islam müsse Europa endlich aus dem Mittelalter holen, Christen, die nicht konvertieren wollten, müssten höhere Steuern zahlen und Homosexuelle werde es auch nicht mehr geben. Ebenso wenig, wie es Israel noch geben werde, welches, das sei das eigentliche Ziel, „ausgelöscht“, „vernichtet“ werden müsse.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Es sollen wörtliche Ausschnitte des Interviews zwischen der Moderatorin, hier als M bezeichnet, und dem Islamgelehrten, der hier I heißt, wiedergegeben werden. M: Sollen die Moslems alle Christen und Juden weltweit bekämpfen? I: Dieser Kampf soll dazu dienen, materielle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Der Kampf wird gegen Länder geführt, nicht gegen Individuen. Wenn wir Deutschland beispielsweise den Dschihad-Krieg erklären, dann drohen wir dem deutschen Staat. Wenn der deutsche Staat sich weigert, dass wir dort den Islam verbreiten, dann stellen wir sie vor die Wahl: Entweder Moslem werden, oder Kopfsteuer zahlen und sich dem islamischen Recht unterwerfen. Kopfsteuer (Dschizya) ist die einzige Steuer, die Nichtmoslems zahlen müssen. Wobei Moslems die Zakkat-, Kharraij- und Rikkaz-Steuern bezahlen, sowohl auch andere Steuern, falls nicht genug Geld für die Armee vorhanden ist. M: Verstehen Sie nicht, dass die Menschen im Westen Sie fürchten? Wenn Sie sagen, dass sie alle bekriegen wollen? I: Wir müssen den Staat und die Armeen bekämpfen und nicht die Menschen. M: Richtig, Sie bekämpfen die Staaten. I: Wir werden nicht die Menschen bekämpfen. Wir töten nicht die Leute, doch wenn die Regierungen dieser Länder verhindern wollen, dass sie islamisch werden, dann kämpfen wir gegen diesen Staat. M: In Samuel Huntingtons Buch „Der Kampf der Kulturen“, und vor ihm schon Fukuyama, der vorhersagte, dass der nächste Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen stattfinden wird, – Sie sagen also, dass diese Autoren recht haben? I: Sicher. Dieser Kampf wird stattfinden, sie haben uns unterdrückt! Ohne den Dschihad-Kampf hätte der Islam nicht einmal uns erreichen können. Ohne den Dschihad-Kampf (mit dem Schwert) hätte der Islam viele Länder nicht erreicht. Im Mittelalter konnte der Islam binnen 25 Jahren viele Länder erobern. Dank dem Dschihad. Das gewöhnliche Volk will den Islam! Wer das nicht will, kann bei seiner Religion bleiben. Hier in Levante (Morgenland) waren die meisten unserer Väter keine Moslems. Doch sie konvertierten zum Islam wegen seiner Güte und seiner Gerechtigkeit. Die kleine Minderheit in den muslimischen Ländern, die dabei blieben... M: Gut. Lassen Sie mich eine wichtige Frage stellen: Uns wird befohlen, zu kämpfen, um die Religion Allahs zu verbreiten? I: Jawohl, das ist das Wesen des Islam. M: Werden Sie Palästina befreien, wenn Sie an die Macht kommen? I: Ja, natürlich. Der Dschihad wird erklärt, um Israel auszulöschen. Israel ist eine Monstrosität, die vernichtet werden muss! M: Würden Sie erlauben, dass beispielsweise ein Christ Finanzminister wird? I: Nein, auf keinen Fall. Es gibt keine Ministerien im Islam. Es gibt ein Oberhaupt, das vom Imam ermächtigt wird. Das ist eine der führenden Positionen, die nur für Moslems bestimmt ist. Jeder, der an der Führung teilhat – der Führer des Staates, das ist der Kalif – der bevollmächtigte Amtsträger, der Wali oder Gouverneur, muss ein Moslem sein. Aber vor allem ein Mann. Europäische Länder leben in altertümlichen, vormenschlichen Zeiten Homoehen, Frauen mit Frauen, Männer mit Männern. Die Zukunft gehört dem Islam. Die islamische Herrschaft wird kommen. So, wie unser Prophet Mohammed das vorhergesagt hat. Es wird ein Kalifat gemäß dem Propheten Mohammeds geben.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Soweit diese für uns nicht wirklich erfreulichen, wörtlichen Aussagen. Wer hier von einem Einzelfall sprechen möchte, dem sei versichert, dass dem nicht so ist. Denn der OIC hat dies längst beschlossen. Der OIC ist eine internationale Organisation von derzeit 56 Staaten, in denen der Islam „Staatsreligion, Religion der Bevölkerungsmehrheit oder Religion einer nennenswerten Minderheit ist“. Die Organisation nimmt für sich in Anspruch, die islamische Welt zu repräsentieren. Offiziell heißt es dazu: Die OIC, am 25. September 1969 in Rabat (Marokko) gegründet, nenne als Anlass der Gründung, dass nach der Eroberung Jerusalems im Sechstagekrieg 1967 die al-Aqsa-Moschee im Einflussbereich Israels lag. „Die Befreiung der Moschee und Jerusalems gaben die Gründungsmitglieder der OIC als wichtigste Aufgabe vor. Das saudi-arabische Dschidda wurde als OIC-Sitz festgelegt bis zur geplanten Befreiung Jerusalems.“ Auf einer OIC-Konferenz 2006 wurde beschlossen, eine UN-Resolution zu fordern, in der die Diffamierung aller Propheten und Religionen verboten wird. Zudem sollten Strategien erarbeitet werden, die sich gegen anti-islamische Medienberichterstattung richten.

„Fürchtet Euch nicht“, heißt es in der Bibel. Aber wer liest die heute noch. Wir sollten beten. Denn Beistand von unserer Regierung, den Medien und Behörden können wir ausschließen, sie haben viele der Forderungen längst akzeptiert.

Lautsprecher der Reformation

Mit viel Spektakel erinnert Worms im Lutherjahr an seinen maßgeblichen Anteil am Erfolg des Reformators

Genau zehn Tage, vom 16. bis 25. April 1521, weilte Martin Luther in der Reichsstadt Worms. Der 500. Jahrestag dieses Ereignisses steht zwar noch bevor, doch die Stadt beteiligt sich schon in diesem Jahr an den Feierlichkeiten zum „Lutherjahr 2017".

„Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir! Amen!" Mit diesen, ihm später zugeschriebenen Worten soll Martin Luther am 18. April 1521 seine Thesen und Ansichten zur Reform der römisch-katholischen Kirche bekräftigt haben. Standhaft und unerschrocken vor Kaiser und Reich auf dem Reichstag in Worms. Doch die berühmten und oft zitierten Worte der Standhaftigkeit stammen nicht von Luther. Belegt dagegen ist die Aussage: „Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist. Gott helfe mir, Amen!"

Der Wormser Bischofshof, Ort des Geschehens, an dem Luther diese Worte sprach, existiert nicht mehr. Das Gebäude, nahe am mächtigen Dom gelegen, wurde 1689 während des Pfälzischen Erbfolgekrieges (1688–1697) von den Truppen des Sonnenkönigs Ludwig XIV. zerstört. Heute ist dort ein Park, der Heylshof-Park, angelegt. Der vermutete Auftrittsort Luthers ist durch eine Gedenkplatte im Boden markiert: „Hier stand vor Kaiser und Reich Martin Luther 1521."

Ergänzt wird der Erinnerungsort am 18. April dieses Jahres durch die begehbare Bronzeskulptur „Die Großen Schuhe Luthers" der Künstler Constanze und Norbert Illig. Besucher des Parks können in die große Fußbekleidung aus Metall hineinschlüpfen und versuchen, den historischen Augenblick des 18. April 1521 nachzuempfinden und dabei Standfestigkeit zu beweisen.


Flankiert von Fürsten, Häretikern und Reformatoren: Lutherdenkmal in Worms Bild: Schmidtke

Hinter dem kleinen Park liegt das Museum Heylshof. Es beherbergt als Dauerausstellung die Kunstsammlung der Stifterfamilie von Heyl: Gemälde, wertvolle Gläser und Porzellan. Nun ist hier auch noch die Ausstellung „Luther – Worms 1521. Der Ort des Geschehens" bis zum 29. Mai zu sehen. Luthers Auftritt vor Kaiser Karl V., den versammelten Reichsfürsten und Abgesandten des Papstes ist dort in einer Aneinanderreihung künstlerischer Bilder, Grafiken und Zeichnungen aus fünf Jahrhunderten dargestellt. Dabei wird überraschend deutlich, wie das Bild Luthers vom Betrachter und dem jeweiligen Zeitgeist bestimmt wurde – und wird. Sehr schön anzusehen sind die aufwendigen 3D-Visualisierungen der mittelalterlichen Reichsstadt Worms. Die Filme versetzen den Besucher ins Jahr 1521 zurück und lassen dabei die historische Stadt sichtbar und erfahrbar werden. Der Tagungsort des Reichstages, der zerstörte Bischofshof, ist ebenso wiederauferstanden wie andere, längst verschwundene Gebäude der Stadt, etwa das Haus der Münze oder die Johanneskirche am Dom.

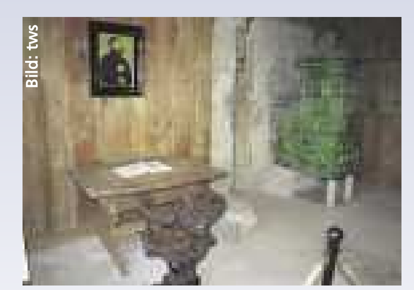
Da fast alle historischen Luther-Sehenswürdigkeiten in Worms zerstört sind, beschlossen die Bürger der mehrheitlich protestantischen Stadt im 19. Jahrhundert, ein markantes Lutherdenkmal zu errichten. So entstand mit in- und ausländischen Spenden 1868 das, so die Stadt Worms, weltgrößte Lutherdenkmal. Der überlebensgroße Luther steht in der Mitte einer Skulpturengruppe zwischen Weggefährten wie Philipp Melanchthon (Reformator) und Philipp dem Großmütigen (Landgraf von Hessen) sowie Vordenkern der Kirchenreform wie Jan Hus und Petrus Waldus.

Obwohl der 500. Jahrestag des Reichstags zu Worms erst in vier Jahren stattfindet, rechnet die Stadt Worms bereits in diesem Jahr mit einem „kleinen Besucherboom". Worms werde zum 500. Jahrestag des Thesenanschlags, das kündigt Kulturkoordinator Volker Gallé an, „die eigene Reformationsgeschichte inszenieren". Dafür werden 400 000 Euro bereitgestellt. Neben den übergroßen Bronzeschuhen ist ein „Bildungs- und Erlebnisparcours" geplant. Zusätzlich werden am Ort des Reichstags „Lautsprecher von Bäumen herab die Passanten mit Gewissensfragen beschallen". *Siegfried Schmidtke*

„Luther in Worms 1521 – Der Ort des Geschehens", Sonderausstellung bis 29. Mai im Museum Heylshof, Stephansgasse 9, 67547 Worms, geöffnet: Dienstag bis Sonnabend 14 bis 17 Uhr, Sonntag und Feiertage 11–17 Uhr. Eintritt: 5 Euro, Telefon (06241) 8534120. Der Katalogband zur Ausstellung kostet 8 Euro.

Luther alias Junker Jörg

Als mit dem Wormser Edikt die Reichsacht über Luther verhängt wurde, galt der Reformator als vogelfrei. Jeder hätte ihn ungestraft töten können. Um ihn davor zu schützen, ordnete sein Gönner, der sächsische Kurfürst Friedrich der Weise, eine fingierte Entführung Luthers an. Unweit von Schloss Altenstein im Thüringer Wartburgkreis nahmen Friedrichs Soldaten Luther auf seinem Heimweg von Worms „gefangen" und brachten ihn auf die Wartburg, wo er inkognito als „Junker Jörg" in einer kleinen Stube lebte und das Neue Testament ins Deutsche übersetzte. In der Stube soll ihm nach eigener Aussage der Teufel erschienen sein, den er, so seine Sage, vertrieb, indem er mit einem Tintenfass nach ihm warf. Die Stelle an der Wand, wo die Tinte landete, ist heute noch – wenn auch arg zerkratzt – zu sehen. Vom 4. Mai bis 5. November kann man das inspizieren in der Wartburg-Ausstellung „Luther und die Deutschen – Wartburg in Eisenach". *H. Tews*


Bild: tws
Wartburg: Die Luther-Stube

MELDUNGEN

Eine Idee geht um die Welt

Berlin – Mit der zu Ostern eröffneten Ausstellung „Der Luthereffekt. 500 Jahre Protestantismus in der Welt" zeigt das Deutsche Historische Museum im Berliner Martin-Gropius-Bau bis zum 5. November die weltweite Wirkung der Reformation. Exemplarisch wird das an Schweden, den USA, Korea und Tansania gezeigt. Infos: www.3xhammer.de *tws*

Eine Kirche hat dazugelernt

Eisenach – Im Lutherhaus in Eisenach, wo der junge Luther drei Jahre lang lebte und dort eine Pfarrschule besuchte, läuft seit Ostern die Ausstellung „Ketzer, Spalter, Glaubenslehrer – Luther aus katholischer Sicht". Schwerpunkt der am Lutherplatz 8 bis zum 5. November gezeigten Präsentation ist der Wandel der katholischen Sichtweise auf Luther. Anfangs bekämpft, hat man heute die Lehren aus seiner Kirchenkritik gezogen. Infos: www.lutherhaus-eisenach.com *tws*

Einer redet sich in Rage

Leipzig – „Luther im Disput. Leipzig und die Folgen" heißt die neue Ausstellung des Stadtgeschichtlichen Museums Leipzig im Alten Rathaus (Markt 1). Die bis zum 28. Januar 2018 laufende Schau spielt auf die „Leipziger Disputation" an, bei der Luther im Jahr 1519 Theologen und Reformatoren in ein Streitgespräch verwickelte. Zentrale Exponate sind der originale Ehering der Katharina von Bora, der silberne Lutherbecher sowie Tafelgemälde und Epitaphe von Lucas Cranach. *tws*

Vermächtnis eines »Krimi-Pastors«

Mordsidee: Um Geld für eine Kirchenorgel einzutreiben, schrieb Christian Uecker Krimis

Nächstenliebe oder Herstellung des Seelenheils sind eigentlich die großen Themen, mit denen sich ein Pastor beschäftigen sollte. Bei Christian Uecker aber war es Mord. Als Pastor in Klein-Wesenberg und Hamberge bei Lübeck verfasste er Kirchenkrimis, in denen er zahlreiche Protagonisten über die Klinge springen lässt. Anlässlich des zehnten Todestags des Autors hat der Kieler Friedrich-Wittig-Verlag jetzt sieben Krimigeschichten in einem Sammelband neu verlegt.

„Anlass für Ueckers erstes Buch war die dringend notwendige Restaurierung der Orgel in seiner Gemeinde, für die natürlich längst nicht genug Geld zur Verfügung stand", erinnert sich Verlagsmitarbeiter Johannes Keussen an Nordelbiens „Krimi-Pastor". „Da er, wie er selber sagt, nicht besonders gut darin war, Spenden einzutreiben, hat er also diesen Benefiz-Krimi geschrieben, denn damit konnte er für das Nehmen etwas zurückgeben."

Lange vor der großen Regionalkrimi-Welle erschien 1993 mit „Wenn der Tod tanzt" der erste Kirchenkrimi, der ein wahres Novum bot: Der Autor war ein Pastor, der nicht nur seelsorgerisch tätig ist, sondern auch knallharte Krimis schreibt. Die Presse berichtete ausführlich über den Erstling des „Krimi-Pastors", Uecker spendete sämtliche Einnahmen für die Orgelsanierung und hatte Blut geleckt. In den Folgejahren erschienen bis zu seinem Tod 2007 sieben Krimis.

Im Mittelpunkt der Geschichten steht Pastor Frank Falke, ein Mörderjäger „wider Willen". Statt aktiv ins Geschehen einzugreifen, wartet er, bis der Mörder das klärende Gespräch mit ihm sucht. Ist zunächst das fiktive Klein-Hasenberg die kriminelle Welt, so erweiterte sich im Laufe der Jahre der Wirkungskreis bis hin zum Deutschen Evangelischen Kirchentag („Gut, besser, tot"), Amrum („Treibsand") und Südengland („Totenblumen").

„Von Anfang an beeindruckten mich Ueckers historische Recherchen, die seinen Handlungen zugrundeliegen – ob im Landesarchiv Schleswig oder in den Familienstammbüchern seiner eigenen Kirchengemeinde", so Keussen.

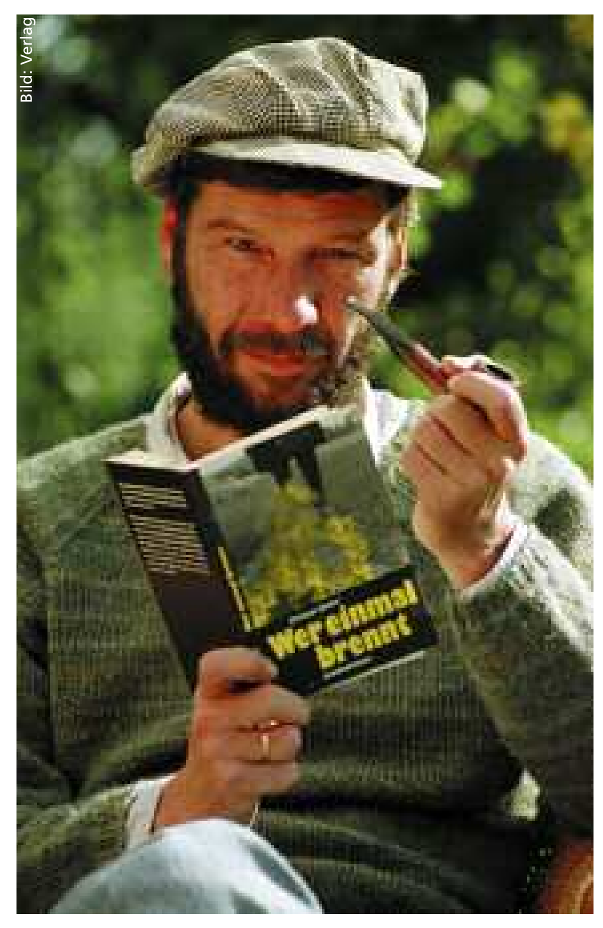


Bild: Verlag
„Sherlock" Uecker: Pastor mit Mordsideen

Uecker gelingt es, den Mikrokosmos der kleinen Gemeinde und seines Berufsstandes authentisch und dicht zu schildern. Der Kriminalfall und dessen Aufklärung wecken das Interesse und erzeugen höchste Spannung sogar bei Atheisten. Der Leser interessiert sich für das Verhalten der Personen, entdeckt immer wieder Parallelen zu Menschen seiner Umgebung und zu sich selbst. Als Milieustudie zeigen seine Romane neben dem erzählerischen Können die außerordentliche Beobachtungsgabe des Autoren und machen die liebenswerte Starrköpfigkeit typischer „Nordlichter" in einer ebenso typischen Landgemeinde auf einzigartige Weise lebendig.

Uecker flüchtete 1960 als Vierjähriger mit seinen Eltern aus der DDR nach West-Berlin und gelangte von dort über ein Flüchtlingsauffanglager in Hamburg nach Neumünster, wo er die Jugendzeit bis zum Abitur verbrachte. Das Theologiestudium absolvierte er in Bethel, Kiel, München und Hamburg. Bevor er sein Vikariat in Eckernförde antrat, arbeitete er zunächst freiberuflich in der Bildungsarbeit für die Dritte Welt.

Ab 1987 war er Pastor in Klein-Wesenberg und Hamberge bei Lübeck, wo er damit begann, Kirchen-Krimis zu schreiben. Außer Kriminalromanen verfasste Uecker auch Kurzgeschichten aller Art. Am 14. April 2007 erlag er im Alter von erst 51 Jahren auf einer Radfahrt einem Herzinfarkt. Sein letzter Roman „Totenblumen" erschien vier Wochen später. *Andreas Guballa*

Christian Uecker: „Sämtliche Kirchen-Krimis" in einem Band, Friedrich-Wittig-Verlag, Softcover, 1112 Seiten, 19,95 Euro

Frau Klingsor malt

Sighanda im Calwer Hermann-Hesse-Museum

Seit 1990 befindet sich unter der Straßenadresse Marktplatz 30 im baden-württembergischen Calw das Hermann-Hesse-Museum. Es ist nicht zu verwechseln mit dem Geburtshaus des „Steppenwolf"-Autors, dieses liegt an derselben Straße etwa 100 Meter davon entfernt. Hier hat der junge Hesse, wie in seinen biografisch geprägten Roman zu lesen ist, zunächst eine glückliche Kindheit verbracht, die dann in eine selbstquälerische Jugend mündete. Seinen endgültigen Frieden als Schriftsteller fand Hesse dann im Schweizer Dorf Montagnola im Tessin, wo er über 40 Jahre seines Lebens bis zu seinem Tod 1962 verbracht hatte.

Eines der ersten Werke, die in seiner neuen Wahlheimat entstanden sind, ist die 1919 erschienene Erzählung „Klingsors letzter Sommer". Anders als die Zauberergestalt aus den mittelhochdeutschen Epen, die auch in Richard Wagners Oper „Parsifal" eine wichtige Rolle spielt, ist Hesses Klingsor ein von Todesgedanken geplagter Maler, der in seinen letzten Tagen ein ausschweifendes Leben führt.

Doch zurück zum Hermann-Hesse-Museum: In diesem prachtvollen Gebäude in der Calwer Innenstadt läuft noch bis zum 1. Oktober eine Sonderausstellung, welche sich um Hesses erstes Tessiner Werk dreht. Für „Hermann Hesse: Eine Mythologie des Tessins. Klingsors letzter Sommer illustriert von Sighanda" schlüpfte die italienische Künstlerin Dominique Fidanza, die ihre Werke unter dem Pseudonym „Sighanda" präsentiert, in die Haut des Künstlers Klingsor. Mit farbintensiven Aquarellen bildet sie traumhafte Landschaften und malerische Gebirgsketten ab, wobei eine Art Reisetagebuch entstanden ist.

Hedonistische Freude in Tessiner Wahlheimat

Die Erzählung trägt stark autobiografische Züge und ist in Collina d'Oro und anderen Orten der Umgebung angesiedelt. In dieser schwärmerischen Region nutzt die Hauptfigur, der Künstler Klingsor, fast schon gierig die Zeit des Sommers, die ihm noch verbleibt. Er verbringt seine Tage und Nächte im Wechselspiel zwischen künstlerischer Inspiration und hedonistischer Lebensfreude. An dieser Stelle greifen Sighandas Aquarelle Hesses Impressionen auf und stellen eine Verbindung zwischen seinen literarischen Beschreibungen und den von der Künstlerin bereisten Schauplätzen des Klingsors her. *H. Tews*

Geöffnet, auch über Ostern, Dienstag bis Sonntag, jeweils 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 5 Euro.

Putsch zur »Rettung der Nation«

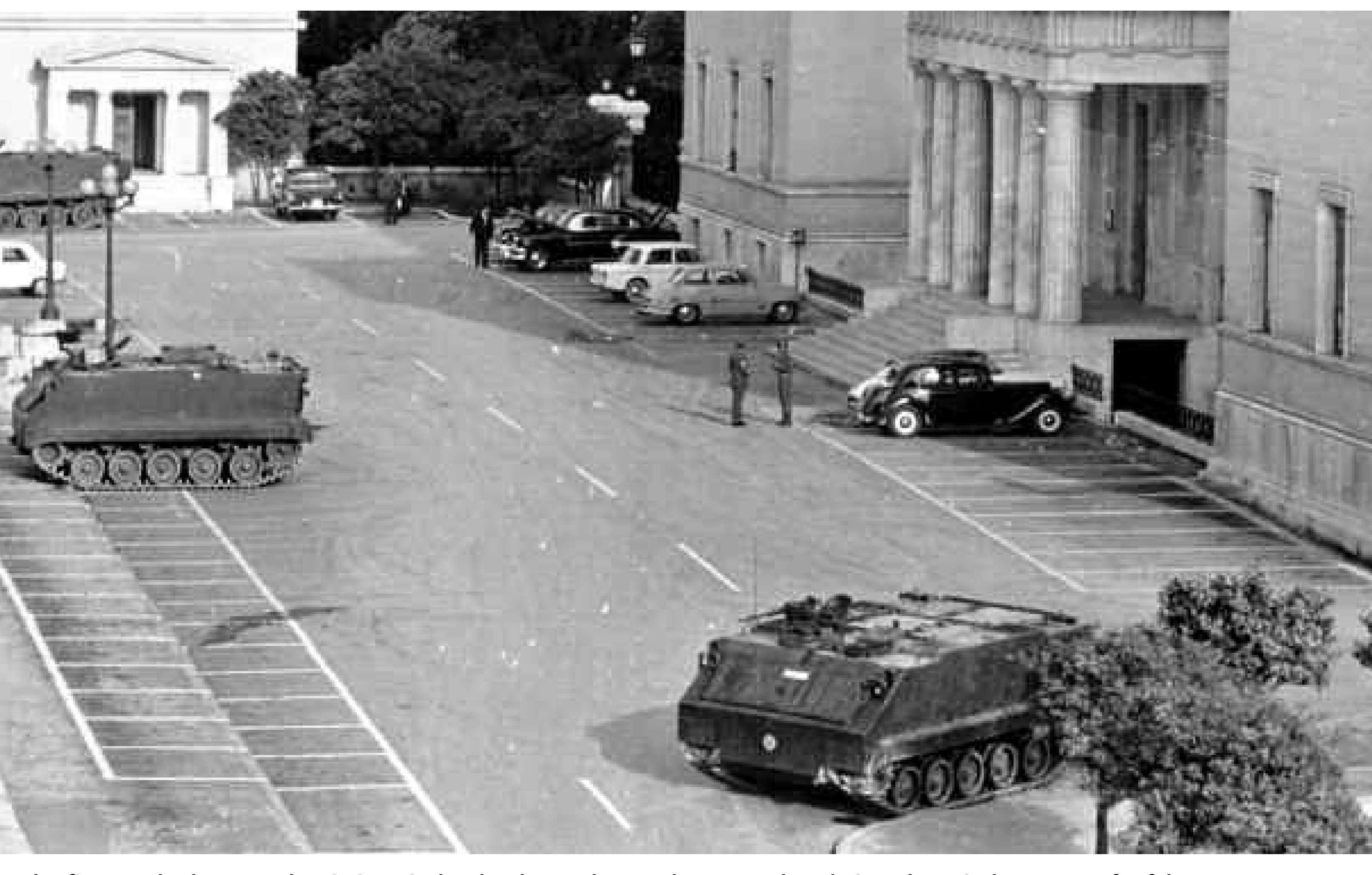
In Griechenland stürzten vor 50 Jahren Militärs die Regierung und schließlich den König, um das Land vor dem Kommunismus zu bewahren

Vor 50 Jahren putschten königstreue griechische Offiziere, um einen Linksruck in ihrer Heimat zu verhindern. Diese „Revolution zur Rettung der Nation“ (Ethnosotirios Epanastasis) war bereits der 18. gewaltsame Umsturz in Hellas während des vorigen Jahrhunderts und führte zum 44. Regierungswechsel seit 1945.

Der Zweite Weltkrieg ging für Griechenland fast nahtlos in einen Bürgerkrieg zwischen der linken Volksfront und monarchistischen Konservativen über, in dem dann 1949 die Letzteren mit britischer und US-amerikanischer Hilfe siegten. Dadurch blieb Griechenland der einzige nichtkommunistische Staat auf dem Balkan. Allerdings bescherten die wirtschaftlichen Verhältnisse den Linken weiterhin großen Zulauf: Mitte der 1960er Jahre betrug das Durchschnittseinkommen der Hellenen immer noch weniger als die Hälfte des in Westeuropa Üblichen, obwohl die USA Milliardensummen an Entwick-lungshilfe leisteten. Die aber versickerten durch Korruption und Misswirtschaft. Außerdem musste die Regierung für die acht Residenzen, drei Flugzeuge und 85 Autos von König Konstantin II. aus dem Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg zahlen – zusätzlich zur Jahres-Apanage von umgerechnet 2,6 Millionen Mark.

Angesichts dessen plante Ministerpräsident Georgios Papandreou von der liberalen Enosis Kendrou (Zentrumsunion) weitgehende Reformen, die allerdings die Angst vor einem Wechsel hin zum Sozialismus nährten. Dazu kam der Versuch des Premiers, die antimonarchistischen Offiziere innerhalb der königlich-griechischen Streitkräfte in der konspirativen Zelle „Aspida“ (Schild) zu versammeln, an deren Spitze sein Sohn Andreas stand, der von einer „Armee des Volkes“ träumte.

Dies bewog Konstantin II. schließlich dazu, Papandreou zum Rücktritt zu nötigen und für den 28. Mai 1967 Neuwahlen anzusetzen. Hierdurch brach jedoch Chaos im Lande aus, für das vor allem die Vereinigung der Demokratischen Linken (Eniea Dimokratiki Aristera, EDA) verantwortlich zeichnete. Und dann stellte Papandreou dem König am 18. April 1967 auch noch ein glasklares Ultimatum: Konstantin solle im Wahlkampf ab sofort neutral auftreten, sonst werde er „zum Volksaufstand gegen die Monarchie“ blasen.


Vorläufiges Ende der Demokratie in Griechenland: Vor dem Parlamentsgebäude in Athen sind Panzer aufgefahren Bild: pa

Damit waren die Würfel gefallen. Noch am gleichen Tag verständigten sich neun höhere Offiziere – darunter der Artillerieoberst und Leiter der Generalstabsabteilung für Operationsplanung, Georgios Papadopoulos, – in einer mehrstündigen Dis-kussion darauf, zu putschen, um eine drohende Machtübernahme der Linken zu verhindern. Anschließend entwarf Papadopoulos über Nacht das konkrete Szenario für die Rebellion. Dieses beruhte auf dem im Verein mit der Nato erarbeiteten „Prometheus-Plan“ von 1950, der eigentlich für den Fall kommunistischer Umsturzversuche gedacht war. Wie der Oberst ermittelte, würden die Verschwörer lediglich 150 Panzerfahrzeuge mit ihren Besatzungen sowie 700 Mann von den griechischen Spezialeinsatzkräften Lochos Oreinon Katadromon (LOK) benötigen. Und tatsächlich erklärten sich Brigadegeneral Stylianos „Stelios“ Pattakos von der Panzerschule in Athen-Goudi und Generalleutnant Georgios Zoitakis, der auch die Spezialkräfte kommandierte, sofort bereit, diese Kräfte zur Verfügung zu stellen. Daraufhin wurde die Stunde X auf den 21. April null Uhr festgesetzt.

> König Konstantin II.: »Sie haben doch nicht die leiseste Ahnung, wie man ein Land regiert«

Zu diesem Zeitpunkt besetzten einige LOK-Einheiten das Schloss des Königs, während parallel dazu Panzer vor allen strategisch wichtigen Punkten der Hauptstadt auffuhren, darunter auch vor der Polizeizentrale. Danach erhielt die Sicherheitspolizei (Asfalia) den Befehl, an der Sonderaktion „Ierax“ (Geier), also der Festnahme von Politikern und führenden Kommunisten, mitzuwirken. Und so rückten dann Polizisten und LOK-Kämpfer aus, um den erst seit wenigen Tagen im Amt befindlichen Interims-Regierungschef Panagiotis Kanellopoulos sowie Vater und Sohn Papandreou zu arretieren. Dem folgte die Verhaftung zahlreicher weiterer Personen, die auf der Schwarzen Liste von Papadopoulos standen, ohne dass dabei auch nur ein einziger Schuss fiel. Währenddessen schloss sich noch der wankelmütige Stabschef der Armee, Generalleutnant Grigorios Spandidakis, den Putschisten an.

Deren Erfolg resultierte ganz maßgeblich daraus, dass es ihnen gelang, vorzutäuschen, im Auftrag des Königs zu handeln. Dabei erfuhr dieser selbst erst um 5.30 Uhr in seinem Landsitz Tatoi von der Militärrevolte, als Papadopoulos, Spandidakis und der Artillerie-Oberst Nikolaos Makarezos meldeten: „Majestät, wir haben uns für Volk und Krone erhoben.“ Das quittierte Konstantin mit den wütenden Worten: „Wer hat Sie ermächtigt, sich für mich und das Volk zu erheben? Ich unterhalte mich nicht mit Putschisten!“ Damit schien der Umsturz gescheitert zu sein. Doch dann knickte der erst 26-jährige König ein, nachdem er Papadopoulos noch verächtlich entgegengeschleudert hatte: „Sie haben doch nicht die leiseste Ahnung, wie man ein Land regiert.“

Und genau deshalb sanktionierte der Monarch die Rebellion letztendlich zähneknirschend, damit das Land wenigstens einen neuen zivilen Ministerpräsidenten erhielt. Allerdings blieb dieser – es handelte sich um den bisherigen Generalstaatsanwalt Konstantinos Kollias – nur eine Marionette der Junta um Papadopoulos, der dann am 14. Dezember 1967 auch offiziell an Kollias Stelle trat. Zuvor hatte der Premier gemeinsam mit Konstantin II. einen Gegenputsch versucht, der nicht zuletzt mangels Unterstützung von Seiten der USA scheiterte.

Das sogenannte „Regime der Obristen“ konnte sich bis Juli 1974 an der Macht halten, dann stürzte es über seine wirtschaftlichen Misserfolge und die gescheiterte Einverleibung von Zypern. Bis dahin wurden über 10 000 Kommunisten und Linke inhaftiert, misshandelt oder auf einsamen Ägäis-Inseln interniert. Ebenso verbot die Junta 278 Organisationen und Vereine, darunter auch die EDA.

Die Rückkehr zur Demokratie erfolgte mit den Wahlen vom 17. November 1974, die Konstantinos Karamanlis von der liberalkonservativen Partei Nea Dimokratia gewann. Papadopoulos, Pattakos und Makarezos wiederum wurden am 23. August 1975 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber später zu lebenslanger Haft begnadigt. Papadopoulos starb 1999 im Gefängnis, während die beiden anderen Putschistenführer 1990 aus gesundheitlichen Gründen freikamen beziehungsweise nur noch Hausarrest verbüßen mussten.

Konstantin II., der sich nach wie vor als rechtmäßiger Monarch Griechenlands betrachtet, lebt seit dem misslungenen Gegenputsch im Exil, zunächst in Rom und seit 1973 bei seinen britischen Verwandten in London. Seit einigen Jahren darf er mit seinem dänischen Pass, den er seiner familiären Herkunft verdankt, wieder nach Griechenland einreisen, wo er sich einen großen Teil des Jahres über aufhält. *Wolfgang Kaufmann*

Von der »Tarantel« gestochen

Ein Satiremagazin brachte in der frühen Phase des Kalten Kriegs die DDR-Machthaber gegen sich auf – Ende mit dem Mauerbau

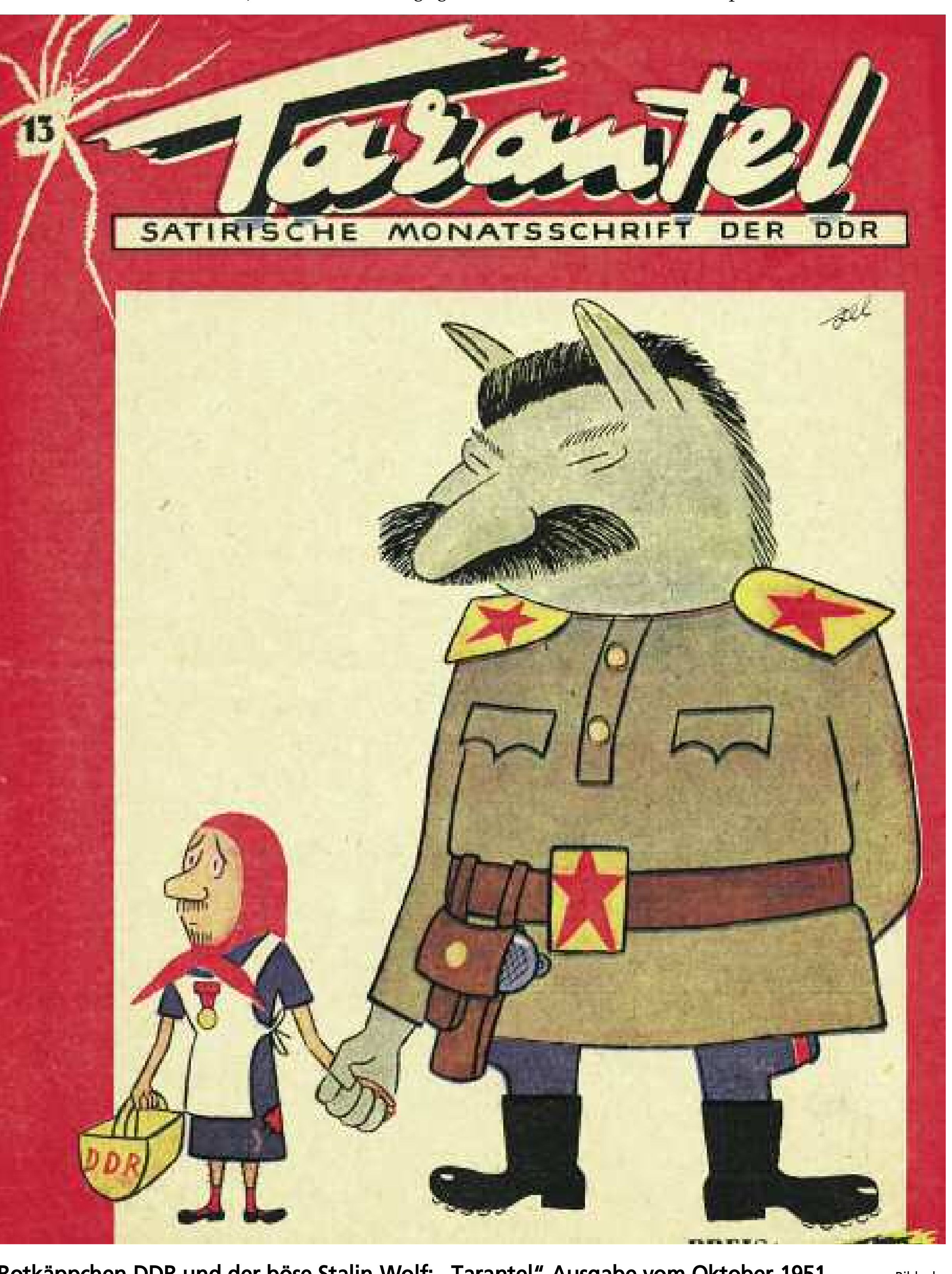
Nicht erst die Anschläge auf das Pariser Satiremagazin „Charlie Hebdo" zeigen, welche Wirkung politische Satire entfalten kann. In den 1950er Jahren fürchteten sich die DDR-Machthaber weniger vor den realen Waffen des Westens als vor dem giftigen Biss der „Tarantel". Das in den Osten geschmuggelte Satiremagazin erwies sich bis zum Mauerbau als wirksamste antikommunistische Propaganda aus dem Westen.

Ein Symptom einer modernen Diktatur stellt der politische Flüsterwitz dar. Er ist ein Ventil für die aufgestaute Unzufriedenheit und Verbitterung der Zwangs-Untertanen. Zugleich muss die zersetzende Wirkung seiner beißenden Ironie und seines bissigen Spotts als eine sehr gefährliche Waffe gegen das Regime gewertet werden.

So vermag es kaum zu überraschen, dass im Herbst 1950 in West-Berlin eine Leitung mit dem so treffenden Namen „Tarantel" entstand, die auf acht bunten Seiten – damals ohnehin etwas Neues im tristen Osten – mit vielen politischen Witzen, scharfen Pointen und vielen aggressiven Karikaturen die SED-Größen und ihre großspurigen Unfehlbarkeits-Parolen attackierte. Jede Ausgabe veröffentlichte dazu sarkastische Sprichwörter wie etwa „Es gibt Genossen, die nur glauben, damit sie nicht zu denken brauchen!" oder „Die SED hat eine Vergangenheit, jedoch keinerlei Zukunft" und gar „Das SED-Parteibuch ist nur das Toilettenpapier der Zukunft".

Der geistige und organisatorische Kopf nannte sich Heinrich Bär. Hinter dem Pseudonym steckte ein einstiger DDR-Journalist, der Ende der 1940er Jahre für dreieinhalb Jahre in ein altes KZ-Lager, dem Speziallager Sachsenhausen, eingesperrt war und dessen wahrer Name Heinz Willi Wenzel lautete. Die Propaganda Ost-Berlins diffamierte ihn als fanatischen Chefredakteur des einstigen Blattes „Australischer Beobachter", das indes nie existierte.

Die anfänglich monatlichen 10 000 Hefte hatten drei Jahre später eine Auflage von 100 000, welche 1957 wiederholt mit 270 000 Exemplaren in die DDR geschmuggelt wurde. Diese Einschleusung geschah durch alle freiheitlichen Organisationen in West-Berlin, durch Verteilung an DDR-Besucher an der Sektorengrenze und ein Großteil auch per Flaschenpost oder in wasserfesten Kunststoffhüllen auf den Flüssen um Berlin.



Rotkäppchen DDR und der böse Stalin-Wolf: „Tarantel"-Ausgabe vom Oktober 1951 Bild: akg

In Anlehnung an die Titelseite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" erschien eine Zeitung mit der Überschrift „Ganz Neues Deutschland", die mit ihrer scharfen Satire die allmächtige Staatspartei scharf angriff. Herbst 1956 wurde eine Ausgabe des „Eulenspiegel" äußerlich nach gedruckt, jenes DDR-Blattes mit seinem staatlich gelenkten Humor in Form von Selbstkritiken und Diffamierungen der Bundesrepublik, die jetzt allerdings einen gegenteiligen Inhalt aufwies.

Die Sonderausgabe der „Tarantel" unter der Bezeichnung „Die Geschichte der KPdSU (B) – nicht von Stalin" erreichte sogar eine Auflage bis zu einer Million. Von Ballons wurden anonyme Klebzettel abgeworfen mit dem Text „Vorsicht: NKWD hört mit!" sowie „Wir wollen wählen!".

Eine DDR-Briefmarke mit glücklichen Aktivisten zeigt nunmehr verärgerte Arbeiter, die dem SED-Chef Ulbricht den Weg nach Moskau wiesen. Auf allen stand auch nicht mehr „Deutsche Demokratische Republik", sondern „Undeutsche Undemokratische Diktatur". Andere wieder trugen den Slogan „Arbeite langsam in der Undeutschen Undemokratischen Republik". Auf dem Propaganda-Postwertzeichen von der Stalinallee in Ost-Berlin demonstrierten Arbeiter unter dem Transparent „Freiheit", als Herausgeber war „Deutscher Volksaufstand 1953" zu lesen.

Als Ende der 50er Jahre alliierte Stellen in West-Berlin DDR-Flüchtlinge befragten, welche antikommunistische Propaganda ihrer Ansicht nach die wirkungsvollste sei, sprachen sich 70 Prozent für die „Tarantel" aus. Bei ihrer West-Berliner Deckadresse gingen lange Jahre täglich 15 bis 20 Briefe aus der DDR ein, wobei viele von der Postzensur abgefangen worden sein dürften.

Schon der Besitz einer einzigen „Tarantel" wurde als „staatsfeindliche Hetze" angesehen und mit einer mehrjährigen Gefängnisstrafe geahndet. Ein Operativplan der Stasi musste eingestehen, dass sie „im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion gegen die DDR eine bedeutende Rolle spielt". Im Laufe der Jahre setzte diese zirka 40 Agenten gegen die „Tarantel"-Redaktion ein, ebenso kam es zu einem nächtlichen Einbruch in deren Arbeitsräume durch ein Rollkommando des DDR-Geheimdienstes.

Ein besonderes Ärgernis für die Machthaber jenseits des Brandenburger Tors in ihrer Gier nach internationaler Anerkennung stellte „tarantel-press" dar, ein internationaler Karikatur-Pressedienst in Englisch, Französisch und Spanisch, den die „Tarantel" ab 1956 herausgab und die DDR sowie die UdSSR auf ihre Weise attackierte. In einem dieser Jahre konnte „tarantel-press" 31 131 Abdrucke in 58 Staaten verbuchen. Deren Bezieher wollte die Stasi mit gefälschten Artikeln irritieren und Misstrauen sähen. Ein Fehler ihrer mehrfachen Aktionen war indes, die Sendungen zwar ebenfalls von West-Berlin aus zu verschicken, sie jedoch anstatt eines Freistempels mit regulären Postwertezeichen zu versehen – was bei den ausländischen Empfänger sehr bald auffiel.

Nach 124 Ausgaben wurde die „Tarantel" 1962 eingestellt. Ein Grund war die psychologische Wirkung der Berliner Mauer. In ihrer Bedrängnis und Hoffnungslosigkeit hatten die DDR-Bürger kein befreiendes Lachen mehr: Die spöttischen „Tarantel"-Bisse stießen ins Leere. Als „Heinrich Bär" alias Heinz W. Wenzel 1971 starb, war er selbst für die West-Berliner Presse, die früher so oft und gerne die „Tarantel"-Hefte für sich verwendet hatte, nicht einmal einen kurzen Nachruf wert.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Ritter in vier Teilen

Vor 450 Jahren endete ein Gebietsstreit in Gotha in einer Vierteilung – Beim »Grumbachschen Händel« zog ein Reichsritter den Kürzeren

Der Reichsritter Wilhelm von Grumbach, der aus einem unterfränkischen Adelsgeschlecht stammte und am 1. Juni 1503 in Rimpar bei Würzburg geboren wurde, ist als einer der begabtesten, ehrgeizigsten und gewalttätigsten Vertreter seines Standes überliefert. Er hatte in zahlreichen Konflikten wechselnde Schutzherren und fand nach dem Vertragsbruch des Bischofs von Würzburg, der ihn um große Teile seines Besitzes prellte, in Herzog Johann Friedrich II. von Sachsen-Weimar, der seinerseits die im Schmalkaldischen Krieg vom Vater für die Ernestiner verlorene Kurwürde zurückerlangen wollte, einen neuen Zweckverbündeten.

Doch der Reichsritter und der Herzog mit seinem engagierten Kanzler Christian Brück verkannten die realen Machtverhältnisse in Deutschland. Ihr Aufbegehren ging unter dem Namen „Grumbachsche Händel" in die Geschichte ein und hatte ein tragisches Ende. Grumbach und Brück wurden vor 450 Jahren in Gotha auf dem Marktplatz durch Vierteilung bei lebendigem Leibe öffentlich hingerichtet. Der ernestinische Herzog hatte Glück im Unglück, kam mit dem Leben davon und lebenslang in Haft.

Die ernestinischen Wettiner als Schutzherren der Reformation hatten durch die Niederlage im Schmalkaldischen Krieg die Kurlande sowie die Kurwürde an die albertinischen Wettiner verloren und mussten sich mit dem Gebietsrest in Thüringen begnügen. Herzog Friedrich II. von Sachsen-Weimar, der Erbe des ernestinischen Rest-Territoriums, sann auf Rache, ließ widerrechtlich Münzen mit den Kurschwertern sowie dem Kürzel „GK" für „geborener Kurfürst" prägen und suchte intensiv nach Verbündeten für seinen Rückgewinnungsanspruch.

Einer der letzten Landfriedensbrüche

Dabei wurde er von Christian Brück unterstützt.

Brück wurde 1515 in Wittenberg geboren. Sein Vater diente drei ernestinischen Kurfürsten als Kanzler, begleitete die Reformation und wurde für seine Verdienste geadelt. Sohn Christian trat nach dem Jurastudium, Heirat mit einer Tochter von Lucas Cranach d.Ä. und Bau seines Hauses am Markt in Weimar neben dem Cranach-Haus in den Dienst von Herzog Friedrich II., der ihn 1556 zum Kanzler erhob und als engsten Mitstreiter für seine Pläne gewann. Dabei kamen der enttäuschte Reichsritter und der enttäuschte Ernestiner mit seinem Kanzler zusammen.

Beide Seiten benutzten sich gegenseitig. Als Grumbach 1563 mit seinem Gefolge Würzburg besetzte, den wortbrüchigen Bischof tötete und das Würzburger Domkapitel zur Anerkennung seiner Ansprüche zwang, kulminierten die Grumbachschen Händel zur Reichssache. Der Kaiser stellte Grumbach unter die Reichsacht und beauftragte den albertinischen Kurfürsten August mit kaiserlichen Truppen mit der Niederschlagung des Aufruhrs.

Für den Albertiner war Grumbach nur Mittel zum Zweck. Ihm ging es um die endgültige Vernichtung der Ernestiner. Das Bündnis zwischen dem Reichsritter und Herzog Friedrich II. kam ihm dabei gerade recht.

Kurfürst August hatte 10 000 Mann und viele Geschütze zur Verfügung. Vor dieser überlegenen Truppenmacht flüchteten Herzog Friedrich II., Kanzler Brück und Grumbach auf die Festung Grimmenstein in Gotha. Hier saßen die Verbündeten in der Belagerungsfalle. Der Albertiner gab vor, dass es ihm nur um die Auslieferung Grumbachs ginge und sorgte so für eine Spaltung bei den Eingeschlossenen. Nach wochenlanger Belagerung meuterten am 4. April 1567 die Gothaer Bürgerwehr und viele Söldner, die nicht für Grumbach sterben wollten.

Mehr noch. Gegen den Einspruch des ernestinischen Herzogs, seines Kanzlers und des Reichsritters vereinbarten die Meuterer mit den Belagerern die Kapitulation und Auslieferung Grumbachs. Der albertinische Kurfürst August war am Ziel und praktizierte ein Exempel.



Am 18. April 1567 gevierteilt: Reichsritter Wilhelm von Grumbach Bild: CF

Am 18. April 1567 ließ er auf dem Gothaer Marktplatz eine der schaurigsten Hinrichtungen des Jahrhunderts durchführen. Sechs Henker vierteilten Grumbach als „Landfriedensbrecher" und Brück als Helfershelfer, die vorher auf Fleischbänke gebunden worden waren, vor einer riesigen Menge neugieriger Gaffer.

Kurfürst August hielt sich nicht an die Beschränkung auf Grumbach. Er wollte auch die Ernestiner demütigen. Deshalb musste Kanzler Brück für die Bestrafung herhalten. Der albertinische Exekutor ließ die Leichenteile aufspießen und an den Gothaer Stadttoren zur Abschreckung ausstellen.

Für Herzog Friedrich II. von Sachsen-Weimar hatte Kurfürst August kein kaiserliches Mandat zur Hinrichtung. Der Ernestiner kam lediglich wegen der „Verwicklung in die Grumbachschen Händel" in Haft. Sie endete erst nach 28 Jahren mit seinem Tod. Die Nachkommen des Ernestiners behielten das Restterritorium Thüringen, wo sich dann mit Weimar, Altenburg, Gotha, Coburg, Meiningen zahlreiche Residenzen entwickelten.

Conrad von Grumbach, der Sohn des gevierteilten „Landfriedensbrechers" erhielt 1568, ein Jahr nach der Hinrichtung in Gotha, den beanspruchten Besitz vom wenig nachtragenden Würzburger Bischof zurück. Mehr noch: Er fungierte auch noch als würzburgischer Amtmann.

Hinrichtung auf dem Marktplatz von Gotha

Die Gothaer Festung Grimmenstein ließ der albertinische Kurfürst nach der Hinrichtung zerstören. Auf diesem Platz errichteten die Ernestiner später das heutige Schloss Friedenstein, das kürzlich mit einer Ernestiner-Ausstellung Aufsehen erregte und in nächster Zeit umfassend saniert wird. Auf dem Gothaer Marktplatz erinnert eine eingelassene Platte an den einstigen Hinrichtungsplatz. Das Brück- und das Cranachhaus am Marktplatz von Weimar gelten bis heute als touristische Anziehungspunkte. *Martin Stolzenau*

Foto: pa

Der Moment der Woche

Foto: Archiv, Auswärtiges Amt

Da freut sich Litauens Präsidentin Dalia Grybauskaite. Ihr Landsmann, der Politikwissenschaftler Liudas Mazylis, hat in Berlin in den Archiven des Auswärtigen Amtes eine Originalabschrift (rechts) der lang verschollenen Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918 entdeckt. Ein Sensationsfund, über den ganz Litauen jubelt. Für Präsidentin Grybauskaite waren es „sehr erfreuliche Neuigkeiten“. Außenminister Eimutis Misiunas nannte es einen „historischen Tag für jeden Patrioten“.

Urkunden-Entdecker Mazylis war in Berlin nach nur einem halben Tag Suche fündig geworden. Dafür könnte er jetzt eine Million Euro einstreichen. Die litauische Unternehmensgruppe MG Baltic hatte die Summe demjenigen versprochen, der das Dokument wiederfindet. Mazylis deutet allerdings an, dass er auf das Geld verzichten wolle. *FH*

Wenn Achmed 25 statt 15 ist

Das Alter eines Menschen lässt sich sehr sicher feststellen – eigentlich

Siebzehnjährige mit grauen Haaren, Geheimratsecken und den markanten Gesichtern von Männern in den Dreißigern: Offensichtlich haben ungezählte Asylbewerber bei der Altersangabe gelogen. Der dreiste Schwindel zahlt sich aus. Wer als „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“, als UMF, hierzulande unterkommt, erfreut sich einer komfortablen Vorzugsbehandlung. Auch abgeschoben werden darf er nicht.

Zum Stichtag 9. Februar waren 61893 UMFs in Deutschland registriert. Sie werden dem Staat in diesem Jahr zwischen vier und 4,8 Milliarden Euro kosten, schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Wie viele von ihnen tatsächlich minderjährig sind, weiß niemand. Möglicherweise ist es nicht einmal die Mehrheit. Als Ende letzten Jahres in Dänemark 800 vorgeblich minderjährige Asylsucher von Ärzten des Forensischen Institutes der Universität Kopenhagen untersucht wurden, zeigte sich, dass 600 von ihnen älter als 18 Jahre waren.

Leicht wäre es, gleiches auch in Deutschland zu tun. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) hat es bereits gefordert: Er verlangte eine standardmäßige Röntgenuntersuchung der Handwurzelknochen. Eine vernünftige Idee: Die acht kleinen Knochen im Handballen bestehen bei der Geburt eines männlichen Babys vollständig aus Knorpel. Bei einem weiblichen Säugling sind zwei bereits verknöchert. Die vollständige Verknöcherung erfolgt dann im Laufe des Erwachsenwerdens. Sie tut es nach einem ganz bestimmten Muster und läuft bei jedem Menschen vergleichbar ab. Meist ist sie vor dem 20. Lebensjahr abgeschlossen.

Eine forensische, also gerichtsmedizinische Altersbestimmung, bewertet aber nicht nur den Entwicklungszustand der Handwurzelknochen. Bei einer äußerlichen körperlichen Untersuchung werden zunächst Größe, Gewicht und Körperbau beurteilt ebenso die Entwicklung der Geschlechtsmerkmale. Drittens gibt es noch ein zahnmedizinisches Gutachten.

Stellt sich heraus, dass die Handwurzelknochen verknöchert sind und der vermeintliche Jugendliche wahrscheinlich ein Erwachsener ist, gibt es schließlich eine vierte Untersuchung: Das Schlüsselbein wird begutachtet. Die dortige Wachtumsfuge verknöchert während der Skelettentwicklung als letztes. Eine Einteilung in fünf Stadien hilft den Medizinern bei der Beurteilung. „Beim Vorliegen des Stadiums Vier ist das 21. Lebensjahr vollendet“, heißt es in einem Artikel zum Thema im „Ärzteblatt“. Verfasst ist er von den führenden Köpfen der AGFAD, der Arbeitsgemeinschaft für forensische Altersdiagnostik. Rechtsmediziner, Zahnärzte, Radiologen und Anthropologen gehören ihr an. Die AGFAD-Experten empfehlen zur Altersbestimmung via Schlüsselbein eine Dünnschicht-Computertomographie und weisen darauf hin, dass zahlreiche Studien über das Verhältnis von Menschenalter und Reifegrad dieses Knochens vorliegen.

Soviel unerbittliche Exaktheit stößt in der Asylhelferszene allerdings nicht auf Gegenliebe. Wider besseres Wissen wird die medizinische Altersbestimmung als ungenau abgelehnt. Weitere Einwände: Das Schamempfinden könnte bei der Beurteilung der Geschlechtsmerkmale gestört werden. In der engen Röhre eines Computertomographen könnten die „Flüchtlinge“ zudem eine Retraumatisierung erfahren.

Deutschlands Rechtsmediziner haben sich in einer Stellungnahme gegen solche unsinnigen Behauptungen gewehrt. Wahrgenommen wurde ihr Schreiben kaum. Es lebt sich für die Verdrängungskünstler im Willkommenswahn wohl leichter mit grauhaarigen Siebzehnjährigen als mit der Erkenntnis, tausendfach für dumm verkauft worden zu sein. *Frank Horns*

Dumme Jungen, schlaue Mädchen?

Frauen domininieren den Lehrerberuf und benachteiligen dabei, so zeigen es mehrere Studien, oft die männlichen Schüler

Eine Schule ohne einen einzigen Mann am Lehrerpult? Heutzutage keine Seltenheit. Die Feminisierung des Bildungswesens hat allerdings, so scheint es, dramatische Folgen.

Ein ewiges Ärgernis sind sie! Rotzfrech kommen sie daher. Sie rangeln und raufen, wenn sie stillsein müssen. Sie schweigen mürrisch, wenn sie reden sollen. Sie haben keinen Bock auf gar nichts. Alles finden sie abtörnend und irgendwie daneben. Nicht einmal für die seelenvollen Gedichte der deutschen Romantik und die bezaubernden Romane von Jane Austen können sie sich begeistern – Jungen eben. Ein irgendwie seltsames, verqueres und bösartiges Geschlecht. Ach, würde es doch nur Mädchen auf der Welt geben ...

Sehen viele Lehrerinnen so den männlichen Teil ihrer Schüler? Haben jahrzehntelange feministische Kopfwäsche in Kindergarten, Schule, Uni und Medien ihnen die Fähigkeit genommen, vorurteilsfrei und fair mit Jungen umzugehen? Ihr Potential zu erkennen? Ihr Anderssein zu respektieren?

Ein böser Verdacht, den manche Untersuchungen bestätigen. So werden Jungen für gleiche Leistungen schlechter benotet als Mädchen. Das steht Schwarz auf Weiß in einem Bericht des Erziehungswissenschaftlers Jürgen Budde an das Bundesbildungsministerium aus dem Jahre 2007. Daran anknüpfend wiesen Buddes Fachkollegen Heike Diefenbach und Michael Klein nach, dass diese Ungleichbehandlung umso deutlicher ausfällt, je mehr Frauen unter dem Lehrpersonal sind. Offenbar üben diese bei der Notenvergabe bewusst oder unbewusste Rache an den sozial weniger angepassten und somit „anstrengenderen“ Jungen – so lautet zumindest die Erklärung des emeritierten Pädagogik-Professors Ferdinand Eder von der Universität Salzburg.

Und auf ausgleichende Gerechtigkeit dürfen freche Berliner Huckleberry Finns und vorwitzige Michels, die nicht aus Lönneberga sondern aus Hamburg stammen, dabei auch kaum hoffen. Denn männliche Lehrer werden ihnen nur selten zur Seite springen. Die sind nämlich heutzutage zur raren Spezies im Lebensraum Schule geworden. Frauen dominieren nicht nur die Kindertagesstätten – hier liegt ihr Anteil bei 97 Prozent –, sondern ebenso das Bildungssystem. Laut Statistischem Bundesamt stellen sie in den Grundschulen bereits 89 Prozent der Lehrkräfte, und an den sonstigen Schulen 60 Prozent. Alles in allem sind in der Bundesrepublik 72 Prozent der Lehrer weiblich, und dieser Anteil wird noch steigen. Das ergibt sich aus den aktuellen Geschlechterverhältnissen bei den Lehramtsstudenten.

Lehrerinnen-Rache an den anstrengenden Klassen-Rebellen?

Angesichts dessen sprach Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologenverbandes von Nordrhein-Westfalen, schon 2014 von einer „Katastrophe“. Sie zeigt sich in der Praxis: So dreht sich der Unterricht immer seltener um Themen, die Jungen interessieren. Darüber hinaus kommt auch die Methodik der Lehrerinnen vorrangig den Mädchen entgegen: Es wird viel geredet und theoretisiert, aber wenig praktisch gehandelt und aus den dabei gemachten Fehlern gelernt.

Den politisch Verantwortlichen scheint die Benachteiligung der männlichen Schüler nicht nur einerlei, sie zeigen sogar unverhohlen ihre Freude darüber: „Ich finde es nicht schlimm, dass Mädchen in Sachen Bildung an den Jungen vorbeiziehen“, meinte die ehemalige Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Ursula von der Leyen, als der Inhalt von Buddes Bericht in der Öffentlichkeit Wellen schlug. Die Leiterin der Abteilung Geschlechterforschung am Deutschen Jugendinstitut in München, Waltraud Cornelißen, assistierte anschließend beflissen: „Ein Bildungsvorsprung ist für junge Frauen oft bitter notwendig, um auch nur annähernd gleiche Chancen im Beruf zu haben.“

Für die Ungerechtigkeiten im Schulsystem, aber auch für die Zerstörung männlicher Identitäten durch ein total durchfeminisiertes Bildungswesen, zahlt unsere Gesellschaft freilich einen hohen Preis. Beispielsweise verüben Jungen mittlerweile achtmal häufiger Selbstmord als Mädchen. Außerdem kommt es zu selbsterfüllenden Prophezeiungen: Wenn die Lehrerinnen den männlichen Schülern einreden – ob bewusst oder unbewusst –, dass sie leistungsschwächer seien, dann lassen deren Lernanstrengungen tatsächlich nach, woraufhin das Ergebnis am Ende entsprechend schlecht ausfällt. Deshalb stehen viele Jungen inzwischen in einem regelrechten Bildungsstreik. Davon zeugt beispielsweise die Abiturquote, die sich immer mehr zugunsten der Mädchen verschiebt (siehe *PAZ* 8, Seite 12). Das wiederum verschärft den Fachkräftemangel in der Wirtschaft, dem die Bundesregierung nun paradoxerweise durch den Import von ausländischen jungen Männern mit niedrigem Bildungsstand abhelfen will!

Wie Ludger Wößmann, der an der Ludwig-Maximilians-Universität München den Lehrstuhl für Bildungsökonomie innehat, vor einiger Zeit errechnete, kosten die schlechten Schulleistungen der Jungen infolge der übermäßigen Verweiblichung des Lehrbetriebes Deutschland jedes Jahr einen halben Prozentpunkt beim Wirtschaftswachstum. Dazu kommen die gesellschaftlichen Effekte, die letztlich sogar noch schwerer wiegen als die ökonomischen Verluste: Weil Jungen häufiger als Mädchen einen geringwertigen oder gar keinen Schulabschluss erwerben, haben sie deutlich schlechtere Chancen, erfolgversprechende Berufe zu erlernen. Sie landen daher eher im Niedriglohnsektor oder gleich in der Arbeitslosigkeit.

Wer so schlecht gestellt ist, überlegt es sich zudem zweimal, ob er eine Familie gründen oder Nachwuchs in die Welt setzen möchte. Deutschlands niedrige Geburtenrate ist somit darauf zurückzuführen. Manche Experten wie der Berliner Bildungs- und Gesundheitswissenschaftler Klaus Hurrelmann warnen sogar vor einem „Krieg der Geschlechter“, der losbreche, wenn die vom Bildungssystem frustrierten und wirtschaftlich abgehängten jungen Männer zur Gegenwehr schreiten.

Jungen begehen achtmal häufiger als Mädchen Selbstmord

Nötig wäre konsequente Lobbyarbeit zugunsten der Jungen sowie die Steigerung des Anteils männlicher Lehrer. Doch die Praxis sieht leider anders aus.

Zum anderen steht jedweder Einsatz für die Belange der Jungen oder benachteiligter Männer unter dem Generalverdacht der „Frauenfeindlichkeit“. Diese Erfahrung mussten beispielsweise die Veranstalter eines Männerkongresses an der Universität Düsseldorf machen. Sie erhielten im Internet ähnliche Drohungen, wie Politiker von Parteien, die der Linken verhasst sind. Ja, mehr noch: Der Kölner Publizist Thomas Gesterkamp verfasste gar im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ein Pamphlet mit dem Titel „Geschlechterkampf von rechts“, in dem er Zusammenhänge zwischen der Kritik an feministischen Postulaten und neonazistischem Gedankengut herbeihalluzinierte.

Gleichzeitig treten in der sogenannten „Männerarbeit“ nun dubiose Gruppierungen wie der Institutsverein „Dissens“ in Erscheinung. Dieser wird vom Land Berlin, dem Bund und der Europäischen Union gefördert und hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Jungen auch noch den letzten Rest an Männlichkeit abzutrainieren, indem man ihnen beispielsweise das Fußballspielen verleidet, weil selbiges „nicht auf Körperbewusstsein und Körperwahrnehmung zielt, sondern auf leistungsgerechtes Funktionieren“.

Deshalb könnte es möglicherweise gar keine Verbesserung mehr bringen, wenn die jungen Männer, die eine derartige Gehirnwäsche aushalten mussten, zukünftig stärker im Bildungswesen präsent wären. Denn sie verhalten sich dann vielleicht genau wie ihre weiblichen Kollegen und verschärfen die Misere noch. So drängen immer mehr Männer an die Geldtöpfe, die den Genderwissenschaften zur Verfügung stehen. Sie bearbeiten Themen, bei denen noch vor einigen Jahren alle nichtweiblichen Forscher die Nase gerümpft hätten, weil jedwede praktische Relevanz fehlt und der feministische Hintergrund des Ganzen unübersehbar ist. Als typisches Beispiel hierfür kann das kürzlich erschienene Buch eines gleich mit drei Stipendien gesponserten Doktoranden der Geschichtswissenschaft dienen: Falko Schnicke vertritt in „Die männliche Disziplin“ die lächerliche, aber politisch offenbar höchst willkommene These, dass es früher so wenig Historikerinnen gegeben habe, weil das Fach von den Kollegen in egoistisch-dominanter Weise „vergeschlechtlicht“, also „vermännlicht“, und „sexualisiert“ worden sei. So macht Mann heutzutage Karriere und tritt dann bestimmt bald in einem Gymnasium als Geschichtslehrer auf! *Wolfgang Kaufmann*



Drei, die auf einer Linie liegen, einer, der sich langweilt: Jungen lernen über praktische Beispiele. Wo viel theoretisiert wird, tun sie sich oft schwer Bild: Colourbox

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 14. April 2017

MELDUNGEN

Längere Wartezeiten

Allenstein – Die Abfertigungszeiten an den Grenzen verlängern sich, weil die Europäische Union die Vorschriften verschärft hat. Davon betroffen ist auch die innerostpreußische Grenze. Ab dem 7. April unterliegen alle Personen, die die Außengrenze überschreiten, einer besonderen Abfertigung. Das Europäische Parlament und der Europäische Rat verschärften die Vorschriften nach dem Schengen-Abkommen als Reaktion auf die Terrorismus-Gefahr in Europa. Die Verschärfung der Vorschriften hat Einfluss auf die Grenzabfertigung und kann diese verlängern. Die südostpreußischen Grenzbeamten versichern, dass sie alles schnell tun werden, damit die Kontrolle rechtmäßig und störungsfrei verläuft. *PAZ*

Tummelplatz der Mafia

Pillau – Gouverneur Anton Alichanow hat inkognito die skandalträchtige Hafenstadt Pillau bereist – und fand prompt ein illegales Spielkasino, das mit übergroßen Leuchtreklamen um Aufmerksamkeit buhlte. Diese hatte es zwar augenscheinlich bei zahlreichen Kunden gefunden, nicht aber bei den Hütern des Gesetzes: Angeblich war das Haus weder dem FSB noch der Polizei bei ihren regelmäßigen „Kontrollen“ jemals aufgefallen. Alichanow ließ das Kasino schließen und kündigte weitere Maßnahmen gegen die Verantwortlichen vor Ort an. Pillau ist seit der Wende zu einem Tummelplatz krimineller Banden verkommen, die sich auch mit den örtlichen Gesetzeshütern bestens arrangiert haben. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Bartenstein [Bartoszyce], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Klaukendorf [Klewki] – Klein Trinkhaus [Trekusek], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek] – Jedwabno, Baustelle Straße Nr. 63: Angeburg [W gorzewo], Baustelle. Straße Nr. 65: Kowahlen [Kowale Oleckie] – Gonsken [Gaski], Baustelle. *E.G.*

Die »Kreuz-Apotheke« hat eine Zukunft

Neuer Eigentümer plant den Wiederaufbau der Ruine – Hotel und Büroräume sind in Planung

Nach jahrelangem Hin und Her um das Gebäude, in dem einst die Kreuz-Apotheke ihren Sitz hatte, nach Zwischenverkäufen und Versteigerungen gibt es endlich einen neuen Eigentümer des Hauses und Hoffnung auf eine am Original orientierte Rekonstruktion.

1888 wurde das Haus in der Königstraße gebaut, in das in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die „Kreuzapotheke“ einzog. Es entsprach dem Stil der Moderne, die Fassade war ausgestattet mit Stuckverzierungen in Form der Sonne, die Fenster zierten bunte Blumenreliefs. Unter den Fenstern des dritten Stocks befand sich ein Wappen. Die zwei Nachbargebäude bildeten gemeinsam mit dem der Kreuzapotheke das Ensemble „Königseck“. Seinerzeit war es eine der schönsten Ecken Königsbergs.

Nach dem Krieg wurde das fast unversehrte Haus als Wohnhaus mit vielen Wohnungen verwendet. Dort gab es auch ein Pelmeni-Café, das stadtbekannt war für seine leckeren Teigtaschen. In den 80er Jahren wurde das Gebäude als einsturzgefährdet eingestuft, und 1987 mussten die letzten Bewohner ausziehen. Es war geplant, das Gebäude zu sanieren, aber jahrelang geschah nichts.

In den vergangenen Jahren wollten die Behörden sich des Problems entledigen und das Haus abreißen. Dagegen protestierten die Bürger und setzten sich erfolgreich für den Erhalt des Hauses ein. In der Folge wurde es mehrmals verkauft, doch keiner der neuen Eigentümer erfüllte die übernommene Baulast. Entweder verfügten sie selbst nicht über genügend Mittel oder sie fanden keine Investoren für die Restaurierung. So gelangte das Haus 2015 wieder in Staatsbesitz, und abermals wurde es verkauft, zum reduzierten Preis. Dabei wurde das Haus mit einem Rubel (knapp zwei Cent) bewertet, und für das Grundstück, auf dem es steht, wollte man zunächst zwölf Millionen Rubel (198 000 Euro), dann 8,5 Millionen (140 000 Euro) haben, und zum Schluss wurde der Preis auf drei Millionen Rubel (unter 50 000 Euro) reduziert.

Jetzt endlich fand die Stadt einen Käufer. Die Ruine und das Grundstück wurden auf einer Auktion versteigert. Der neue Eigentümer, Sergej Suchomlin, will das Haus wiederaufbauen. Suchomlin ist Chef eines im Dorf Krug Lauth [Maloje Isakowo] ansässigen Unternehmens und beschäftigt sich mit der Aufzucht von Milchvieh und der Milchproduktion.

Fußgängerzone soll attraktiver werden

Das Gebäude ist zu 90 Prozent verfallen, nur die Fassade existiert noch. Der neue Eigentümer muss das Gebäude zunächst sichern, die Fassade in ihrem historischen Erscheinungsbild rekonstruieren und eine Untersuchung der strukturellen Konstruktion anfertigen, um Informationen über ihren Zustand zu erhalten. Danach müssen ein Nutzungskonzept und eine Kostenrechnung erstellt werden. 2018 kann der Eigentümer dann eine Baugenehmigung beantragen. Bis 2019 könnten dann die Maßnahmen zum Erhalt der Fassade beendet sein.

Vor Kurzem wurde zum Sanierungsprojekt „Kreuz-Apotheke“ eine Internetseite erstellt, wo Interessierte mehr über die Wiederaufbaupläne und die vorgeschlagenen Entwürfe erfahren können. Es gibt den Vorschlag, ein Drei-Sterne-Hotel und Büros dort einzurichten. Suchomlin erwartet, dass nach der Rekonstruktion die Fußgängerzone an der Königstraße für Touristen attraktiver wird. Es ist geplant, die Fassade mit den noch erhaltenen Elementen so nah wie möglich am Original mit möglichst geringfügigen Änderungen nachzubauen. So soll der gewölbte Durchgang zum Hof erhalten werden wie auch die dekorativen Elemente im Mauerwerk. Im Erdgeschoss sollen die Rezeption, Verwaltungsbüros und eine Lobby entstehen. Das Interieur soll moderen gestaltet sein. Der ehemalige Hof soll als Atrium rekonstruiert werden. Im Erdgeschoss sollen außerdem ein Restaurant, eine Bar und ein Laden entstehen. In der ersten bis zur vierten Etage sind Hotelzimmer geplant.

Die Architekten haben schon einige Varianten der Wiedererrichtung und des Umbaus vorgeschlagen. *Jurij Tschernyschew*



Wiedererrichteter Komplex in der Königstraße: Einer der Vorschläge im Internet Bild: CF

Tilsit gedenkt Johannes Bobrowskis

Stadtgemeinschaft überreichte im Beisein des Bundestagsabgeordneten Klaus Brähmig ein Relief des Dichters

Ein Abgeordneter des Deutschen Bundestages hatte der Stadt Tilsit am Memelstrom, die heute Sowjetsk heißt, bisher noch nie einen Besuch abgestattet. Es war Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der, begleitet von Alexander Vollmert, anlässlich des 100. Geburtstages von Johannes Bobrowski angereist war.

Das Museum für Stadtgeschichte hatte eine Festveranstaltung organisiert, um Leben und Werk des in Tilsit geborenen Dichters und Romanciers zu würdigen. Neben Brähmig, verliehen weitere Persönlichkeiten der Veranstaltung ein internationales Gepräge. Zugegen waren der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland, Michael Banzhaf, und von litauischer Seite Generalkonsul Olegas Skinderskis sowie Konsul Bronius Makauskas. Die russische Seite wurde von Kulturamtsleiter Oleg Waschurin repräsentiert. Zu der großen Gästeschar gehörten zahlreiche Studenten und Professoren der Kant-Universität, unter ihnen die Professoren Wladimir Gilmanow und Leonid Malzew, die alle von Museumsdirektorin Angelika Spiljowa herzlich begrüßt wurden.

Auf der Veranstaltung wurden in vielen Beiträgen und Gesprächen Bobrowskis Gedichte und Prosaarbeiten als bedeutsame Werke der deutschsprachigen Literatur gewürdigt.

An der Memel aufgewachsen, bezeichnete Bobrowski die Geschichte der Deutschen und ihrer osteuropäischen Nachbarn als sein „Generalthema“ (siehe *PAZ* Nr. 14). Sein künstlerisches Schaffen wurde durch die Landschaft am Memelstrom und des östlichen Raumes nachhaltig geprägt. Die Versöhnung und Verständigung mit den östlichen Völkern waren ihm von besonderer Wichtigkeit.

Die Stadtgemeinschaft Tilsit wartete mit einer Überraschung auf. Bildhauer Sebastian Holzner, gewähltes Mitglied der Tilsiter Stadtvertretung, hatte im Rahmen der „Partnerschaftlichen Vereinbarung zwischen Stadtgemeinschaft und Stadtmuseum“ ein bronzenes Relief angefertigt, mit dem das Wirken von Bobrowski künstlerisch zum Ausdruck gebracht wird.

Brähmig überreichte es der Museumsdirektorin Spiljowa mit besten Wünschen. In der Grußadresse der Stadtgemeinschaft Tilsit wurde das gemeinsame Miteinander bei der Pflege des kulturellen Erbes, bei der Förderung des gegenseitigen Geschichtsverständnisses und bei der weiteren Vertiefung der völkerverbindenden Zusammenarbeit auch bei den derzeitigen politischen Spannungen ausdrücklich bekräftigt. *Hans Dzieran*



Sie alle ehrten Bobrowski: Michael Banzhaf, Oleg Waschurin, Olegas Skinderskis, Angelika Spiljowa, Klaus Brähmig und Bronius Makauskas (v.l.n.r.) Bild: Jörg Nass



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das Osterfest zeigt sich in diesem Jahr schon in jungem Grün, und da gehen die Gedanken zurück an die Feste der Kindheit in einem friedlichen Ostpreußen, das allerdings an den Ostertagen für manche gar nicht so friedlich war, denn es gab einen handfesten Brauch, der vor allem die Langschläfer traf: Es wurde schmackostert. So hieß der uralte Brauch des Rutenschlagens mit knospenden Zweigen, der in aller Herrgottsfrühe am zweiten Feiertag ausgeübt wurde und von dem niemand in Haus und Hof verschont blieb – gleich, welchen Alters und Standes in der Familienhierarchie –, wenn er noch im Bett lag. Da schlichen sich die Jüngsten in die Schlafzimmer der älteren Bewohner mit Weiden- oder Birkenzweigen in der Hand, hoben vorsichtig die Bettdecken der noch Schlafenden an und dann setzte es schon die ersten Hiebe auf Füße und Beine der jäh Erwachten. Aber die hatten diese österliche Wekkzeremonie bereits einkalkuliert, denn es stand schon ein Korb mit buntgefärbten Ostereiern parat, manchmal auch Teller mit Fladen und anderem Gebäck, um sich von den Rutenschlägern frei zu kaufen, wenn die ihren Schmackoster-Spruch aufgesagt hatten und den konnten auch die Kleinsten auswendig.

Aber das Schmackostern blieb nicht nur auf den engen Familienkreis beschränkt: Der Brauch gehörte seit alters her zum österlichen Leben im ländlichen Ostpreußen, und der Schmackosterver wurde zum Bittspruch der Kinder aus Familien, in denen viele hungrige Mäuler gestopft werden mussten. Aber es war keine Bettelei, denn die Kinder vollzogen einen uralten glückbringenden Ritus: Mit den Rutenschlägen sollten Krankheit und Sorgen vertrieben werden, die jungen Triebe der Zweige verhießen neue Kraft und Lebensfreude. Die Kinder zogen von Haus zu Haus und sagten den in plattdeutscher Sprache gehaltenen Spruch gemeinsam auf, die Rutenbündel traten dabei nicht in Aktion oder wurden lediglich in Form von Luftschlägen angedeutet. Ihre Körbe füllten sich mit Eiern, Kuchen und anderen guten Dingen, die sie dann glücklich nach Hause trugen, denn das österliche Mal war für die Großfamilie gesichert.

Der Spruch war zumeist in Platt gehalten, in den Gegenden, in denen die niederdeutsche Mundart nicht gesprochen wurde, sagten ihn die Kinder in hochdeutsch auf. Am Verbreitetsten war wohl die Version, die Hedwig von Lölhöffel für ihr von der Kulturabteilung der Landsmannschaft Ostpreußen herausgegebenes Heft „Vom Feste feiern in Ostpreußen“ gewählt hat, aus dem wir auch die Schmackoster-Zeichnung von Erich Behrendt entnehmen: Oster, Schmackoster, bunt Oster, fief Eier, Stöck Speck, vom Koke de Eck, ehr goh wi nich weg“.

teich wurde zum Treffpunkt für viele Kunstschaffende, zu denen auch bekannte Maler gehörten. Ich denke noch gerne an die Lesungen in ihrem Garten zurück, auf denen auch die nicht so bekannten Skribenten ihre Werke vortrugen. Die fundierten Beiträge der Margarete Kudnig bereicherten auch nach der Flucht das *Ostpreußenblatt*, Schulungshefte und Anthologien. Wenn wir heute und hier einen Beitrag aus ihrer Feder bringen, so erfüllen wir damit auch den Wunsch der Leserinnen und Leser, die gerne wieder eine Erzählung lesen wollten, in der sie Vertrautes aus Kindheit und Heimat wiederfinden. Lassen wir also Margarete Kudnig von ihrem ersten Osterfest in der ostpreußischen Heimat ihres Mannes erzählen:



„Schmackoster“, Zeichnung von Erich Behrendt Bild: Geede

Ahnungslosen Fremden mag dieser Brauch mit den Schlägen von Birken- oder Weidenruten, manchmal auch mit Zweigen von Kaddig – der ostpreußische Name für Wacholder – doch recht archaisch vorgekommen sein, und so hat es die Schriftstellerin **Margarete Kudnig** auch empfunden, als sie das erste Osterfest in der ostpreußischen Heimat ihres Mannes, des Lyrikers **Fritz Kudnig**, erlebte. Das war in den 20er Jahren, und die Bauerntochter aus Dithmarschen hätte sich damals nie gedacht, dass sie einmal zu einer engagierten Chronistin ostdeutschen Brauchtums werden würde. Das Schriftstellerehepaar prägte das literarische Schaffen in Ostpreußen zwischen den Kriegen erheblich mit, ihr Königsberger Haus am Hammer-

Man stelle sich vor: Eine frischgebackene junge Ehefrau aus der Nordseemarsch hält ihren Einzug in die neue Heimat, in das Land der dunklen Wälder, wo zwar damals in den 20er Jahren nicht mehr die Wölfe heulten, wo aber die Menschen manchmal verwundert lachten, wenn diese junge Frau sprachlich auf dem bekannten s-pitzen S-tein s-tand. Nun: Das glückliche junge Ehepaar soll zum ersten mal die Osterfeiertage im Haus der Schwiegereltern verleben. Es ist dort räumlich ein wenig beengt, und der Herr Gemahl muss irgendwo auf der Lucht unterkriechen, während ihr Bett in dem schmalen Durchgangszimmer der Schwägerin steht. Die junge Frau liegt wohlverpackt unter einem dikken Federbett. In Ostpreußen wusste man ja nie, auch zu Ostern nicht, ob auf den siebenten Winter nicht doch ein allerletzter folgte! Es ist noch alles sehr still in der Feiertagsfrühe, und sie denkt vielleicht ein wenig wehmütig nach Haus, wo es am Ostersonnabend immer eine Riesenschüssel mit gekochten Eiern gab und ein großes Wettessen. Sie hatte sich hier umsonst darauf gefreut!

Dafür gibt es nun andere Überraschungen. Schon hört man ein leises Kichern in der Küche nebenan, die Tür springt auf und ihre beiden kleinen Nichten stürzen an das Bett der neuen Tante. Die eine reißt mit großem Schwung das Zudeck hoch und stülpt es über den Kopf der Hilflosen. Die andere beginnt mit einer richtigen Rute, die zudem recht stachlig erscheint, auf die wehrlos Zappelnde einzuschlagen, auf die nackten Beine und wo es sonst noch gerade hintrifft. „Tantchen, du musst richtig schreien“, ruft die Jüngste, „das gehört dazu“. Die Tante tut's ohnehin, wer wollte da nicht schreien, wenn es ans Leder geht! In der offenen Tür steht schmunzelnd der Schwiegerpapa und hinter ihm, noch vom Schlaf zerzaust, die lange Latte von Ehemann und lacht.

Daneben das Muttchen, klein und zierlich, die gute Mutter, die anscheinend niemals laut lachen dürfte, aber immer lächeln kann, auch wenn sie voller Schmerzen ist. Ja, das Muttchen lächelt, aber es steht doch eine gewisse Ängstlichkeit in den braunen Augen, ob auch die Schwiegertochter, die immer noch ein wenig neu und fremd erscheint, den Scherz nicht übelnehmen wird. „Ostern! Schmackostern!“ rufen die Mädchen und zielen immer wieder nach den Strampelbeinen. „Ostern, Schmackostern! Fief Eier, Stöck Speck, dann goah eck wedder wech!“ Die junge Frau kennt sich in der Landessprache noch nicht so ganz aus, aber dass sie sich auslösen soll, das hat sie verstanden, Ein wenig hilflos sieht sie sich um. Da liegt auf dem Tisch ein ganzes Nest voll bunter Eier, von einem guten Geist dort hingestellt. Sie weist auf den Korb, und schon ist sie die Quälgeister los.

„Schmackostern, das muss sein, Duchen,“ sagt das Muttchen und setzt sich auf den Bettrand, streicht die Decke wieder glatt und sammelt sorgsam die verstreuten Triebe und Knospen von den Kaddigzweigen vom Bettzeug. Kaddig, also Wacholder: Deshalb waren die Ruten so stachlig. Denn an den Osterruten müssen schon die ersten Triebe zu sehen sein, und wer damit geschlagen wird, dem soll das Jahr Glück und Geld, Gesundheit und ein neues Leben bringen, so erfahre ich nun. „Schmackostern, das muss sein. Das war immer so bei uns“, sagt das Muttchen.

Glück und neues Leben? Welche junge Frau wird sich das nicht wünschen, und welche junge Frau wird sich darum nicht gerne schmackostern lassen! Auch wenn die spitzen Kaddigzweige etwas piksen und dahin treffen, wo sie eigentlich nicht hintreffen sollten. Im Übrigen kann man sich ja auch vor dem Schmackostern schützen, indem man selber früh aufsteht und junge Zweige aus dem Garten holt und die schmackostert, die man lieb hat und die man glücklich sehen möchte. Das Glück, das fällt auf einen selbst zurück, denn es ist nun einmal eines der kleinen Geheimnisse im Leben, dass derjenige, der andere Menschen glücklich macht, auch selber glücklich wird.

Soweit die Erinnerungen der Margarete Kudnig, in deren Leben sich vieles verwirklichte, was die Rutenzweige verheißen sollten: Sie führte mit ihrem Ehemann nicht nur ein glückliches, sondern auch ein langes Leben, denn Fritz Kudnig wurde 91 Jahre alt und war bis in sein hohes Alter noch literarisch tätig. Die Kudnigs fanden nach der Flucht in Margaretes Heimat ihren Alterssitz, sie kehrte heim in ein vertrautes Land, in dem auch ihr Mann sich geborgen fühlte, aber er litt doch sehr unter dem Verlust der Heimat und den Schrecken von Krieg und Flucht. Fritz Kudnig schrieb auch noch im hohen Alter Gedichte, in denen der gläubige Christ seinen Empfindungen den Raum gab, den ihm niemand nehmen konnte. Und sein Spätwerk „Flucht und Einkehr“ war wohl die wichtigste und auch literarisch anspruchsvollste Dichtung im Rahmen eines langen Schaffens, obgleich seine Gedichtbände bereits in der Heimat hohe Auflagen erreicht hatten. Mit der Geschichte von Margarete Kudnig haben wir auch den Wunsch einer langjährigen Leserin nach einer „Begebenheit aus der alten Heimat“ erfüllt, denn die hier geschilderte ist ja ein authentischer Lebensbericht.

Und unser „Schmackostern“ wird auch anderen Leserinnen und Lesern schmecken. Also dann: Ein frohes und friedliches Osterfest.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Ansehen ohne Herz

Deutsche Militaria aller Epochen haben in Polen Hochkonjunktur

In Kolberg-Stadtwald wurde kürzlich ein deutsches Schiffswrack geborgen. Hobbyschatzsucher haben das deutsche Kriegsschiff Historikern überlassen; diese erforschen nun den Fund.

Es handelt sich hierbei um ein 1945 bei der Belagerung Kolbergs von den Sowjets torpediertes Schiff. 16 Meter lang ist das Wrack, und aus seinem Inneren wurden unter anderem der Motor, eine Lenzpumpe und zwei Laternen geborgen. Diese werden nach der Restaurierung im Kolberger Meeres-Freilichtmuseum zu sehen sein.

Unter den Wissenschaftlern, die das Wrack untersuchen, ist Aleksander Ostasz, Direktor des Museums der Polnischen Streitkräfte in Kolberg. Er meint, das Schiff könnte bei der Evakuierung der Bevölkerung von Kolberg während der Offensive der Rotarmisten eingesetzt worden sein.

Seit einem Jahr wird in den Gewässern um Kolberg besonders intensiv nach Schiffswracks gesucht. Nördlich des Kolberger Hafens stießen Schatzsucher auf ein auf Grund liegendes deutsches „Kanonenschiff“. Es ist eine 47 Meter lange und 8,5 Meter breite Fähre, die im Krieg als Landungs- und Mienenfahrzeug eingesetzt wurde. Die Fähre konnte 56 Minen, zwei Panzer oder 200 Soldaten, eventuell acht Landungsboote mit Besatzung, transportieren. Das Schiff ging 1945 durch eine Mine unter.

Historiker aus der hinterpommerschen Woiwodschaft Westpommern haben derzeit reichlich zu tun, denn im Sand des Strandes von von Poberow in der Gemeinde Rewahl im Kreis Greifenberg wurde ein deutscher Kübelwagen gefunden. Aber die größte Euphorie rief die Entdeckung eines deutschen Panzerkampfwagens aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Dies ist zwar schon sechs Jahre her, dieser Fund wird jedoch zu den besten gezählt. Den damals gefundenen Panzerwagen fanden Schatzsucher auf dem Flugplatz Klützow in Stargard. Er wird als der herausragendste aller Funde bezeichnet, denn „mit solchen Fahrzeugen haben die Deutschen Europa erobert und in Nordafrika gekämpft“, so Direktor Ostasz in der Zeitung „Rzeczposlpolita“.

> Das Spektrum der Artefakte reicht von den Napoleonischen Kriegen bis zum Zweiten Weltkrieg

Polen lieben Militaria, und auch wenn ein neues Gesetz alle militaristischen Symbole totalitärer Regime aus dem öffentlichen Raum verschwinden lassen will – insbesondere die der Deutschen –, so gibt die polnische Regierung dennoch Gelder für die Forschung nach versunkenen Schiffen aus. „Kolberger Wracks“ heißt das vom polnischen Kultusministerium geförderte Projekt, in dessen Rahmen bereits 200 versunkene Objekte geortet wurden.

Auch an Land wird weiter gesucht. Im Kolberger Stadtpark (Aleksander-Fredro-Park) fand man neben Artefakten aus dem Zweiten Weltkrieg Zeugnisse der preußisch-französischen Schlacht von 1807. Nun möchte man des 210. Jahrestags der napoleonischen Belagerung Kolbergs auf besondere Weise gedenken. Der Kolberger Stadtpräsident (Oberbürgermeister) Janusz Gromek von der Bürgerplattform (PO) kündigte für den 3. Mai, den Gedenktag der am 3. Mai 1791 verabschiedeten Verfassung Polen-Litauens, der Nationalfeiertag ist, an, der Schlacht um Kolberg zu gedenken.

Er tut dies mit der Eröffnung des Historischen Stadtmuseums im „Braunschweigschen Haus“ und einer Sonderausstellung zur Schlacht um die Festung. Natürlich wird dabei der Akzent auf die polnische Mitwirkung, selbstverständlich auf napoleonischer Seite, gesetzt. Die Herzen der Polen sind dann, bei aller Bewunderung für die preußische Technik, auf Seiten der deutschen „Erzfeinde“, die in Polen als Schutzmacht der eigenen Nation hohes Ansehen genießen.

Übrigens ein häufiges Missverständnis. Schon oft fühlten sich deutsche Gastredner bei Festveranstaltungen ob des Gedenkens an eine deutsche Vergangenheit geschmeichelt, deren Begleittöne irgendwie jedoch nicht in ihre Köpfe gelangte. *Chris W. Wagner*



ZUM 101. GEBURTSTAG

von Wallis, Lisbeth, geb. **Przykopanski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geb. **Glaser/von Terzi**, aus Lyck, am 18. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hermenau, Frieda, geb. **Will**, aus Wehlau, am 18. April
Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April
Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, am 18. April
van der Venn, Hilde, geb. **Drazba**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April
Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, verw. **Palluck**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April
Kunowski, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Elste, Gertrud, geb. Gollub, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 14. April
Hassio, Erna, geb. **Waschinski**, aus Lyck, Yorkstraße 20A, am 15. April
Hoffmann, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. April
Olschewski, Paul, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20.April
Peter, Elizabeth, geb. **van den Pluijm**, aus Wehlau, am 14. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Beyer, Emma, geb. **Mauer**, aus Disselberg, Kreis Ebenrode, am 14. April
Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April
Czychi, Mathilde, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 20. April
Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Fortak, Walter, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Schulz-Harbrücker, Ilse, aus Lötzen, am 14. April
Stenzler, Anneliese, geb. **Pokovec**, Kreis Ebenrode, am 19. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Christianesen, Käthe H. R., geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Gottschling, Lotte, geb. **Gielich**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Röhmer, Ursula, geb. **Brausewetter**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 18. April
Seidler, Johann, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 19. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April
Vogtländer, Heinz, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 17. April
v. Bostell, Ingeburg, aus Königsberg, am 14. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fandrich, Elsbeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 19. April
Frischmuth, Traute, geb. **Thiel**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. April
Gers, Lydia, geb. **Marewski**, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Mlynek, Eva, geb. **Stallzus**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 14. April
Schulz, Gerhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Schuss, Gerda, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. April
Stuhlert, Ilse geb. **Jakobeit** aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April
Tiedemann, Jonny, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April
Warnat, Gustav, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. April
Wieding, Heinz, aus Wehlau, am 15. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Andersen, Liesbeth, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April
Belusa, Kurt, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. April
Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. April
Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Pehmöller, Frieda, aus Scharpau, später Kalteherberge, Kreis Danzig, Westpreußen, am 15. April
Posywio, Luzie, geb. **Karbaum**, aus Loien, Kreis Lyck, am 20. April
Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April
Zapka, Werner, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 19. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blöß, Lotti, geb. **Perstat**, aus Lyck, Hindenburgstraße 44, am 16. April
Faber, Elli, geb. **Strauss**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 20. April
Eickholt, Karl-Heinz, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 14. April
Gronwald, Käthe, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 17. April
Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April
Günther, Gertrud, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 20. April
Kaminski, Erika, geb. **Stosek**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Lang, Inge, geb. **Kohnke-Laupichler**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 15. April
Meinecke, Willi, aus Rochau, Kreis Angerburg, am 15. April
Mögelin, Lilly, geb. **Papajewski**, aus Hardichhausen, Kreis Neidenburg, am 14. April
Schlopsna, Erich, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. April
Schmelter, Johanna, geb. **Naß**, aus Roggenhausen, Kreis Neidenburg, am 17. April
Schustereit, Eva, geb. **Lange**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
v. Groeling-Müller, Georg, aus Karolinenhof, Kreis Osterode, am 15. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Appenrodt, Waltraut, geb. **Klein**, aus Kuglack, Kreis Wehlau, am 20. April
Bippus, Edith, geb. **Lasarzewski**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 16. April
Boller, Annelore, geb. **Rogowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 54, am 15. April
Bortmann, Siegfried, aus Neidenburg, am 10. April
Böttcher, Hildegard, geb. **Kellmann**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Buchau, Bruno, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. April
Franke, Ursel, geb. **Matthèe**, aus Rehfeld, Kreis Treuburg, am 14. April
Grigull, Dieter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 17. April
Hollstein, Walter, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 15. April
Jeschke, Irmgard, geb. **Majewski**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 15. April
Keller, Manfred, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Korallus, Frieda, geb. **Teske**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. April
Minio, Erwin, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. April
Nasner, Bruno, aus Kaschen, Kreis Goldap, am 14. April
Packieser, Willi, aus Wehlau, am 17. April
Pomerenke, Ursula, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 17. April
Roseck, Gerhard, aus Wehlau, am 14. April
Schmidt, Ingrid, geb. **Frenkel**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April
Schneewind, Ursula, geb. **Roy**, aus Lyck, am 15. April
Schöps, Waltraut, geb. **Kwiedor**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 15. April
Schwarmann, Lydia, geb. **Buttkewitz**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 20. April
Sommer, Dietrich, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 15. April
Theiler, Dorothea, geb. **Wunder**, aus Schmilgen, Kreis Ebenrode, am 18. April
Willemsen, Gerda, geb. **Klatt**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 14. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Christoph, Karola, geb. **Hogrefe**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 16. April
Conrad, Hugo, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 17. April
Damaschun, Günther, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. April
Dauskardt, Helga, aus Sprosserweide, Kreis Elchniederung, am 19. April
Düvel, Emma, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 17. April
Eckert, Dieter, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 17. April
Ernst, Siegrid, geb. **Rupsch**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 19. April
Groneberg, Helmut, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. April
Jankowski, Gustav, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. April
Kallweit, Rudolf, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 16. April
Klär, Ilse, geb. **Kühl**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 17. April
Kolpatzik, Ursel, geb. **Kallisch**, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Kreitschmann, Lothar, aus Sulimmen, Kreis Lötzen, am 19. April
Krieger, Edeltraud, geb. **Gesell**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 14. April
Kutzinski, Ursula, geb. **Eggert**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 19. April
Leibe, Irmgard, geb. **Pogodda**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. April
Lippke, Gisela, geb. **Hansel**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 19. April
Matzat, Gerhard, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 15. April
Murach, Manfred, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. April
Niedzwetzki, Erwin, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 20. April
Pfaufel, Erika, geb. **Henke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 18. April
Puschalski, Reinhard, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Rautenberg, Hildegard, geb. **Zybulka**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 16. April
Scherello, Günter, aus Millau, Kreis Lyck, am 15. April
Stückemann, Günter, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 14. April
Tarrach, Margret, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 16. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ballosch, Renate, geb. **Borowski**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 14. April
Basmer, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April
Brusikowski, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 20. April
Diedrichs, Brigitte, geb. **Wiesmer**, aus Narwickau, Kreis Ebenrode, am 14. April
Hoebel, Dr. med. Artur-J., aus Rogenau-Rittergut, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Kemmesies, Winfried, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 15. April
Konrad, Hildegard, geb. **Bednarz**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Schulz, Manfred, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 15. April

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

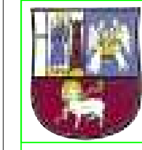
Termine der LO

2017
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

29. April, 14.30 Uhr, Hotel-Restaurant Eynck, Petronilla-Platz 9, **48157 Münster:** Kirchspieltreffen Braunwalde. Informationen: Julius Wermter, Ginsterweg 48, 45149 Essen, Telefon 0177/5515972.

ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachruf

Die Kreisgemeinschaft trauert um **Hans-Dieter Sudau**, geboren am 19. April 1929 im ostpreußischen Sandfluss/Lindental, gestorben am 23. März 2017 in Osnabrück.

Der Diplom-Ingenieur Hans-Dieter Sudau ist Träger der silbernen Ehrennadel der Landsmannschaft. Er hat in seiner Heimat noch die Mittelschule besucht, ehe die Familie flüchten musste. Später hat er in Osnabrück ein Ingenieur-Studium absolviert. In seinem Beruf war er viel unterwegs, unter anderem zum Auslandseinsatz im Orient.

Als sich die Kreisgemeinschaft Elchniederung im Jahr 1993 in einer kritischen Phase befand, hat sich Sudau mit viel Elan und Verantwortungsbewusstsein als Kreisvertreter und Vorstandsvorsitzender zur Verfügung gestellt. Durch sein vielfältiges Engagement konnte er wieder das Interesse und Vertrauen unserer Landsleute erwecken, so dass die Arbeit der Kreisgemeinschaft trotz der altersbedingten Entwicklung ihrer Mitglieder wieder auf einem soliden Fundament stand.

Sudau verbesserte die Kontakte zu den anderen Heimatkreisgemeinschaften und zu unserem Patenkreis Grafschaft Bentheim. Er hatte stets ein offenes Ohr für die Belange unserer Kirchspielvertreter und Landsleute. Nach Ablauf der zweiten Wahlperiode stand er nicht mehr als Kreisvertreter zur Verfügung, war aber weiterhin ein gern gesehener und interessierter Gast bei unseren Kreistreffen. Die Kreisgemeinschaft Elchniederung wird Hans-Dieter Sudau ein ehrendes Andenken bewahren.

Im Namen des Vorstandes und aller ehrenamtlichen Mitarbeiter
Manfred Romeike, Kreisvertreter

Nachbarschafts-Gespräche

Sonnabend, 22. April, Würselen: Nachbarschaftsgespräch der Elchniederung, Tilsit und Tilsit-Ragnit (nur Vorstandsmitglieder).

Busreise

Zehntägige Busreise vom 2. bis 11. August 2017 zur Elchniederung, ins Samland und auf die Kurische Nehrung. Ziele sind unter anderem das Stadtfest in Heinrichswalde, die Marienburg, Tilsit und Rauschen. Die Reiseleitung hat Peter Westphal. Der Programmablauf (Änderungen vorbehalten):

1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Marienburg.

2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die Marienburg, eine der mächtigsten Backsteinburgen der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Welt, die durch ihre Größe und Architektur noch heute die Besucher beeindruckt. Anschließend Weiterreise zum polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie Ihr russischer Reiseleiter, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird, erwartet. Danach Weiterreise vorbei an Königsberg, Tapiau und Wehlau bis nach Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen.

3. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und zurück nach Tilsit. Am Abend Fahrt nach Heinrichswalde. Nach einer Kranzniederlegung am Gedenkstein für alle früheren Einwohner des Kreises Elchniederung erleben Sie in der teilrestaurierten Kirche in Heinrichswalde ein stimmungsvolles Konzert zum Auftakt des Stadtfestes. Natürlich besteht an diesem Reisetag auch die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Unser bewährter Taxiservice steht Ihnen dazu zur Verfügung. Übernachtung in Tilsit.

4. Tag: Nach dem Frühstück nochmals Rundfahrt durch die Elchniederung, diesmal südlich der Gilge. Die Route führt mit Zwischenstopps über Brittanien, Neukirch, Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Am Nachmittag erreichen Sie wieder Heinrichswalde. Zunächst gemeinsamer Besuch des neuen deutsch-russischen Heimatmuseums zur Geschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung, das in enger Zusammenarbeit deutscher und russischer Initiatoren gemeinsam entstanden ist. Danach Möglichkeit zur Teilnahme am Stadtfest mit vielerlei Darbietungen, Musik, Kunstgewerbeständen und Volksfeststimmung. Übernachtung in Tilsit.

5. Tag: Am Vormittag Möglichkeit zur Teilnahme am Gottesdienst mit der evangelischen Kirchengemeinde in Heinrichswalde. Anschließend Weiterfahrt über Neukirch nach Rauterskirch. Dort Empfang durch die örtliche Bevölkerung und Besichtigung der historischen Kirche. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Auf dem Rückweg nach Tilsit wird ein Abstecher in das benachbarte Seckenburg unternommen. Am Nachmittag Stadtrundfahrt in Tilsit. Natürlich besteht auch an diesem Reisetag die Möglichkeit zu eigenen Unternehmungen, sofern Sie nicht am geführten Ausflugsprogramm teilnehmen möchten. Übernachtung in Tilsit.

6. Tag: Ihr heutiger Ausflug führt in eine ebenfalls einzigartige Landschaft im Südosten des nördlichen Ostpreußens. Nach einem kleinen Stopp in Gumbinnen besuchen Sie Trakehnen mit der einst weltberühmten Gestütsanlage. Leider gibt es dort heute keine Pferde mehr. Anschließend erreichen Sie die einzigartige Rominter Heide. Unberührte Natur, eine Urwaldlandschaft mit kleinen Bächen und Biberbauten – Ihr Reiseleiter zeigt Ihnen die schönsten Plätze. Am Rande dieses Waldmassivs betreibt die russische Familie Sajac im ehemaligen Forsthaus Warnen ein kleines Gästehaus, hier werden Sie zur Mittagseinkehr erwartet. Übernachtung in Tilsit.

7. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Tilsit. Erster Besichtigungsstopp ist eine Stadtrundfahrt in Königsberg. Sehenswürdigkeiten wie der wiedererrichtete Königsberger Dom, die Luisenkirche oder den früheren Hansa-Platz mit dem ehemaligen Nordbahnhof und die erhaltenen Stadttore und Befestigungsanlagen wie das restaurierte Königstor und den Litauer Wall werden angesteuert. Darüber hinaus erleben Sie eine aufstrebende russische Großstadt im Umbruch und voller Kontraste. Am Nachmittag unternehmen Sie vom neuen Fischdorf am Pregel aus eine zirka dreistündige Schiffsfahrt durch den Hafen und auf dem Königsberger Seekanal entlang Richtung Ostsee bis nach Pillau. Die Hafenstadt hatte eine besondere Bedeutung für viele Ostpreußen im Winter 1945, als tausende Menschen von hier aus ihre Heimat für immer verlassen mussten. Heute gibt es in Pillau neben den historischen Bauten eine große Kriegsgräbergedenkstätte, ein Ort der Besinnung und des Gedenkens. Auf der Weiterfahrt durch das Samland besuchen Sie Palmnicken – hier wird im Tagebau der für Ostpreußen typische Bernstein gewonnen. Beim Besuch der Aussichtsterrasse haben Sie einen guten Überblick. Gegen Abend erreichen Sie das Ostseebad Rauschen an der waldbestandenen Steilküste des Samlandes. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

8. Tag: Tagesausflug vorbei an Cranz auf die Kurische Nehrung. Die zirka 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee. Ihre einzigartige Naturlandschaft ist durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Sie besuchen die Feldstation „Fringilla“ der Vogelwarte Rossitten, einst die von Professor Thienemann gegründete erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Bei einem geführten Spaziergang auf die Ephadüne bietet sich ein grandioser Ausblick auf das Haff, die Ostsee und die größte noch wandernde Sandfläche der Nehrung. In einer sehr schönen Hotelanlage direkt am Haffufer, die rund um die ehemalige Jugendherberge von Rossitten entstanden ist, werden Sie zum Mittagessen erwartet. Bei schönem Wetter sollten Sie natürlich auch nicht einen Besuch am kilometerlangen feinsandigen Strand mit einem Bad in der Ostsee versäumen. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

9. Tag: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Rauschen und treten die erste Etappe der Heimreise an. Nach dem Passieren der russisch-polnischen Grenze geht es durch das Ermland und Pommern bis nach Schneidemühl zur letzten Zwischenübernachtung.

10. Tag: Nach dem Frühstück Heimreise nach Deutschland. In der Mittagszeit wird bei Küstrin eine Rast auf einem polnischen Markt eingelegt.

Anmeldung bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Goslar, Telefon/Fax (05324) 798228.

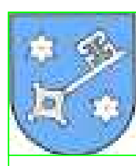


FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Pillauer Heimatfreunde

Sonnabend, 22. April, 17 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 2, **24340 Eckernförde:** Vortrag über „Traumatische Erlebnisse auf Grund von Krieg und Vertreibung“. Die Referenten sind Dr. Muhtz vom Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, und Dr. Christopher Spatz, Historiker der Humboldt-Universität Berlin. Ansprechpartner: Erika Kruse, Telefon (04346) 6011463.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

28. April bis 2. Mai, DRK-Landesschule, Jägerweg 1, **Bad Pyrmont:** Stadttreffen Gerdauen.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Dietrich Goldbeck wird 103

Die Kreisgemeinschaft Gumbinnen kann ihrem Ehrenvorsitzenden Dietrich Goldbeck herzlich zum 103. Geburtstag gratulieren und mit großer Dankbarkeit an sein Wirken für seine ehemalige Heimatstadt erinnern.

Am 15. April 1914 wurde er in Gumbinnen geboren, väterlicherseits hat er Familienwurzeln in Bielefeld-Brackwede und ist dort nach dem Krieg und der Gefangenschaft heimisch geworden. Sein Herz hängt bis heute an seiner Geburtsstadt Gumbinnen. Dort hatte sein Vater ein Baugeschäft, in das Dietrich Goldbeck nach seinem Studium an der TH Hannover und der TH Danzig und dem Abschluss als Bauingenieur 1939 einsteigen wollte. Zum Berufseinstieg kam es nicht mehr. Die Katastrophe des Krieges setze allen Berufsplänen ein Ende und führte dazu, dass er sein Gumbinnen nicht wiedersehen sollte. Es folgten Kriegseinsätze in Polen, Frankreich, auf dem Balkan, in der Ukraine und schließlich in Russland. Den Tiefpunkt erlebte er in Stalingrad mit anschließender der Gefangennahme am 2. Februar 1943. Als Oberleutnant überstand er die Gefangenschaft in verschiedenen russischen Lagern über fünf Jahre. „Mir ist Gnade in unendlich vielen Gelegenheiten zuteilgeworden. Viele Schutzengel sind mir zur Seite gestellt worden, bis heute“, sagt Dietrich Goldbeck heute dankbar.

Mehr als elf Jahre haben Krieg und Kriegsfolgen sein Leben bestimmt. Im Juni 1948 fand er in Bielefeld seine Familie wieder und übernahm mit seinem Vater einen Holzbearbeitungsbetrieb, den er bis zu seinem 70. Lebensjahr weiterführte.

Am Verlust seiner Heimatstadt Gumbinnen hatte er schwer zu tragen. Als die vertriebenen Gumbinner begannen, sich zusammen zu finden und die Stadt Bielefeld 1954 die Patenschaft für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen übernahm, gehörte er mit zu den Ersten, die sich mit großem Einsatz der Zusammenarbeit widmeten. Von Anfang an arbeitete er an verantwortlicher Stelle, davon mehr als 13 Jahre als Vorsitzender der Gumbinner Kreisgemeinschaft. Außerdem war er Initiator mancher Aktionen. Neben dem „Verein der ehemaligen Gumbinner Friedrichs- und Cecilienschüler“ gründete er die Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“, die sich bis heute in Bielefeld trifft und sich für die Pflege und Dokumentation der ostpreußischen Mundart einsetzt. Intensiv widmete er sich dem Erhalt des Gumbinner Kulturgutes. Im damaligen Stadtarchiv Bielefeld richtete er die „Gumbinner Heimatstube“ ein, in der museale Stücke gesammelt und ausgestellt wurden. Mit großer Leidenschaft arbeitete er am systematischen Aufbau des Gumbinner Kreisarchivs auf wissenschaftlicher Grundlage. Es wurden Orts- und Stadtteilpläne mit der Lokalisierung aller Häuser erstellt. Gemeinsam mit anderen verantwortlichen Helfern wurden Einwohnerkarteien angelegt und die aktuellen Adressen mit den ehemaligen Wohnstätten verbunden. In einem Bildarchiv wurden tausende von Fotos gesammelt und archiviert. Dietrich Goldbecks Arbeit war Vorbild für manch andere Kreisgemeinschaft, ihr Kulturgut zu sammeln und zu bewahren.

Dietrich Goldbeck hat sich um die Kreisgemeinschaft Gumbinnen verdient gemacht. Dafür wurde er mit zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen bedacht. 1979 erhielt er vom Bielefelder Oberbürgermeister das Bundesverdienstkreuz, die Landsmannschaft Ostpreußen verlieh ihm das Goldene Ehrenzeichen und ihre höchste Auszeichnung, die „Ottmar Schreiber Plakette“

Auch seine besorgte Frage „Was soll aus dem Archiv werden, wenn ich nicht mehr in der Lage bin, für seine Existenz zu sorgen?“ konnte beantwortet werden. Das Kreisarchiv wurde durch einen Depositalvertrag zur Bewahrung und Pflege dem Bielefelder Stadtarchiv anvertraut. Auch für das Museumsgut konnte eine Lösung gefunden werden, die mit der veränderten politischen Situation in der alten Heimatstadt zusammenhängt. Heute werden dort neben dem Gumbinner Stadtmodell, das auf Initiative von Dietrich Goldbeck erstellt wurde, zahlreiche andere Gumbinner Exponate gezeigt. In den „Deutschen Stuben“ in Gusev ist der Museumsbestand der Gumbinner Geschichte präsent, wohl aufgearbeitet von dem dortigen Museum. Zur großen Freude der heutigen Bewohner, die an allen historischen und kulturellen Wurzeln ihrer Stadt interessiert sind und der Touristen, die Zeugnisse der deutschen Zeit sehen können.

Mit seinem Engagement verbunden bleibt die Rückkehr unseres Wahrzeichens der Stadt, des Gumbinner Elches in seine Heimatstadt. Er war bis 1991 in den Zoo in Königsberg verschleppt. Welch eine Gnade, dass Dietrich Goldbeck auch diese Entwicklung in seinem langen Leben erleben durfte. Wir wünschen unserem Ehrenvorsitzenden alles Gute und weiterhin Gottes Segen.

Karin Banse, Vorsitzende der KG Gumbinnen



Am 15. April 1914 in Gumbinnen geboren: Dietrich Goldbeck. Für seine Verdienste um die Heimat erhielt er zahlreiche Ehrungen und Auszeichnungen .Bild: privat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Zinten-Land

21. bis 23. April, Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, **38707 Altenau/Harz:** Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

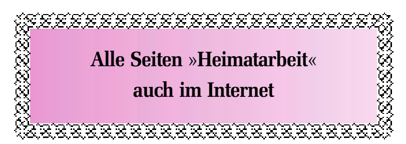
Heimatgruppe Schwerin: Treffen am Mittwoch, 12 Uhr, den 19. April. Ort: Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

Heimatgruppe Teutonen, Osnabrück: Frühjahrestreffen am 22. April, 14 Uhr. Ort; Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43. Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Heimatgruppe Köln: Treffen am Mittwoch, 26. April. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm am 3. Mai. Beginn ist um 12 Uhr. Ort: Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg, Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Kiel: Frühjahrsveranstaltung im Mai/Juni (Einladung erfolgt schriftlich), Veranstaltungsort: Matthias-Claudius-Kirche, Alte Dorfstraße 53, Kiel-Suchsdorf. Im September oder Oktober Neuauflage des „Ostpreußischen Nachmittags“. Weitere Monatstreffen finden bei Bedarf nach Ankündigung in der Kieler Presse statt. Nähere Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.





JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistreffen

1. Mai, 11.15 Uhr (Einlass), Gasthof Goldener Ring, Burgplatz 21, Düsseldorf: Kreistreffen. Anmeldung bei Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Vortrag über Siegfried Lenz

Sonnabend, 22. April, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster,** Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Ab 10 Uhr ist Gelegenheit, die Sonderausstellung „Versunkene Welt Ostpreußens – Erinnerungsbilder von Eduard Bischoff“ zu besuchen. Um 15.30 Uhr beginnt der Vortrag von Klaus Papies, Bremen, über „Siegfried Lenz – ein Lebensbild“. Klaus Papies veröffentlichte im Herbst 2016 nach langen Jahren des Sammelns und Forschens sein „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ – mit einem Lob von Siegfried Lenz. Auch dieses Buch wird vorgestellt, angeboten und auf Wunsch vom Autor signiert. Der Eintritt in den Ausstellungsraum und zur Veranstaltung ist wie immer frei.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

Sonntag, 23. April, 11 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Restaurant Zum Tucher (Telefon 0451/33517, www.burgfeldrestaurant.de), Am Burgfeld 1, **23568 Lübeck:** Regionaltreffen Nord. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Der Kreistag hat neu gewählt

Still und nachdenklich beginnt die diesjährige Sitzung des Kreistags: Herbert John verliest die Totenehrung, wobei er stellvertretend für alle Verstorbenen Wolfgang Kempka, Wilhelm Embacher und Kurt Lorenz erwähnt.

Dieter Chilla geht in seinem Rechenschaftsbericht als Kreisvorsitzender auf den Verkauf des Ostheimes in Bad Pyrmont ein, das bisher auch für Treffen und Seminare der Ortelsburger zur Verfügung stand. Die Renovierung der Passenheimer Kirche wird angesprochen, bei der die Formalitäten in Deutschland durch Alfred Denda bearbeitet wurden. Die Treffen der Landbezirke im April und Mai wurden wiederum von weniger Personen besucht.

Am 18. Juni 2016 fand in Lindenort das 350-jährige Jubiläum der Dorfgründung statt. Es wurde den deutschen Dorfbewohnern leider erst kurzfristig bekannt gegeben. Überschattet war das Jubiläum aus deutscher Sicht dadurch, dass der ehemalige Einwohner Christoph Chilla, der eine Rede halten sollte, am Vorabend der Feierlichkeiten durch die Organisatoren gebeten wurde, auf diese Rede zu verzichten.

Die Heimatreise der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Juni 2016 war ein beeindruckendes Erlebnis für die Teilnehmer. Auch fand im Sommer wieder eine Friedhofsaktion in Mensguth statt, die auf positive Resonanz stieß.

Als Auftakt zum Ortelsburger Hauptkreistreffen im September hielt der Pfarrer im Ruhestand Hans-Georg Mix in der Herner Martin-Opitz-Bibliothek einen Vortrag über seine Kindheitserlebnisse in einem dänischen Lager nach dem 2. Weltkrieg.

Das Hauptkreistreffen wurde von etwa 400 Teilnehmern besucht. Im September feierte die Deutsche Minderheit in Ortelsburg ihr 25jähriges Bestehen. Es wurde vor allem durch das Engagement von Monika Krzenzek und Pawel Samsel hervorragend organisiert. Positiv hebt der Vorsitzende die Beteiligung wichtiger Repräsentanten der polnischen Öffentlichkeit hervor. Auch das Treffen der Ortelsburger Oberschulen fand im September statt, bei dem der Ehrenvorsitzende der Kreisgemeinschaft, Edelfried Baginski, einen historischen Überblick über die Entwicklung beider Oberschulen gab.

Am 17. November 2016 wurden die Ergebnisse der Kreistagswahl ausgezählt. Den Abschluss des Jahres bildete das Weihnachtstreffen der Kreisgemeinschaft im Dezember im Kulturzentrum Herne.

Die Schatzmeisterin Helga Frankiewicz erläuterte die wesentlichen finanzellen Transaktionen im Jahr 2016. Insgesamt sind die Ausgaben wieder höher als die Einnahmen gewesen. Der Fehlbetrag wurde den Rücklagen entnommen.

Im Anschluss wurden diverse Posten näher betrachtet. Hans Napierski führte an, dass im Kreisausschuss Möglichkeiten der Kosteneinsparung bereits diskutiert wurden. Dieter Chilla dankte der scheidenden Schatzmeisterin für die gewissenhafte, vorbildliche Arbeit, die sie in 24 Jahren geleistet hat. Der Bericht der Revisoren Dieter Packheiser und Ingo Gosdek ergibt keine Beanstandungen. Der Antrag auf Entlastung des Vorstandes und des Kreisausschusses wird ohne Gegenstimmen bei acht Enthaltungen angenommen.

Willi Becker wird mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet. Die Übergabe musste wegen einer Erkrankung Beckers außerhalb des Kreistages geschehen. Dieter Chilla geht an dieser Stelle auf die Leistungen des Geehrten ein.

Herbert John wird mit einer Laudatio durch Dieter Chilla ausgezeichnet. Herbert John, der seit 2008 stellvertretender Vorsitzender der Kreisgemeinschaft war, verabschiedete sich aus dem Kreistag mit einer Rede zu besonderen Eindrücken und Erlebnissen während seiner Amtszeit. Hans Napierski tritt von seiner Tätigkeit des Geschäftsführers aus gesundheitlichen Gründen zurück. Er möchte aber der Kreisgemeinschaft weiterhin zur Verfügung stehen.

Der Rücktritt des bisherigen Kreisvorstandes und des Kreisausschusses wird durch Dieter Chilla erklärt. Als Wahlleiter wird der Ehrenvorsitzende Edelfried Baginski vorgeschlagen. Beisitzer sind Brigitte Napierski und Dieter Packheiser.

Zum 1. Vorsitzenden wird Dieter Chilla gewählt, zum stellvertretenden Vorsitzenden Marc Plessa. Gemäß Satzung können bis zu acht Sachkundige Mitglieder für den Kreistag bestellt werden. Dieter Chilla schlägt Hans Napierski, Edelfried Baginski, Erwin Syska, Karin Fischer, Jürgen Zera und Herbert John als Sachkundige Mitglieder vor. Alle werden einstimmig gewählt und bestätigt.

Funktionsstellen im Kreisausschuss bekleiden als Geschäftsführerin Karola Kalinski, als Schatzmeister Ingo Gosdek, als Schriftführer, Marc Plessa und als Schriftleiter des Ortelsburger Heimatboten Jürgen Mosdziel. Karteiführerin ist Irmgard Denda, Verwalter der Heimatstube beziehungsweise Archivverwalter Jürgen Mosdziel.

Für die vier Posten im Beirat standen fünf Personen zur Wahl. Folgende werden gewählt: Helga Frankiewicz, Gregor Gonsowski, Christel Sender, Hans Napierski

Die drei Revisoren müssen aus dem Kreistag stammen, dürfen aber nicht dem Kreisausschuss angehören. Hier wurden folgende Personen gewählt: als 1. Revisor Dieter Bahr, als 2. Revisor Horst Bronischewski, als 3. Revisor Reinhard Phillip.

Abschließend schaut der Kreisvorsitzende optimistisch in die Zukunft. Die Kreisgemeinschaft Ortelsburg hat eine ausgezeichnete personelle Ausstattung und immer noch ein solides finanzielles Fundament. Der Kreisvorsitzende möchte weiterhin Kontakt mit führenden Persönlichkeiten im Kreis Ortelsburg aufnehmen und weiterführen. Auch der Kontakt zur Stadt Herne soll weiterhin wie bisher intensiv gepflegt werden, um die Unterstützung unserer Heimatstube und zahlreiche Tätigkeiten aufrecht zu erhalten.

Treffen der Amtsbezirke

23. April, Kulturzentrum, **Herne:** Heimattreffen der Amtsbezirke Altkirchen, Klein Jerutten, Wildenau, Deutschheide, Wilhelmsthal, Rheinswein, Farienen, Friedrichshof, Fürstenwalde, Lindenort und Liebenberg.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Ortstreffen und Kirchspieltreffen

22. April, 10 Uhr, Gaststätte „Zum Türmchen", Oststraße 41, **45891 Gelsenkirchen-Erle:** Treffen der Kirchspiele Peitschendorf und Aweyden.

29. April, 8.30 Uhr, Hotel „Haus Rasche-Neugebauer", Wilhelmstraße 1, **59505 Bad Sassendorf:** 22. Kirchspieltreffen Sorquitten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Zukunftssicherung



Tilsit-Stadt: Die Mitglieder der Stadtvertretung trafen sich zur Jahresversammlung in Gera Bild: Wrobel

Die Tilsiter Stadtvertretung trat am 25. März zu ihrer Jahresversammlung in Gera zusammen. In seinem Rechenschaftsbericht ging Hans Dzieran auf das erfolgreiche Dreikreise-Treffen in Gera ein und wies darauf hin, dass künftig der Blick auf dezentrale Regionaltreffen gerichtet wird. Sie tragen dazu bei, angesichts nachlassender Mobilität die Anreisewege zu verkürzen und die Teilnahme zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit mit den russischen Institutionen in Tilsit wurde trotz politischer Spannungen fortgesetzt. Großes Interesse fand die Neuauflage des Buches „Tilsitskie Dominanty", das bekanntlich als unser gemeinsames russisch-deutsches Projekt entstanden ist. Unterstützt wurde ferner der vom Tilsiter Museum herausgegebene zweisprachigen Gedichtband des Tilsiter Poeten Max von Schenkendorf. Aus Anlass des 100. Geburtstages von Johannes Bobrowski wurde von Stadtvertretungsmitglied Sebastian Holzner ein bronzenes Relief gestaltet, welches dem Museum in Tilsit übergeben wurde. Auch die heutigen Bewohner Tilsits sollen die preußisch-deutsche Biografie der Stadt entdecken, begreifen und sich aneignen.

Zentrales Thema war die Zukunftssicherung. Um die weitere Tätigkeit zukunftsfähig zu gestalten und die Stadtgemeinschaft Tilsit nicht zum Auslaufmodell werden zu lassen galt es, die Stadtvertretung zu verjüngen und ehrenamtliche Mitarbeiter aus den Reihen der Nachgeborenen und aus der Bekenntnisgeneration zu gewinnen. Tilsiter aus der Erlebnisgeneration gibt es kaum noch. Es geht also nicht mehr darum, wer in Tilsit geboren ist, sondern wessen Herz für Ostpreußen schlägt und wer dazu beiträgt, dass Tilsit im Bewusstsein der Menschen erhalten bleibt. Zur Mitarbeit in der Stadtvertretung konnten sechs Kandidaten gewonnen werden. Maja Frenzel und Hans-Joachim Purwin beschäftigen sich mit Tilsiter regionalgeschichtlichen Fragen, Franz Stenzel mit humanitärer Hilfe, eine Schulgemeinschaft übernommen hat Heint Schmickt, Roland Pohl und Marco Wrobel vertreten als 50-jährige die Nachfolgegeneration und befassen sich mit Fragen jugendgemäßer Kultur.

Auf der Vorstandssitzung im Januar 2017 war Erwin Feige auf seinen Wunsch von der Funktion des Zweiten Vorsitzenden entbunden worden. Um Platz für einen Jüngeren zu machen, wird er künftig im Vorstand als Beirat tätig sein. Der Vorstand unterbreitete der Stadtvertretung den Antrag, Norbert Subroweit zum Zweiten Vorsitzenden zu wählen. Die Wahl ergab einmütige Zustimmung. Mit dem Generationswechsel werden Weichen für die Zukunft der Stadtgemeinschaft gestellt.

In seinem Schlusswort richtete Hans Dzieran den Blick auf das Jahr 2017, in dem das 25-jährige Bestehen der Städtepartnerschaft Kiel-Sovetsk begangen wird. Die jahrzehntelangen Bemühungen der Stadtgemeinschaft Tilsit und ihrer Patenstadt Kiel um gutnachbarliche Beziehungen mit der Stadt Sovetsk führten folgerichtig dazu, dass die Patenschaft mit dem Abschluss der Städtepartnerschaft Kiel-Sovetsk im Jahre 1992 zu einem Dreiecksverhältnis erweitert wurde und damit eine besondere völkerverbindende Dimension erhielt. Wir betrachten die Mitwirkung in der Städtepartnerschaft Kiel-Sovetsk als gesellschaftlichen Auftrag, das kulturhistorische Erbe von Tilsit gemeinsam mit den heutigen Bewohnern zu bewahren, das gegenseitige Geschichtsverständnis zu fördern und die völkerverbindende Zusammenarbeit zu vertiefen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Zusammen mit der ADM bietet die Landesgruppe zwei Reisen an.

– Reise I –

Vom 26. Juli bis 8. August eine kombinierte Bus- und Schiffsreise ins Memelland. 26. Juli Abfahrt ab Mannheim mit Zusteigemöglichkeiten in Frankfurt, Kassel, Hannover und Hamburg nach Kiel. Dort geht es auf die Fähre zur Überfahrt nach Memel. Die Unterbringung erfolgt in Zwei-Bett-Außenkabinen mit zwei unteren Betten. Am 27. Juli gegen 16.30 Uhr Ankunft in Memel und Fahrt mit dem Bus zum Hotel „Amberton" (früher Hotel „Klaipeda"), in dem die Reisegruppe bis zur Abreise am 7. August in den neu renovierten Zimmern untergebracht ist. Am 28. Juli Schifffahrt auf die Ostsee zur traditionellen Blumenübergabe in die Ostsee zum Gedenken aller Todesopfer aus Anlass des jährlichen Meeresfestes. Vom 28. bis 30. Juli findet das Meeresfest statt. Diese Tage stehen zur freien Verfügung. Am 1. August wird der 765. Geburtstag der Stadt Memel gefeiert. Vom 31. Juli bis 4. August diverse Busfahrten durch das Memelland, wie Polangen, Plicken, Dawillen, Prökuls, Heydekrug, Russ, Pogegen, Willkischken, Schmalleningken, Kinten und Minge sowie auf die Kurische Nehrung nach Schwarzort und Nidden. Außerdem steht eine Schiffahrt von Nidden über das Kurische Haff in das Memeldelta und eine Tagesfahrt nach Königsberg auf dem Programm. Für Königsberg wird ein Reisepass benötigt. Das Visum wird kurzfristig in Memel ausgestellt. Am 5. oder 6. August ist ein Treffen aller Memelländer in Heydekrug oder Memel geplant. Am 7. August geht es gegen Abend wieder auf die Fähre zur Rückfahrt nach Kiel, wo wir am 8. August gegen 16 Uhr ankommen, anschließend Rückfahrt nach Mannheim. Der Reisepreis für Busfahrt, Fähre, elf Übernachtungen mit Frühstück und alle Rundfahrten beträgt pro Person im Doppelzimmer 1280 Euro (EZ-Zuschlag 330 Euro). Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Telefon (06203) 43229 oder per E-Mail: memelland@admheddesheim.de Es sind nur noch wenige Plätze für die Reise frei.

– Reise II –

Vom 19. bis 24. September Busreise nach Schwerin zum Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. An der Veranstaltung werden Gesangsgruppen aus dem südlichen Ostpreußen, wie auch die Chöre aus Heydekrug und Memel mit dem Chor des Hermann-Sudermann-Gymnasiums teilnehmen. Abfahrt am 19. September ab Göppingen über Stuttgart, Mannheim, Frankfurt nach Wismar, wo wir im Steigenberger Hotel „Stadt Hamburg" untergebracht sind. Vom 20. bis 22. September Ausflüge unter anderem nach Schwerin, an den Müritzsee, Rostock und Warnemünde. Am Samstag, 23. September Teilnahme am Ostpreußen-Treffen in Schwerin. Der Preis für die Fahrt incl. Aller Rundfahrten und fünf Übernachtung mit Frühstücksbuffet beträgt im Doppelzimmer 490 Euro im Einzelzimmer 680 Euro. Anmeldungen bitte schnellstens bei Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229 oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093.



Ostermarkt in Stuttgart: Uta Lüttich und Vera Pallas am Stand der Ostpreußen Bild: privat

– Bericht –

Im gut besuchten Haus der Heimat eröffnete um 10 Uhr der BdV-Landesvorsitzende Arnold Tölg den 10. Ostdeutschen Ostermarkt. Die 20 Aussteller aus verschiedenen Landsmannschaften präsentierten Spezialitäten der ehemaligen Heimat. Viele waren in Trachten gekommen. Fast jeder Stand präsentierte seine Heimatregion auf einer entsprechenden Landkarte. Angeboten wurden Königsberger Marzipan, Danziger Goldwasser, Schlesischer Mohnkuchen und viele mehr. Auch Handwerkskunst war zu sehen und zu kaufen. Als Jubiläumsbesonderheit trat eine Volkstanzgruppe auf.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. April, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 28. April, 19 Uhr. Saal, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen anschließend ein Vortrag von Edith Richter und Dr. Jürgen Danowski zum Thema „Die Reformation in Preußen und Pommern – Luther, Bugenhagen, Osiander".

Ansbach – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Orangerie: Vortrag zum Thema „Berühmte Persönlichkeiten aus Pommern".

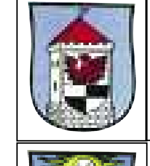
Bamberg – Mittwoch, 19. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag zu Siegfried Lenz.

Landshut – Dienstag, 18. April, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel": Neuwahlen des gesamten Vorstands und Jahresrückblick mit Fotos und Videofilm.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: donnerstags 14 bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Telefon (030) 7712354.



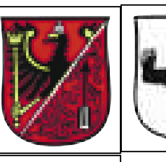




Angerburg, Darkehmen, Goldap – 20. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Treffen unter dem Motto „Der Frühling naht". Anfragen: Marianne Becker Telefon (030) 7712354.



Königsberg – 21. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.

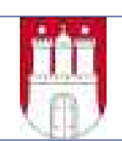




Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 25. April, 13 Uhr. Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, Lötzen Gabriele Reiß: Telefon (030) 75635633.



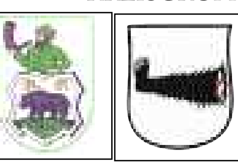
Bartenstein – Anfragen für gemeinsames Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamem Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon (040) 587585, Fax: (040) 52678519, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung mit 1. Abstimmung über die Tagesordnung, 2. Feststellen der Anwesenheit und des Stimmrechts, 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, 4. Bericht des Schatzmeisters, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten drei und vier, 7. Entlastung des Vorstandes und 8. Verschiedenes. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen

»Pomeranos« in Anklam

Lesern der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* kennen Manfred Schukat vor allem als Veranstalter vieler festlich-fröhlicher Veranstaltungen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Als Anklamer BdV-Vorsitzender sorgt er aber auch mit seinen jährlichen Pommerntreffen für ordentlich Stimmung in der dortigen Mehrzweckhalle – so auch am 1. April. 700 Gäste waren angereist (Foto unten). Kein Aprilscherz: Einer kam sogar aus Brasilien. Henry Fred Ullrich (Foto links) und sein Sohn hatten rund 11000 Flugkilometer auf sich genommen, um in Anklam dabei zu sein. Ullrich berichtete sehr lebendig von den „Pomeranos", wie die vor 150 Jahren ausgewanderten Pommern in Brasilien genannt werden.

Ernst wurde es, als es um den berühmten pommerschen Dichter Ernst Moritz Arndt ging. Mit einer Unterschriften-Aktion während der Veranstaltung protestierten die Teilnehmer gegen Bestrebungen, den altehrwürdigen Namen der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald abzulegen. Viele der Ehrengäste verprachen, sich für den Dichter als Namensgeber der Bildungsanstalt einzusetzen. *FS*



Fotos (2): privat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

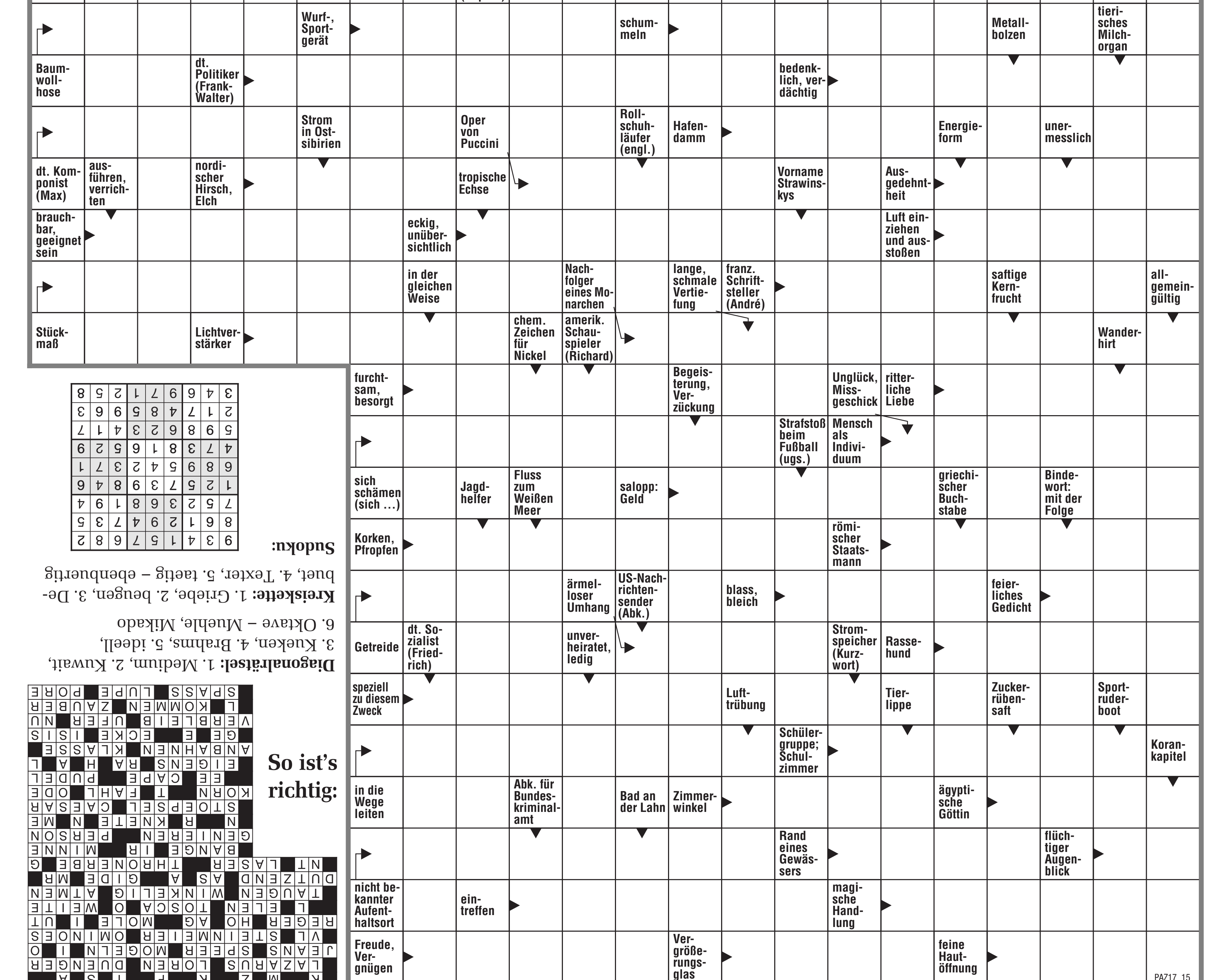
Osnabrück – Freitag, 21. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Dienstag, 2. Mai, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Nach den Neuwahlen des Vorstands am Vormittag hielt Wolfgang Effenberger (Jahrgang 1946) das Hauptreferat bei der Landesdelegierten-, Kultur und Frauentagung am 18. März. Der erfolgreiche Buchautor trat mit 18 Jahren als Zeitsoldat in die Bundeswehr ein und studierte dort Bauingenieurwesen. Das Thema des US-amerikanischen Strebens nach Weltherrschaft hat



Sudoku

9								2
	6	1	2		4	7	3	
	5						9	
1		5	7		9	8		6
4		3	8		6	5		9
	9						1	
	1	7	4		5	9	6	
3								8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

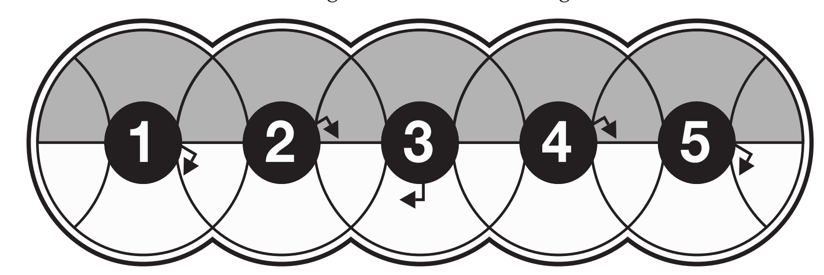
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gesellschaftsspiele.

1 Kommunikationsmittel
2 Emirat am Persischen Golf
3 Junges der Henne
4 deutscher Komponist (Johannes)
5 nur geistig vorhanden
6 achte Stufe der diaton. Tonleiter

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für gleichwertig.

1 ausgebratener Speckwürfel, **2** biegen, krümmen, **3** erstes öffentliches Auftreten, **4** Verfasser von Werbeslogans, **5** aktiv, beschäftigt



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

ihn in seinen bisherigen Publikationen immer wieder beschäftigt. 2003 verfasste er zusammen mit Konrad Löw das Werk „Pax americana: Die Geschichte einer Weltmacht von Wilhelm dem Eroberer bis heute“. 2011 folgte eine zweiteilige Reihe, die den Titel „Das amerikanische Jahrhundert“ trägt und von den „verborgenen Seiten des kalten Krieges“ und einer „Wiederkehr des Geo-Imperialismus“ handelt. Zusammen mit dem ehemaligen CDU-Staatssekretär Willy Wimmer, der ebenfalls schon als Vortragsredner Gast der LO NRW war, verfasste Effenberger 2014 das Buch „Wiederkehr der Hasardeure“, das die Kriegsgefahr auf dem europäischen Kontinent und die Drahtzieher des neuen Russland-Konflikts herausstellt. Sein Oberhausener Vortrag über „Das Jahrhundert des US-Imperialismus“ konfrontierte die Zuhörer mit einer Fülle von Fakten, die ein den meisten bislang unbekanntes Bild der USA zeigten. Nach Meinung des Referenten wird die US-amerikanische Politik von einem Sendungs- und Erlösungsbewusstsein bestimmt, das eine neue Weltordnung zum Ziele hat. Mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied ging ein ereignisreicher Tag zu Ende.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): monatliche Zusammenkunft.

Düren – Der Bund der Vertriebenen im Kreis Düren und die örtliche Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen entlastete ihren Vorstand einstimmig auf der Jahreshauptversammlung. Desweiteren wurden im Laufe des Heimatabends den langjährigen Mitgliedern Ernst und Gerda Wornowski Dank und Anerkennung für hervorragende Verdienste um die Heimat und die Vertriebenen ausgesprochen. Die Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes, Ursula Kluge, überreichte ihnen die Goldene Nadel mit Urkunde.

Ernst und Gerda „Wornowski kamen 1971 als Spätaussiedler nach Düren. Im September desselben Jahres wurden sie Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen. Ernst Wornowski ist seit 1995 Schatzmeister, seine Frau Gerda war ab 2007 Kulturwartin im Bund der Vertriebenen und seit 2012 deren Schriftführerin. Seit 2016 ist sie Erste Vorsitzende der Kreisgruppe Düren der Landsmannschaft Ostpreußen.

Mit einem kleinen Imbiss sowie Gedicht- und Liedvorträgen wurde die Ehrung der beiden Mitglieder beim geselligen Heimatabend gefeiert-

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 19. April, 19 Uhr, GHH: Professor Udo Arnold zum Thema „Der Deutsche Orden und Litauen – Dreihundert Jahre gemeinsame Geschichte“. – Donnerstag, 20. April, 19.30 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Dienstag, 25. April, 15 Uhr, GHH: „Weißt Du noch“ – Geschichten und Anekdoten aus 60 Jahren „Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“. Mittwoch, 26. April, 15 Uhr, GHH: „Reisender durch ein Jahrhundert“ – Vortrag über den im ostpreußischen Johannisburg geborenen Dirigenten Kurt Sanderling. – Freitag, 28. April, 18 Uhr, Neanderkirche, Bolkestraße: Ökumenischer Gottesdienst zur Feier des 60-jährigen Jubiläums des GHH. – Sonnabend, 29. April, 10.45 Uhr, GHH: Festakt „60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus“.

Essen – Freitag, 21. April, 15 Uhr: „Der Waldkauz – Vogel des Jahres 2017“. Referent ist Ulrich Hoffmann vom NABU. Weitere Informationen: Bernhard Kehren, Telefon (0201) 626271, E-Mail: bernhard.kehren@theopoint.de



Düren: Ursula Kluge (m.) ehrte das Ehepaar Ernst und Gerda Wornowski Bild: privat



Oben: Das Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus heute. Rechts: Die Grundsteinlegung 1960. In diesem Jahr wird 60-jähriges Stiftungsjubiläum gefeiert Bilder (2): GHH



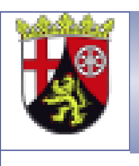


Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Köln – Dienstag, 18. April, 14.30 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Treffen der Ostpreußengruppe, wie an jedem dritten Dienstag im Monat. Für Gäste die ersten Male kostenlos.

Neuss – Sonntag, 30. April, 15 Uhr (Beginn 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen. – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

Witten – Montag, 24. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, Lutherstraße 6–10: Vortrag über „Martin Luther und sein Wirken“, danach „Thüringen von oben“



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 20. April, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Gesprächsrunde. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16: Gelegenheit zum Kartenspielen.

Das Ostpreußentreffen

Königsberger Klopse - Essen:

Wir laden alle Landsleute, ehemalige Vertriebene und Interessierte herzlich ein zu einem „Königsberger Klopse -Essen“, welches die Polkadot Ladies für uns zubereiten werden.

Am Sonntag, den 12.März 2017 treffen wir uns dazu um 18 Uhr bei Familie Lyhs in der Kilimanjarostraße Nr. 2, Eros.

Um Anmeldungen bitten wir bis zum 4. März bei
Inge Liebener:
Tel 061-227 111
oder Kiko Diemer:
Tel 061-241433, 081-2265136.

Unkostenbeitrag von 160 N$ (inkl. Getränke sowie Kaffee und Kuchen) pro Person bitte mitbringen.

Vielen Dank!

Im Namen des Ostpreußentreffen

gez. Inge Liebener

DM0201700258494 XP

Königsberger Klopse in der Kilimarjarostraße!

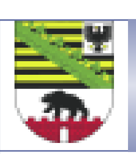
Auch im fernen Namibia halten die Ostpreußen die Erinnerung an die Heimat wach. *PAZ*-Leser Wolfgang Reith schickte uns diese Anzeige aus der deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung“. Reitschreibt, dass die Gruppe 1977 von drei Frauen aus Königsberg, Gumbinnen und Labiau gegründet wurde und sich seitdem schlichtweg „Das Ostpreußentreffen“ nennt.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

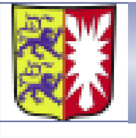
Landesgruppe – Sonntag, 23. April, St. Matthäus Kirche, Zinzendorferstraße 14, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelichen Ostpreußen mit der Landesgruppe Sachsen. Mit einem gemeinsamen Gottesdienst um 9:30 Uhr soll das Treffen beginnen. „Die Auswirkung der Reformation auf Ostpreußen“ sollen das Thema des Tages sein. Wir wollen an diesem Tag Martin Luthers gedenken und laden alle Interessierten recht herzlich ein. Im Anschluss des Gottesdienstes werden wir an unserem Gedenkstein der Toten gedenken. Nach der Mittagspause wird der Pfarrer im Ruhestand Klaus Plorin sprechen. Bei Kaffee und Kuchen wird der Kindergarten „Kirchenmäuse“ das Treffen mit einem kleinen Rahmenprogramm abschließen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg. – Dienstag, 25. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 12. Mai, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 21. April. 19 Uhr. Café Ehlers, Oldenburger Straße 8, Kasseedorf: Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen geben. Anmeldungen bis 16. April bei Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

Türken profitieren von Lohnsteuererstattungen

Zu: Fremdelnde Millionen (Nr. 10)

Dem Artikel kann man inhaltlich nur voll zustimmen. Die Schätzung allerdings, dass zirka drei Millionen Menschen in der Türkei von den Überweisungen der Gastarbeiter aus Deutschland gelebt haben, kann sich nur auf das Jahr 1970 beziehen mit stark steigender Tendenz.

Aber eine Ergänzung will ich noch vornehmen: Die Gastarbeiter zahlten hier in Deutschland so gut wie keine Steuern, da vor allen Dingen im Lohnsteuerjahresausgleich gezahlte Steuern durch die „Unterstützung von Angehörigen" in der Türkei erstattet wurden. Damit waren nicht nur Frau und Kinder gemeint, sondern auch Eltern, Schwiegereltern, Bruder, Schwester und andere Angehörige, da diese im Rahmen der Großfamilie in einem Haushalt wohnten und kein Einkommen hatten, was in der Regel der Fall war. Erforderlich hierfür war nur eine „Bescheinigung" des „Bürgermeisters" des Wohnortes.

Meine verstorbene Frau war Steuerberaterin und hatte ab 1980 jedes Jahr 1000 Anträge auf Lohnsteuerjahresausgleich für Gastarbeiter zu stellen. Bis auf wenige Ausnahmen erhielten alle ihre gezahlte Lohnsteuer vom Finanzamt zurückerstattet. **Botho Großmann, Isernhagen**

Der Ton gegenüber Deutschen wird unhöflicher

Zu: Deutschland als Beute (Nr. 10)

Noch vor einigen Jahren sind mein Mann und ich, wenn wir um die Welt tourten, als Deutsche mit Achtung und Respekt behandelt worden. Meistens jedenfalls. Ich könnte dazu dutzende Beispiele anführen.

Nach einigen Regierungsjahren der Frau Merkel änderte sich das Verhalten uns gegenüber. Insbesondere vergangenes Jahr in Griechenland, das wir von Antalya aus bequem erreichen können. Auf Chios und Rhodos erlebten wir sehr häufig nur noch Verachtung. Genau dasselbe Procedere erleben wir aktuell mit der türkischen Regierung Deutschland gegenüber. Gottlob sind wir hier in Antalya bisher davon verschont geblieben, aber wie lange noch?

Bundeskanzlerin Merkel und ihre Erfüllungsgehilfen in fast allen Medien, die wohl allesamt einer höheren Macht dienen, sind mit ihrer unerträglichen Politik die Totengräber Deutschlands und verantwortlich für das, was wir jetzt erleben.

Von 1991 bis 2011 haben wir in Thüringens Hauptstadt Erfurt gelebt. Wir haben nie verstanden, wie solch eine kommunistisch geschulte Person so weit kommen konnte. Wir haben sie jedenfalls nie gewählt. **Annegret Kümpel, Antalya/Türkei**

Solide Qualität

Zu: Kampagne abgebrochen, Ziel erreicht (Nr. 10)

Wer wie Bundesumweltministerin Barbara Hendricks behauptet, dass die Ausgleichszahlungen der EU an die Landwirte „ohne konkrete Gegenleistung" gezahlt werden, beweist damit seine Unkenntnis über die zahlreichen Auflagen, die mit der Zahlung verbunden sind.

So liefert mir die Landwirtschaft seit Jahrzehnten gute und sichere Lebensmittel. Ich muss zum Beispiel keine Sorgen haben wegen Mutterkorn im Mehl, wenn ich auf eine solide konventionelle Qualität zurückgreife. Bei „Bio" sieht das dann schon ein wenig anders aus.

Außerdem liefert mir diese hocheffiziente Landwirtschaft gute und sichere Lebensmittel zu günstigen Preisen. Und so kann man nicht nur hoffen, dass eine flächendeckende konventionelle Landwirtschaft es mir auch in 20 Jahren noch ermöglicht, gesunde, unbedenkliche und preisgünstige Lebensmittel zu kaufen und zu verzehren. **Wolfgang Gladziewski, Mückeln**



Die moderne Landwirtschaft steckt sich in einem Dilemma: Zu viel Düngung belastet die Umwelt, andererseits wird dadurch gleichbleibend hohe Lebensmittelqualität gewährleistet

Bild: Colourbox

Höhere Belastung

Zum Leserbrief: Was bringt Schmidts Tierwohllabel? (Nr. 5)

Ich möchte dem Verfasser des Leserbriefs zum geplanten Tierwohllabel von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt beistehen. Einmal deshalb, weil er nachweislich recht hat und zum anderen, weil ich den Eindruck habe, dass dieses große Problem von Lobbyisten mal wieder kleingeredet wird.

Bereits mit Bekanntgabe der Asylsucherschwemme war mir klar, dass unsere Wälder und restlichen Grünanlagen dem damit verbundenen Wohnbedarf geopfert werden und ebenso die Qualität des Grundwassers durch einen erheblich höheren Bedarf und damit verbundener erhöhter Verschmutzung durch Abwässer gefährdet ist.

Hinzu kommt das Gülleproblem durch die unverantwortliche Massentierhaltung. Aber weder die Zuwanderung noch die Massentierhaltung werden gestoppt – vermutlich ist das ein weiterer Weg, um Deutschland verrecken zu lassen. **Karin Johansen, Eisingen**

Kanzlerin Merkel lässt die EU im Regen stehen

Zu: Berlin führt nicht (Nr. 11)

Es ist ja nicht nur so, dass einige Staaten Europas meinen, dass Deutschland eine Führungsrolle übernehmen soll, sondern Frau Merkel ist auch noch davon überzeugt, dass sie die richtige ist, die den Hut aufhat. Aber auch ein Martin Schulz ist da wahrlich keine Leitfigur. Es ist richtig, dass in der derzeitigen Situation die Ruhe bewahrt werden muss. Das bedeutet jedoch nicht, dass man nicht deutlich Stellung bezieht.

Es ist beschämend, wie sich die Bundeskanzlerin gegenüber Dänemark und den Niederlanden in Sachen Wahlkampfverhalten eines Herrn Erdogan verhalten hat. Aber hier lässt sie ja nicht nur Europa im Regen stehen, sondern sie hält sich auch in Deutschland aus allem heraus. Sich zunächst heraushalten und bei einem Fehler eines anderen aus der Deckung kommen und als „Retterin" dastehen – das ist Frau Merkel. Das ist aber keine Führung.

Merkel macht weiterhin ihre Kniefälle gen Ankara und Mekka. Diese Körperübungen hat sie vor der Flüchtlingskrise schon ausgiebig gemacht und nach dem Flüchtlingsdeal noch intensiviert. Wenn die Kanzlerin die Person sein will, die den drohenden Zusammenbruch Europas verhindern will, dann muss sie das zeigen. Kommt es zum Zusammenbruch, wird Europa eine Lachnummer. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Die »blühenden Landschaften« bleiben aus

Zu: Haushalt auf tönernen Füßen (Nr. 12)

Bei einer Gesamtverschuldung unseres Landes von über zwei Billion Euro (zwölf Nullen) müsste der Bund sechs Jahre lang seinen jährlichen Gesamtetat bis zum letzten Cent an seine Gläubiger zahlen. Das ist nicht nur unmöglich, vielmehr wachsen die Belastungen weiter: um über zehn Milliarden Euro flüchtlingsbedingt und um unvorstellbare Summen für die „Euro-Rettung" und für den Brüsseler „Wasserkopf", der nun mit Pensionen weiter anschwellen wird. Entgegen dem Artikel 125 des Lissabon-Vertrags transferiert der Norden der EU ständig nie genannte Summen nach Südeuropa, ohne dass sich dort etwas verbesserte. Die sogenannten blühenden Landschaften bleiben aus.

Damit wird offenbar: Durch die relative Stärke des Euro ist Südeuropa nicht mehr wettbewerbsfähig, trotz aller Tricks der EZB wie Null-Prozent-Zinsen und Aufkauf von Black Papers. Auch Euro-Bonds, mit deutschen Schuldenpapieren vermischt, werden keine Käufer finden. Die Lage wird noch schlechter, wenn London mit dem Brexit der größte Einzahler nun Brüssel verlässt. Die Folge kann nur sein, dass Berlin noch mehr zahlen wird. Nicht nur der Berliner Etat, sondern der gesamte Euro steht auf tönernen Füßen. **Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Ehrwürdiger Stofffetzen

Zu den Heilig-Rock-Tagen pilgern nach Ostern wieder tausende Gläubige nach Trier – Ein Gewand steht dabei im Mittelpunkt

Im rheinland-pfälzischen Trier werden zum Bistumsfest „Heilig-Rock-Tage“ vom 28. April bis zum 7. Mai wieder Tausende Besucher aus der Diözese erwartet. Seit 1996 veranstaltet das Bistum Trier jährlich die zehntägige Veranstaltungsreihe in der Art eines regionalen Katholikentags. Dem Eröffnungsgottesdienst im Dom wird Bischof Stephan Ackermann vorstehen. Danach folgt eine Prozession zur Heilig-Geist-Kapelle.

Während der Heilig-Rock-Tage ist die 1702 an den Ostchor des Trierer Domes angebaute Kapelle für Besucher geöffnet. In der Kapelle wird eine als „Heiliger Rock Christi“ bezeichnete Tunika unter einem klimatisierten Glaszelt verschlossen und nicht sichtbar aufbewahrt. Es ist die wichtigste Reliquie des Trierer Doms. Im Gewand sollen Fragmente des ungeteilten und ungenähten Gewandes Jesu Christi enthalten sein. Für die Heilig-Rock-Tage haben Hunderte Ehrenamtliche ein Rahmenprogramm zu den täglichen Gottesdiensten mit rund 180 Einzelveranstaltungen vorbereitet. Musikgruppen und Chöre aus dem ganzen Bistum und der evangelischen Kirchengemeinde kommen nach Trier. Konzerte und Theateraufführungen, Führungen und Diskussionsrunden bilden das Rahmenprogramm.

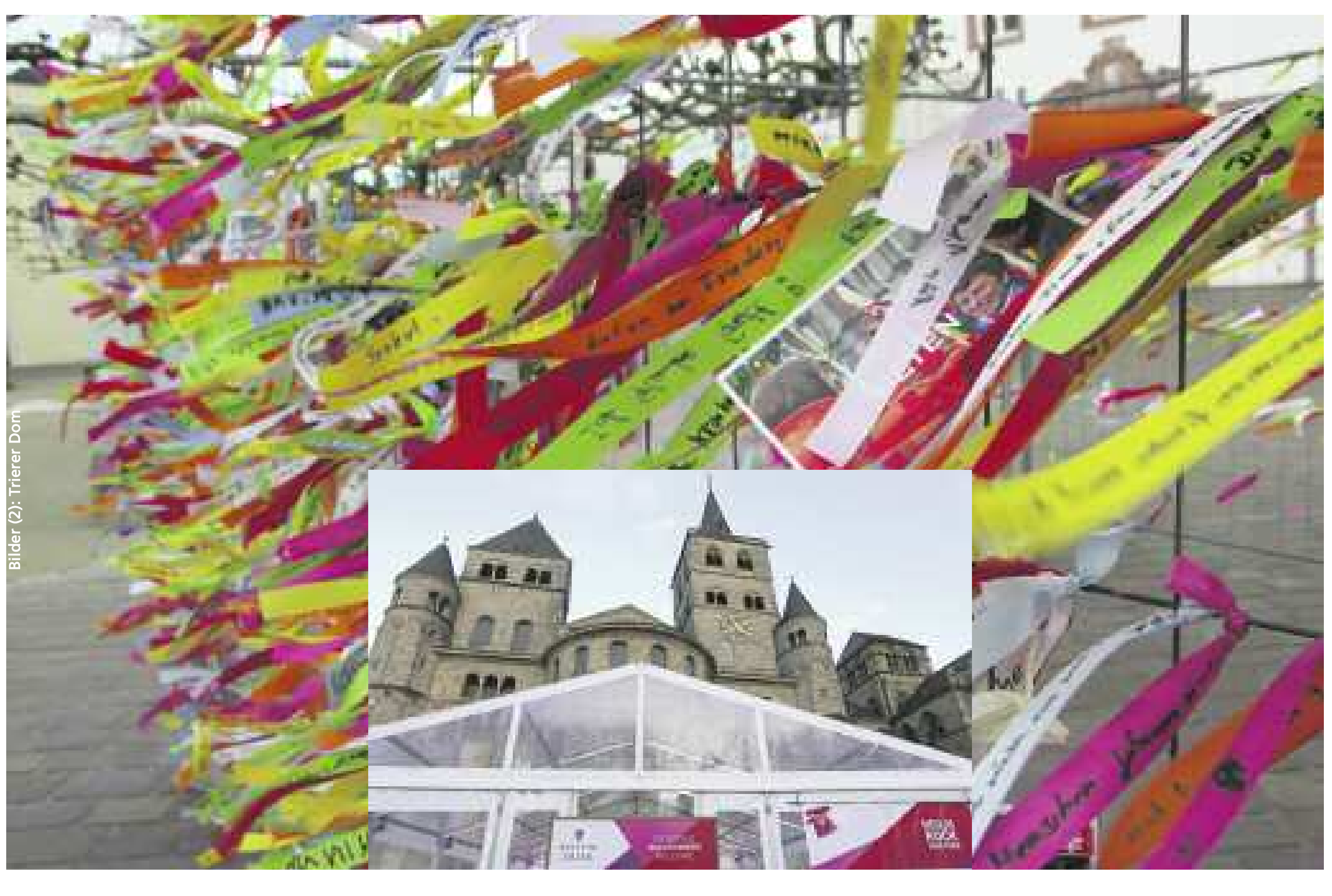
Zuletzt war die rostfarbene Tunika bei der Wallfahrt im Jahr 2012 zu sehen, die anlässlich der 500. Wiederkehr des Jahres der Wiederauffindung des Heiligen Rocks im Jahr 1512 stattfand. 545 000 Pilger und Besucher kamen in die Bischofsstadt, und wieder einmal wurde die Frage nach der Echtheit des Rockes heiß diskutiert. Für Skeptiker stellt sich diese Frage allerdings erst gar nicht, vielen Gläubigen aber auch nicht. Für sie persönlich ist es nur wichtig, in der Nähe der antiken Berührungsreliquie – denn darum handelt es sich höchstwahrlich – der biblischen Worte über das Gewand des gekreuzigten Jesus Christus zu gedenken.

Dazu berichtet das Johannesevangelium (19,23 f.): „Als aber die Soldaten Jesus gekreuzigt hatten, nahmen sie seine Kleider und machten daraus vier Teile, für jeden Soldaten einen Teil, dazu auch das Gewand. Das war aber ungenäht, von oben an gewebt in einem Stück. Da sprachen sie untereinander: Lasset uns das nicht zerteilen, sondern darum losen, wem es gehören soll. So sollte die Schrift erfüllt werden, die sagt (Psalm 22,19): ‚Sie haben meine Kleider unter sich geteilt und haben über mein Gewand das Los geworfen.‘ Das taten die Soldaten.“

Erhalten blieb also das ungeteilte und ungenähte Untergewand, der Leibrock Jesu. Man deutet das Geschehen als Zeichen der ungeteilten Christenheit und der verbindenden Kraft Gottes. Dafür steht heute symbolisch die Verehrung des Heiligen Rockes.

Aufgrund seiner verschiedenen Aufbewahrungsorte und eines folgenschweren Restaurierungsversuchs im Jahr 1891 ist der Zustand der vielschichtigen Tunika schlecht. Alter und Herkunft ließen sich bei einer textilarchäologischen Untersuchung 1973/74 nicht feststellen. Mehrere Stoffschichten umhüllen die eigentliche Reliquie, ein wollenes Gewebe im Rückenteil des Gewands. Ein gemusterter frühmittelalterlicher Seidenstoff ist die älteste datierbare Hülle.

Die Legende besagt, dass die kostbare Reliquie als ein Geschenk der Kaiserin Helena, Mutter des Kaisers Konstantin des Großen, nach Trier gelangt ist. Treveris, das Trier der römischen Kaiserzeit, war neben Rom und Mailand um 300 zur bedeutendsten Stadt im Westteil des Römischen Reichs avanciert. Von ihrer Pilgerfahrt ins Heilige Land im Jahr 326 brachte Helena zahlreiche kostbare Reliquien mit, darunter, wie es heißt, das wahre Kreuz Christi, drei Kreuzesnägel und den Heiligen Rock.



Hunderte Bänder mit Fürbitten hängen die Pilger bei den Heilig-Rock-Tagen in den Wind. Unten: Trierer Dom

Die Reliquien wurden unter verschiedenen Orten und Kirchen aufgeteilt. Den Heiligen Rock übergab die Kaiserin zusammen mit den Gebeinen des Apostels Matthias der Trierer Kirche, der sie zudem ihren Palast schenkte. Hier deckt sich die Legende mit der Geschichte und den Ergebnissen archäologischer Untersuchungen: Nach 324 errichtete Kaiser Konstantin der Trierer Christengemeinde an der Stelle des Palastes seiner Mutter eine Doppelbasilika. Die wenig später angebaute quadratische Halle bildet trotz der zahlreichen Zerstörungen, Neu- und Umbauten der ausgedehnten Kirchenanlage heute noch das Kernstück des Doms. Dom und Liebfrauenkirche sind die Nachfolgebauten der größten Doppelkirchenanlage nördlich der Alpen im 4. Jahrhundert. Beide Kirchen und die erhaltenen römischen Bauwerke wurden 1986 als „UNESCO-Welterbe Römische Baudenkmäler, Dom und Liebfrauenkirche in Trier“ ausgezeichnet.

Ein Beweis für die Echtheit des Heiligen Rocks ergibt sich daraus nicht. Erst die um 1100 entstandene Trierer Bistumschronik „Gesta Treverorum“ erwähnt den Heiligen Rock. Diese und andere Quellen des 12. Jahrhunderts stehen im Zusammenhang mit den Herrschafts- und Machtansprüchen der Trierer Erzbischöfe. Der erste historisch nachgewiesene Ansatz fällt in das Jahr 1196, als der Heilige Rock vom Westchor zum Hauptaltar des Domes überführt wurde. Dass die Historie der Tunika mit den Geschichtskonstruktionen und Fälschungen des Mittelalters verbunden ist, wurde seit der Wallfahrt zum Heiligen Rock im Jahr 1844 immer wieder als Argument gegen die Echtheit der Reliquie angeführt.

Damals kamen 750 000 Pilger in das nun preußische Trier, während am Hambacher Fest, der größten und bedeutendsten Kundgebung der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung vor der Revolution von 1848, vom 27. bis 30. Mai 1832 nur 30 000 Personen teilgenommen hatten. Zwei Gegner dieser Veranstaltung veröffentlichten im selben Jahr ein Buch mit dem Titel „Der heilige Rock zu Trier und die zwanzig andern heiligen ungenähten Röcke“. Allerdings hatte der Trierer Bischof selbst zuvor schriftlich verkündet: „Jeder weiß, dass es sich in dieser ganzen Sache nicht um einen Glaubensartikel handelt, in Betreff dessen ein bestimmtes Urteil und Halten jedes Christen geboten wäre.“ Das Buch rief zahlreiche Befürworter und Gegner auf den Plan. 1891 mobilisierte die Wallfahrt zum Heiligen Rock fast zwei Millionen Pilger.

1545 kritisierte Martin Luther anlässlich der Heilig-Rock-Wallfahrt desselben Jahres in seiner Schrift „Warnung an die lieben Deutschen“ erneut das Papsttum und die Heiligenverehrung, mit welcher die Kirche hohe Einnahmen durch Spenden zuflossen. 2017 äußerten sich die Veranstalter der Trierer Heilig-Rock-Tage anlässlich des Jubiläums „500 Jahre Reformation“ erfreut über eine immer engere Partnerschaft der Konfessionen. *D. Jestrzemski*

Polierte Muschel

Schloss Rheinsberg zeigt seinen »Muschelsaal im neuen Glanz«

Kurt Tucholsky hat mit seiner Erzählung „Rheinsberg“ das gleichnamige Schloss, das am Ufer des Grienericksees in Brandenburg liegt, ins kollektive Gedächtnis gerückt. Vielleicht war die Liebesgeschichte von einem besonderen Raum im Schloss inspiriert: dem Muschelsaal, der zuletzt der Öffentlichkeit nicht zugänglich war. Jetzt aber konnte die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) das Ende der Restaurierungsarbeiten im Muschelsaal verkünden.

Der Muschelsaal entstand 1769 im Auftrag des Prinzen Heinrich von Preußen. Es handelt sich um den einzig erhaltenen Innenraum aus der frühen Schaffensperiode des Architekten Carl Gotthard Langhans d.Ä., dem Schöpfer des Brandenburger Tores in Berlin. Zum Abschluss der Restaurierung des Muschelsaals und des kronprinzlichen Treppenhauses zeigt die SPSG bis zum 31. Oktober die Ausstellung „Muschelsaal im neuen Glanz – Eine Tafel für den Prinzen mit einem keramischen Tableau von Karl Fulle“. Die Arbeiten des in Rheinsberg ansässigen Keramik-Künstlers Fulle finden sich im Muschelsaal zu einer Festtafel der anderen Art zusammen und erinnern so an die ursprüngliche Funktion des Raumes als Ort fürstlicher Bankette.

Mit den naturalistisch gestalteten Muscheln und Korallen werden im Muschelsaal die Grenzen zwischen Natur und Kunst überwunden. Kunst und Natur sind auch im hier präsentierten Œuvre Fulles keine Gegensätze. Vielmehr ist es von den strukturierten Schalen und dem glänzend-glatten Innenleben von Muscheln oder von den Formen verschiedener Früchte inspiriert.



Restaurierter Muschelsaal Bild: SPSG/Leo Seidel

Der ältere Spiegelsaal und der Muschelsaal sind die beiden großen Festsäle des Rheinsberger Schlosses. Beide Schlossräume haben für die Architektur- und Kunstgeschichte Brandenburg-Preußens im 18. Jahrhundert herausragende Bedeutung. Steht der von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff entworfene Spiegelsaal am Anfang des friderizianischen Rokoko, wird der Muschelsaal zu den frühen Zeugnissen des beginnenden Klassizismus unmittelbar im Umfeld des Berlin-Potsdamer Raumes gerechnet.

Schloss Rheinsberg war die Residenz des Kronprinzen Friedrich, dem späteren König Friedrich II. 1734 erwarb „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. den Adelssitz für seinen Sohn und beauftragte den kurmärkischen Baudirektor Johann Gottfried Kemmeter mit der Umgestaltung der Renaissanceanlage. Der Schlossflügel wurde zur Beherbergung der Kronprinzenwohnung aufgestockt und das Corps de Logis erbaut.

Nach der Vermählung Friedrichs mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern im Jahr 1736 siedelte das Kronprinzenpaar nach Rheinsberg über. Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff verwirklichte ab 1737 mit der Errichtung des Nordflügels und des Nordturmes sowie einer verbindenden Kolonnade den Gesamtplan einer Dreiflügelanlage, an der bekanntlich auch Tucholsky Gefallen fand. *H. Tews*

Met und Lirenspiel

Auf der Leuchtenburg lebt zu Ostern das Mittelalter wieder auf

Die Königin des Saaletals, wie die Leuchtenburg genannt wird, verwandelt sich an Ostern in eine mittelalterliche Erlebniswelt. Zu den Feiertagen strömen dann Handwerker, Gaukler, Schauspieler und als Ritter, Barden oder Prinzessinnen kostümierte Teilnehmer auf die Burg und lassen die Welt des Mittelalters aufleben.

Der Karfreitag beginnt besinnlich mit der mittlerweile traditionellen Oster-Prozession von Seitenroda auf die Burg. Der Weg führt durch den Weinberg, vorbei an Wiesen, und endet in der Burg mit ökumenischen Liedern aus Taizé. Start ist um 11 Uhr vor der Kirche in Seitenroda. Dabei kann man sich auch in die neue Porzellankirche zurückziehen und abseits vom Trubel kurz innere Einkehr halten.

Die Burg selbst steht ganz im Zeichen mittelalterlicher Traditionen, Lebensweisen und Handwerkskünste. Im Burghof zeigen Handwerker, wie damals gearbeitet wurde. Besucher haben die Möglichkeit, selbst das Korbflechten, Schmieden, Holzschnitzen, Weben, Töpfern und die Schmukkherstellung im Schnellverfahren zu erlernen. Musikliebhaber können mittelalterliche Geigen, Liren genannt, und Streichbögen selbst schnitzen. Besonders viel Andrang wird bei den Metbrauern erwartet, die den Honigwein gleich selbst verkosten können.

Zu Ostern macht sich die Leuchtenburg zur Aufgabe, Wissen und Kultur des Mittelalters zugleich spannend, lehrreich, lebendig und unterhaltsam zu vermittelt. Die bunten alten Gewänder sind so authentisch und mit Liebe hergestellt, dass man meinen könnte, das Mittelalter habe nie aufgehört zu existieren.

Viel Andrang beim Mittelalter-Spektakel Bild: Leuchtenburg

Auf der Burg duftet es in diesen Tagen nach Kräutern, Gewürzen, exotischen Gerichten, Kuchen und heißem Met. Dabei lädt auch eine Osterbackwerkstatt zum Mitbacken ein, wobei man die heute ungewohnten Speisen nach alten Rezepten herstellen kann. Außerdem locken zahlreiche Stände und die Burgschänke mit vielen Spezialitäten. Denn auch die alten Ritter wussten schon, dass zu einem gelungenen Fest eine reichhaltige Tafel gehört.

Neu in diesem Jahr ist der Osterbrunch. Dabei kann man täglich von 11 bis 14 Uhr ausgiebig das üppige Buffet im stimmungsvollen Ambiente der alten Burgmauern genießen. Der Brunch ist nicht im Eintritt enthalten und muss bei Interesse zusätzlich gebucht werden.

Wer es zwischendrin etwas beschaulicher mag, kann sich von den Porzellanwelten verzaubern lassen. Die Leuchtenburg zeigt eine eindrucksvolle Schau, die schon viele Menschen begeistert hat: zum Beispiel die größte Vase und die kleinsten Teekanne der Welt. Ein 20 Meter langer sogenannter Steg der Wünsche lässt Sehnsüchte in Erfüllung gehen. Es muss etwas mit (Porzellan-)Scherben zu tun haben, denn diese bringen bekanntlich Glück. *H. Tews*

Die Ritter- und Passionsspiele auf der Leuchtenburg in 07768 Seitenroda finden vom 14. bis 17. April statt, geöffnet: 10 bis 19 Uhr, Eintritt: 13 Euro, Telefon (036424) 713300. Infos im Internet unter: www.leuchtenburg.de

Europa und die Krisen

Das neue Kursbuch beschäftigt sich mit dem »Kalten Frieden«

Die Ausgabe 188 der Kulturzeitschrift „Kursbuch“ trägt den Titel „Kalter Frieden“ und vereint unter dem Stichwort „Temperamente“ acht wissenschaftliche und essayistische Beiträge mit unterschiedlicher Programmatik sowie eine Fotostrecke. Schwerpunktthemen sind Europa und die derzeitige europäische Krise. Von den Vorteilen eines kalten Friedens spricht der Herausgeber Armin Nassehi, da ein solcher, wie er postuliert, mehr Potenzial zur Stabilisierung in sich berge als ein sogenannter heißer Frieden. Damit liegt er auf der Linie der Autoren, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven angesichts drohender Gewaltkonflikte niedrigschwellige, „kühle“ Lösungen propagieren, um die zivilisatorische Selbstkontrolle zu bewahren.

Schon länger geistert das Wort von der „Weimarisierung Europas“ durch die Medienlandschaft. „Ein Hauch von europäischem Bürgerkrieg liegt in der Luft“, warnt Ulrike Guérot in ihrem Beitrag „Einmal heißer Krieg – kalter Frieden und zurück. Das Ende der europäischen Friedenserzählung“. Die Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung beschreibt die Problemlage, nennt Globalisierungs- und Modernisierungsverlierer, den Unterschied zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Regionen, vermeidet aber, die ganz nach den Interessen der internationalen Konzerne ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit der Maßgabe „Effizienz um (fast) jeden Preis“ als wesentliche Ursache zu benennen.

Stattdessen bringt sie den dehnbaren Begriff „konkurrierende Gesellschaftsmodelle“ in die Debatte über die Spaltung ein, welche zum heutigen kalten Frieden in Europa geführt habe. Eurokrise und Flüchtlingskrise hätten darüber hinaus nationale Anfeindungen hervorgerufen oder zumindest verstärkt. Obwohl sich derzeit für diese Idee keine Chancen am Horizont zeigen, plädiert die Professorin für Europapolitik für ein „Konzept eines zivilgesellschaftlichen, integralen Föderalismus“ in einem Europa jenseits der Nationalstaaten. Dafür soll eine neue, „bürgerliche Erzählung“ über eine demokratische und soziale Gesellschaft im Sinne europäischen Geistes den Boden bereiten.

Themen von Europa, Türkei bis Psyche

Es fragt sich nur, wie dies mit einem Wirtschaftsmodell gelingen soll, das zur Schwächung der Kaufkraft geführt hat, trotz fortwährendem Drehen an vielen Stellschrauben.

Es sei eine evolutionär herausragende Kulturleistung, die eigene Meinung unter Irrtumsvorbehalt zu stellen, betont der Politologe Karsten Fischer in seinem Artikel „Der Wahnsinn von Jahrtausenden. Der kalte Frieden als Hoffnungsschimmer“. Das Kursbuch wäre nicht das Kursbuch, wenn der „Populismus“ nicht kräftig gescholten würde. Obwohl, wie der Autor einräumt, unter diesem Begriff höchst widersprüchliche Sichtweisen und Vorwürfe konkurrieren, wird das Meinungsspektrum en gros in eine Kette uralter Verschwörungstheorien eingereiht – Irrtumsvorbehalt ausgeschlossen.

„Der entgrenzte Suizid. Narziss-tische Kränkung im kalten Frieden“ überschrieb der Lehranalytiker und Paartherapeut Wolfgang Schmidbauer sein Stück, dessen interessantere Hälfte sich mit den Geheimnissen der menschlichen, insbesondere der männlichen Verletzbarkeit im Kindes- und Jugendalter befasst. Seelische Kränkungen zu verarbeiten sei für Jungen heute wieder schwieriger geworden, die Ursachen seien vielfältig. Tatsache sei, dass die mittlere Gruppe der einigermaßen angepassten Zöglinge vor allem unter Jungen schwinde. Eine reife, von Empathie getragene Kränkungsverarbeitung sei erschwert, finde weniger statt auf allen Ebenen, so Schmidbauer.

Die Stationen des „langen Aufstieg(s) des Recep Tayyip Erdogan“ und den gesellschaftlichen Wandel in der Türkei unter seiner Regierung beschrieb Deniz Yücel, Türkei-Korrespondent der „Welt“, in seinem Aufsatz „Und morgen die ganze Türkei“. Mitte Februar wurde Yücel in Istanbul festgenommen und nach 13 Tagen in Untersuchungshaft überwiesen. Ihm wird Volksverhetzung und terroristische Propaganda vorgeworfen.

Dagmar Jestrzemski

Armin Nassehi/Peter Felixberger (Hg.): „Kursbuch 188: Kalter Frieden“*, Murmann Verlag, Hamburg 2016, Klappenbroschur, 176 Seiten, 19 Euro*

Leitfaden für Aktivisten

Banalitäten statt Information

Ehrgeiz ist wichtig für den Erfolg, aber er muss auf einem soliden Fundament stehen. Der Titel „Ist öko immer gut?“ ist der Werbesprache entlehnt, wo bloße Gefühle geweckt werden sollen, doch was ist an „öko“ gut? Die Silbe ist dem griechischen Wort „Oikos“ entlehnt und bedeutet „Haus“. Ob ein Haus gefällt oder nicht, darüber lässt sich trefflich streiten. Wohl dies war für die Grafikdesignerin Ann-Kristin Mull Motiv, als Umweltschützerin zu fabulieren über die Meinungen zur Nachhaltigkeit von „internationalen Experten“. Doch erfährt der Leser, „was Welt und Klima wirklich hilft“?

Er erfährt nichts Neues und Nützliches. Die Sprache ist leicht verständlich. Das Büchlein macht den Eindruck einer Art „Bibel“ für Umweltaktivisten, die für ihre Einsätze leicht verständliche Formulierungshilfe benötigen. Es soll nicht so sehr Wissen vermitteln, sondern den Schein von Wissen. Mit realen wie erfundenen Gefahren soll in der Bevölkerung ein Sündergewissen samt Schuldgefühlen erzeugt und damit die Zahl der Öko-Aktivisten erhöht werden. Die Greenpeace-Kampagnenchefin Maria José Caballero glänzt mit der Aussage: „Die größte Bedrohung für die Erde ist momentan der Klimawandel.“ Dabei hat die Erde alle bisherigen „Klimakatastrophen“ gemeistert, mit jeweils großem Erfolg für die Evolution.

Axel Friedrich vom Umweltbundesamt stellt fest, dass „ihr ökologischer Fußabdruck – noch bevor Sie irgendetwas machen, bevor Sie sich bewegen, bevor Sie essen, etc. – heute schon zwei Tonnen wiegt.“ Daran schließt er die Forderung an: „Wenn wir unseren Planeten lebenswert erhalten wollen, muss unser eigener Ausstoß bis 2050 effektiv auf Null kommen.“ Unglaublich! Rainer Grießhammer vom Öko-Institut in Freiburg meint: „Die wirklich großen Schritte sind aber folgende: kein großes Haus bzw. große Wohnung, möglichst kein eigenes Auto, selten fliegen, geringer Stromverbrauch, fleischarme oder vegetarische Ernährung, möglichst fair hergestellte Produkte kaufen, und schon gar nicht 1000 Klamotten und andere unnötige Produkte.“ Hier reicht es dem Rezensenten!

Alle 16 „Experten“ tun sich hervor mit Banalitäten, Plattitüden, Selbstverständlichkeiten, aber nicht mit kritischem Denken. Das ist ärgerlich.

W. T.

Ann-Kristin Mull (Hg-): „Ist öko immer gut? – Was Welt und Klima wirklich hilft“*, Tectum Verlag, Marburg 2017, broschiert, 180 Seiten, 18,95 Euro*

Wieder anziehend

Land um Görlitz und Liegnitz

Frisch aus der Druckerei kam soeben die neue Landkarte des Bloch Verlags, mit der wieder ein Bereich der ehemaligen deutschen Ostgebiete abgedeckt wird.

Die aktuelle Landkarte „Schlesisches Elysium“ stellt den Bereich zwischen Görlitz und Liegnitz, Bunzlau und der Schneekoppe detailliert dar, ein Gebiet, das im ausgehenden 18. Jahrhundert Maler, Dichter und Kulturreisende anzog. Im 19. Jahrhundert entstanden Schlösser und Herrenhäuser, Parks, Spazierwege und diverse Ausflugsziele an landschaftlich besonders reizvollen Orten, sodass diese Landschaft zu Füßen der pyramidenförmigem Schneekoppe zu Recht den Namen „Schlesisches Elysium“ erhielt. Heute ist das Gebiet wieder ein touristischer Anziehungspunkt.

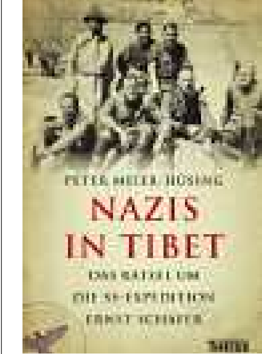
Die Karte zeigt detailliert touristische Ziele, dazu die wichtigsten Radrouten, intakte und stillgelegte Eisenbahnstrecken und zur besseren Orientierung geschichtlich interessierter Nutzer neben den aktuellen auch die Kreisgrenzen von 1937. Alle 962 Ortsnamen sind in Polnisch (beziehungsweise Tschechisch) und Deutsch wiedergegeben. Selbst kleinste Orte und Wohnplätze sind verzeichnet und sogar die (innerhalb des Kartenausschnittes insgesamt 50) verschwundenen Orte sind verzeichnet.

PAZ/EB

Blochplan: „Schlesisches Elysium vom Hirschberger Tal bis Görlitz“*, Blochplan, Berlin 2017, Elisabethkirchstraße 14, 10115 Berlin, Telefon (030) 4495339, 8,95 Euro*

Rassenforschung in Tibet

Autor Peter Meier-Hüsing verkauft längst Bekanntes als Sensation



Es gibt Bücher, bei denen schon der Titel Unrichtigkeiten enthält. Ein solches Werk ist „Nazis in Tibet. Das Rätsel um die SS-Expedition Ernst Schäfer“ aus der Feder des Religionswissenschaftlers Peter Meier-Hüsing, der als Journalist für Radio Bremen arbeitet. Denn an dem bewussten Unternehmen, das zwischen April 1938 und August 1939 stattfand, ist überhaupt nichts mehr rätselhaft, da alle wesentlichen Details längst geklärt wurden. Über die Kundfahrt sowie deren politische, ideologische und wissenschaftliche Hintergründe berichteten nämlich bereits zwei umfangreiche Dissertationen aus den Jahren 2006 und 2009 sowie ein weiteres Buch von 2010, in dem zahlreiche Originalquellen und Fotos abgedruckt sind – genauso wie übrigens auch die Schilderungen Schäfers im Expeditionsbericht „Geheimnis Tibet“ von 1943. Dazu kommen noch die einschlägigen Veröffentlichungen des britischen Journalisten Hale beziehungsweise des russischen Historikers Wassiltschenko, die 2003 und 2009 erschienen sind.

Man weiß also schon seit Jahren ganz genau, was die fünf jungen Deutschen um den ehrgeizigen Zoologen und SS-Hauptsturmführer Dr. Ernst Schäfer kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs auf dem „Dach der Welt“ getrieben haben: Sie studierten zum einen die eigentümliche Tier- und Pflanzenwelt sowie die geophysikalischen Gegebenheiten Tibets und betrieben zum anderen auch Rassenforschung oder suchten nach materiellen Zeugnissen der angeblich früher existierenden „urarischen“ Kultur. Und das alles im Auftrage des Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, der insbesondere an dem Arier-Thema interessiert war, sich ansonsten jedoch auch als Förderer der Naturwissenschaften profilieren wollte.

Aber das ist – wie schon gesagt – inzwischen sämtlich bis ins letzte Detail bekannt. Das gilt analog für die Fortsetzung der Arbeit von Schäfers Gruppe im Rahmen der später gegründeten Lehr- und Forschungsstätte für Innerasien und Expeditionen innerhalb der SS-eigenen Wissenschaftsorganisation „Das Ahnenerbe“ sowie des Reichsinstituts Sven Hedin für Innerasienforschung, das dann am 16. Januar 1943 aus der Taufe gehoben wurde und sich tatsächlich noch bis Anfang Mai 1945 mit Tibet befasste.

Es gibt somit weder ein „Rätsel“ um die Schäfer-Expedition noch um das, was im Anschluss passierte. Der Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Meier-Hüsing, hat hier einfach alten Wein in neue Schläuche gegossen und der verantwortlichen Lektorin Nicole Janke, die 2012 und 2015 noch Werke wie „Wir können alles“ und „Stick dich glücklich: Sticken neu entdekken“ betreute, ist dies entgangen.

Wolfgang Kaufmann

Peter Meier-Hüsing: „Nazis in Tibet. Das Rätsel um die SS-Expedition Ernst Schäfer“*, Theiss-Verlag, Darmstadt 2017, 288 Seiten, gebunden, 24,95 Euro*

Bevölkerung statt Volk

Friedrich-Ebert-Stiftung-Studie konstruiert alternative demokratische Mitte



„Gespaltene Mitte“ ist in die sechste „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung. Diese Studien werden seit 2006 alle zwei Jahre wiederholt. Sie beruhen auf telefonischen Repräsentativbefragungen. Die letzte war vom 6. Juni bis 5. August 2016. Die Ergebnisse sollen der politischen Bildungsarbeit dienen nach dem Motto „Mehr Demokratie leben“. Doch es soll nicht mehr heißen „Wir sind das Volk!“, sondern „Wir alle sind die Bevölkerung“. Dazu wurde anstelle der „Gleichheit“ vor dem Gesetz ein neuer Begriff erfunden, die „Gleichwertigkeit“ aller Menschen im globalen Sinne.

Das Buch ist in neun Kapitel gegliedert, wobei sich das erste mit den methodischen Grundlagen befasst. Doch bei der ideologischen Vorgabe bestätigt man immer wieder die eigenen Vorurteile nach der Erkenntnis von Baron James Callaghan: „Mit Statistiken kann man alles beweisen – auch das Gegenteil davon.“

Wenn sich auch 90 Prozent der Befragten zur „Mitte der Gesellschaft“ zählten, die ein tragfähiges Fundament für eine wehrhafte Demokratie sein sollten, sucht man systematisch nach Gefahren von „rechts“, als ob es „links“ der Mitte keine gäbe. Man propagiert „Vielfältigkeit und Gleichwertigkeit“ und ignoriert bewusst alle Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung, der Habitatsforschung und Biodiversitätsforschung.

Mit dem primitiven Schlagwort „Gleichwertigkeit“ kann man die unterschiedlichen Lebensqualitäten nivellieren und eine ideologisch heile Welt hervorzaubern. Für solch ein Vorhaben ist die Diktatur und nicht die Demokratie die effektivere Variante.

Wohl daher sucht man krampfhaft nach „menschenfeindlichen, rechtspopulistischen wie rechtsextremen“ Einstellungen nach dem Bekenntnis „Eine valide Messung misst tatsächlich das, was sie vorgibt zu messen“. In dem Buch wird dies bis zur Erschöpfung durchexerziert. Man konstruiert eine alternative „demokratische Mitte“ oder „bad civil Society“. Diese Gefahr wurde 2001 von Simone Chambers benannt, aber es wird verschwiegen für welches Land.

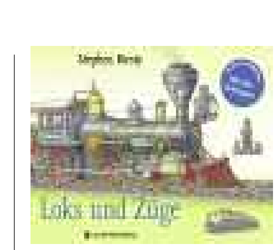
Das Buch ist in einem schlimmen Soziologendeutsch geschrieben und eindeutig gegen die Alternative für Deutschland (AfD) gerichtet, die aber erst 2013 gegründet wurde. PEGIDA-Demonstrationen gibt es erst seit 2014. Gut zehn Jahre hatten alle politischen Parteien Zeit, sich geistig mit den Gefahren auseinanderzusetzen und mit den Bürgern den Dialog wie die Diskussion zu suchen, doch sie waren intellektuell nicht in der Lage dazu. Die jetzigen Beschimpfungen wecken nur weiter das Misstrauen wie den Unmut. Das Buch erreicht die Bürger nicht, weil sie die Politsprache nicht verstehen.

Wolfgang Thüne

Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: „Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016“*, Dietz-Verlag, Bonn 2016, broschiert, 238 Seiten, 12,90 Euro*

Alles einsteigen!

Anschauliches über Züge



Wer einmal anschaulich die Geschichte der Eisenbahnen studieren möchte, kann dieses mit dem Sachbilderbuch „Loks und Züge“ aus dem Gerstenberg-Verlag. Auf jeweils einer Doppelseite erscheinen die von Stephen Biesty meisterhaft dargestellten Züge der unterschiedlichen Epochen. Das Besondere daran: Man kann in das Innenleben der Fahrzeuge schauen. Überall befinden sich Klappen zum Öffnen. So darf man in die Waggons „steigen“ und die Technik der jeweiligen Loks betrachten. Ein wenig Geschichtsunterricht gibt es jeweils gleich zu Beginn. Und der macht auch noch Spaß. Denn alles, was hier beschrieben wird, kann man sich genauestens anschauen. Keine Frage bleibt unbeantwortet. Unter jeder Klappe steht nämlich auch nochmal eine Beschreibung der Dinge.

Die guten Texte zu den Bildern hat der Ire Ian Graham geliefert. Nach einem Streifzug der historischen Entwicklung der Loks geht es weiter mit Zügen der Zukunft, die mit Geschwindigkeiten über 600 Kilometern pro Stunde über Magnetschwebebahnen dahinsausen. Das ist fast wie Fliegen. In diesem einzigartigen Buch werden auch Schwerlasten und Hochgeschwindigkeitszüge nicht vergessen.

Das Buch ist nicht nur für Kinder ein gelungener Ausflug in die Technikgeschichte eines unserer beliebtesten Fortbewegungsmittels.

Silvia Friedrich

Stephen Biesty, Ian Graham: „Loks und Züge“*, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2017, Pappband, 16 Seiten, 14,95 Euro*

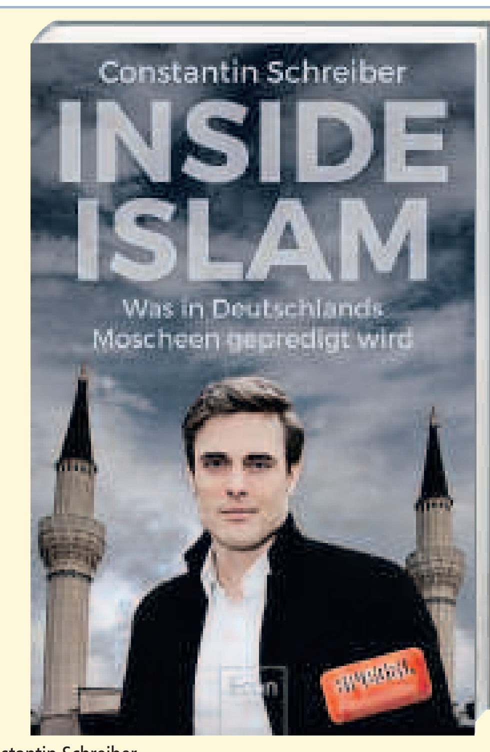


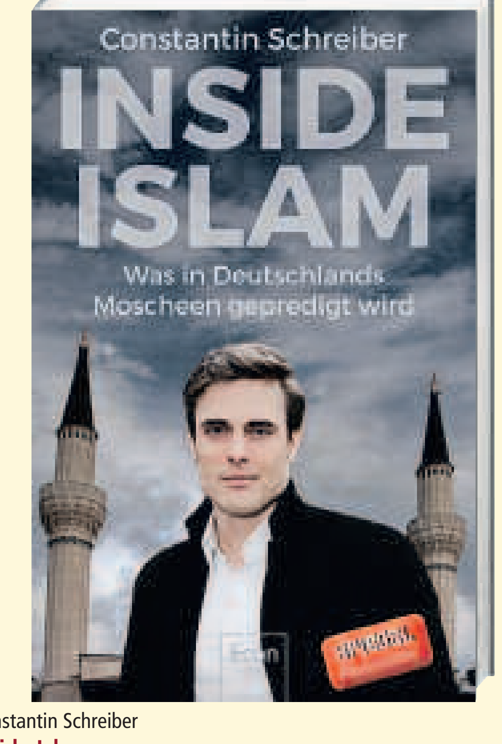
Siegfried Lenz
Ein Kriegsende
80 Seiten/Gebunden
Nr. P A0857 14,00 €

Anfang Mai 1945. Der erwartete Funkspruch trifft ein: Die Deutschen haben kapituliert. Der Krieg ist zu Ende. An Bord eines deutschen Minensuchers in der Ostsee wird der Kommandant von der Besatzung seines Kommandos enthoben und unter Arrest gestellt. Ist das Meuterei? Ein exemplarischer Fall beleuchtet das schwierige Verhältnis zwischen Gehorsam und Verantwortung, zwischen Kriegsrecht und humaner Moral. Wie die furchtbaren Richter von damals geurteilt haben, steht in den Geschichtsbüchern. Siegfried Lenz gibt sich damit nicht zufrieden. Siegfried Lenz, der am 17. März 1926 in Lyck, einer kleinen Stadt im masurischen Ostpreußen geboren wurde, zählt zu den bedeutendsten Autoren der deutschsprachigen Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur.

Siegfried Lenz
Der Überläufer
Roman
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A0992 25,00 €

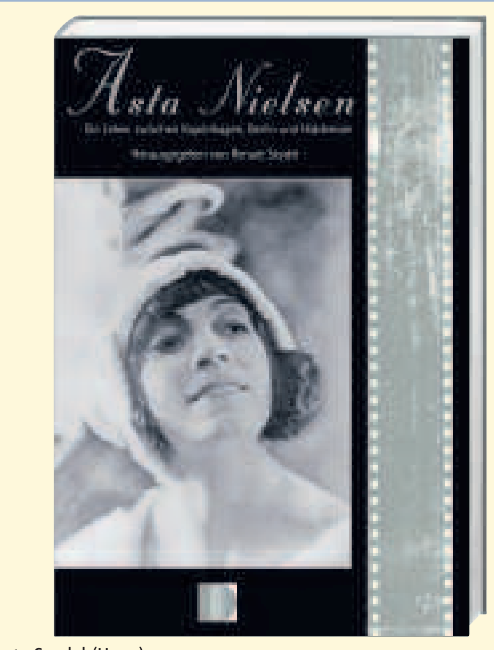
Es ist der letzte Kriegssommer, die Nachrichten von der Ostfront sind schlecht. Der junge Soldat Walter Proska aus dem masurischen Lyck wird einer kleinen Einheit zugeteilt, die eine Zuglinie sichern soll und sich in einer Waldfestung verschanzt hat. Bei sengender Hitze und zermürbt durch stetige Angriffe von Mückenschwärmen und Partisanen, aufgegeben von den eigenen Truppen, werden die Befehle des kommandierenden Unteroffiziers zunehmend menschenverachtend und sinnlos. Die Soldaten versuchen sich abzukapseln: Einer führt einen aussichtslosen Kampf gegen einen riesigen Hecht, andere verlieren sich in Todessehnsucht und Wahnsinn. Und Proska stellen sich immer mehr dringliche Fragen. Ein bisher unveröffentlichter Roman des großen Deutschen Erzählers.



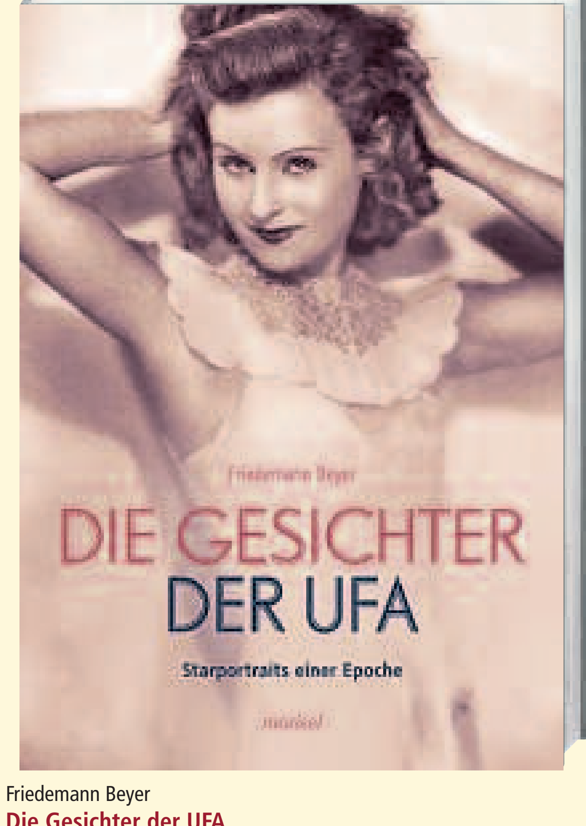


Constantin Schreiber
Inside Islam
Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird
Millionen Muslime leben unter uns, doch wir wissen fast nichts über sie. Wie viele Muslime gibt es eigentlich in Deutschland und wie und wo gehen sie ihrem Glauben nach? Constantin Schreiber hat sich dafür auf die Suche gemacht und liefert den ersten deutschen Moschee-Report: Wo gibt es überall Moscheen und was predigen Imame beim Freitagsgebet? Wie wird über Deutschland gesprochen, wenn keine Kamera dabei ist und man sich unbeobachtet fühlt? Schreiber recherchiert in einer für viele unverständlichen Realität, die unsere Gesellschaft prägt wie nie zuvor. Constantin Schreiber, 1979 geboren, moderiert die Tagesschau und das ARD-Nachtmagazin. Er spricht fließend Arabisch. Einen Namen gemacht hat er sich als Moderator von arabischen TV-Sendungen. 256 Seiten
Nr. P A1157 Kartoniert 18,00 €

Matthias Claudius
Neue Blüten öffnen sich dem Tag – Heitere besinnliche Gedanken
Wohl kein Gedicht berührt und bewegt bis heute so sehr, wie das „Abendlied" von Matthias Claudius. Die Texte des vor 200 Jahren verstorbenen Lyrikers zeugen von seinem tiefen Glauben und seiner Sensibilität für die Schönheit der Schöpfung. Das liebevoll gestaltete Geschenkbuch sammelt beliebte Texte des Schriftstellers und untermalt sie mit ausdrucksstarken Farbabbildungen seiner wichtigsten Lebensstationen. Dem Buch liegt eine CD mit den schönsten Liedern von Matthias Claudius bei. Buch 32 Seiten. (CD: Laufzeit 32:38 Minuten)
Nr. P A1123 Gebundes Buch und CD 9,95 €



Renate Seydel (Hrsg.)
Asta Nielsen
Ein Leben zwischen Kopenhagen, Berlin und Hiddensee
Asta Nielsen war mehr als eine große Künstlerin. Sie war die erste Diva des Films. Sie war die erste Schauspielerin, die verehrt wurde wie später Marlene Dietrich und Marilyn Monroe. Dichter besangen sie, Maler porträtierten sie, Bildhauer formten ihre Züge. Und ein begeistertes Publikum betete sie an. Wer Geburtsstunde und Triumphzug des Films beschreibt, wird ihren Namen an erster Stelle nennen müssen. Sie besaß die Fähigkeit über eine unbedeutende Handbewegung oder ein Zucken der Lippen eine ganze Gefühlsskala zu offenbaren. Von Asta Nielsens Spiel geht eine ganz eigene Faszination aus, die nicht nur von Genie zeugt, sondern von einer ehrlichen Freude am Sich-Hingeben an die Kunst. Die Echtheit ihrer Darstellung ergreift und öffnet uns die Augen für das Feuer in ihrem Innern. Hiddensee war ein Teil ihres Lebensraumes. Dort schuf sie für sich und ihre Künstlerfreunde mit ihrem Sommerhaus „Karusel" einen Rückzugsort. In ihren Erinnerungen schreibt sie: „Nirgends war man so jung, so froh und so frei wie auf dieser schönen Insel." 216 Seiten
Nr. P A1133 Kartoniert 19,95 €



Friedemann Beyer
Die Gesichter der UFA
Starporträts einer Epoche
Hundert Porträts bedeutender Filmschauspieler der Ufa-Zeit dokumentieren die Vielfalt darstellerischer Persönlichkeiten der 1920er bis 1940er Jahre. Sie erinnern aber auch an eine Ära, als es in Deutschland ein funktionierendes Starsystem gab, das mit Hollywood konkurrieren konnte. Friedemann Beyer zeichnet in komprimierter Form die biografischen und künstlerischen Stationen der Künstler und ihrer Filme nach und ergänzt die Texte mit seltenen zeitgenössischen Porträtaufnahmen.
100 S/W-Abbildungen. 260 Seiten
Nr. P A1155 Kartoniert 18,00 €



Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €



Udo Ulfkotte
Die Asyl-Industrie
Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren
Reich werden mit Armut. Das ist das Motto einer Branche, die sich nach außen sozial gibt und im Hintergrund oft skrupellos abkassiert. Die deutsche Flüchtlingsindustrie macht jetzt Geschäfte, von denen viele Konzerne nur träumen können. Pro Monat kostet ein Asylbewerber den Steuerzahler etwa 3.500 Euro. Bei einer Million neuer Asylbewerber allein 2015 sind das monatlich 3,5 Milliarden Euro – also pro Jahr 42 Milliarden Euro. Das ist die Summe, die in einem Jahr an alle Arbeitslosen ausgezahlt wird. Es sind nicht nur Betreuer, Dolmetscher und Sozialpädagogen oder Schlepper und Miet-Haie, die davon profitieren. Die ganz großen Geschäfte machen die Sozialverbände, Pharmakonzerne, Politiker und sogar einige Journalisten. Für sie ist die Flüchtlingsindustrie ein profitables Milliardengeschäft mit Zukunft. 272 Seiten
Nr. P A1109 Gebunden mit Schutzumschlag 19,95 €



Lena Einhorn
Liebesverrückt
Ein Roman über die Frau, die Greta Garbo wurde
400 Seiten/Gebunden
Nr. P A1036 9,99 €

33 Briefe waren Mimis wertvollster Schatz. Briefe, die ihr Greta geschrieben hatte. Sie trug sie ein Leben lang in ihrer Handtasche bei sich. Der Briefwechsel zwischen Mimi Pollak und Greta Garbo begann zu einer Zeit, als die Garbo noch Greta Lovisa Gustafsson hieß und auf die Schauspielschule in Stockholm ging. Dort lernt sie Mimi kennen und lieben. Es waren prägende Jahre im Leben der jungen Frau – und eine Zeit, die sie später als die glücklichste in ihrem Leben bezeichnete. Lena Einhorn gelingt mit dieser mitreißenden Romanbiografie ein Blick hinter die Fassade des geheimnisvoll Unnahbaren, mit dem sich die verletzliche und empfindsame Frau in der Öffentlichkeit umgab.





Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €





Ehregott A. Wasianski und Martin Burckhardt
Zuhaus bei Kant
143 Seiten/Gebunden
Nr. P A1062 4,95 €

Eine echte philosophische „homestory": Der Pastor Ehregott Andreas Christian Wasianski, eng verbunden mit dem Philosophen Kant und häufig in seinem Haushalt zugegen liefert unverfälschte Nachrichten über den Menschen und Charakter des Philosophen. Das Werk erschien zuerst im Jahr 1804. Ein kluger, dem Tatsachenbericht von Ehregott A. Chr. Wasianski angefügte moderne Essay von Martin Burckhardt ergänzt die Darstellung. Immanuel Kant, geboren am 22. April 1724 in Königsberg, und verstorben am 12. Februar 1804 war ein deutscher Philosoph der Aufklärung. Kant zählt zu den bedeutendsten Vertretern der abendländischen Philosophie. Sein Werk „Kritik der reinen Vernunft" kennzeichnet einen Wendepunkt in der Philosophiegeschichte und den Beginn der modernen Philosophie.



Tischfahne mit Wappen Ostpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0745 19,95 €



Tischfahne mit Elchschaufel
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0746 19,95 €



Tischfahne mit Wappen Westpreußen
Masthöhe: 43 cm Holz
Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe
Nr. P A0747 19,95 €

Loki Schmidt
Die Blumen des Jahres
Loki Schmidt liebte Blumen über alles. So wählte sie Jahr für Jahr eine Blume des Jahres, stellte sie ausführlich und kenntnisreich vor und lenkte damit den Blick der Öffentlichkeit auch auf seltene und gefährdete Pflanzen. Dieses liebevoll ausgestattete Buch, mit Zeichnungen von Loki Schmidt und vielen Farbfotos, präsentiert alle Blumen des Jahres seit 1980 und ist eine Fundgrube für jeden Naturfreund. 232 Seiten
Nr. P A0956 Gebunden 20,00 €

Ulrike Renk
Das Lieder der Störche
Roman
Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen sich in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass den deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt … Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €



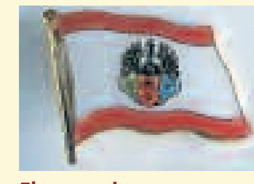
Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €



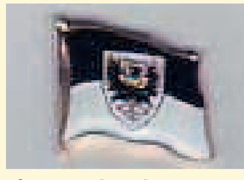
Flaggenpin mit Wappen Pommern (ca. 20 mm)
Nr. P 9953 2,50 €



Flaggenpin mit Elchschaufel (ca. 20 mm)
Nr. P 9950 2,50 €



Flaggenpin Königsberg (ca. 20 mm)
Nr. P 9949 2,50 €





Flaggenpin mit Wappen von Ostpreußen (ca. 20 mm)
Nr. P 9951 2,50 €



RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Viele falsche Minderjährige

Wien/Hamburg – Knapp jeder vierte angeblich jugendliche Asylsucher in Österreich ist in Wahrheit älter als 17 Jahre. Dies ergab laut Wiener „Kurier“ eine Untersuchung des österreichischen Innenministeriums im vergangenen Jahr. In Hamburg ist rund jeder vierte „minderjährige“ Asylsucher abgetaucht, berichtet das „Abendblatt“. Wie der Senat mitteile, wollten sich die Personen möglicherweise vor der gesetzlich vorgeschriebenen Altersprüfung drücken. *H.H.*

Red-Bull-Chef teilt aus

Graz – Der Gründer und Chef der Marke „Red Bull“, Dietrich Mateschitz, hat der Asylpolitik Angela Merkels im Interview mit der Grazer „Kleinen Zeitung“ ein „unverzeihliches Ausmaß der politischen Fehleinschätzungen“ attestiert. Mateschitz, der als reichster Österreicher gilt, geißelt zudem die „Politische Korrektheit“ und die „Scheinheiligkeit“ der „Willkommen“-Rufer. *H.H.*

ZUR PERSON

Fliegengewicht gewinnt Statur

Die CDU scheint in Schleswig-Holstein einen aussichtslosen Wahlkampf zu führen. Zu groß ist die Überlegenheit der SPD des regierenden Ministerpräsidenten Torsten Albig und seine Koalitionäre von den Grünen sowie dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW), der als dänische Minderheitenpartei von der Fünf-Prozent-Hürde befreit ist.

Umso bemerkenswerter ist, dass ein unbeschriebenes Blatt von der CDU der SPD bei den Umfragen erheblich auf die Pelle rückt. Der 43-jährige Kieler **Daniel Günther** könnte Albig die Stimmung bei den Wahlen zum Landtag am 7. Mai gründlich verderben.

Günther wurde erst am 27. Oktober vergangenen Jahres zum Spitzenkandidaten gekürt, nachdem Ingbert Liebling wegen Erfolglosigkeit zurückgetreten war. Seitdem gibt der Katholik, der einen Magister in Politik, Volkswirtschaft und Psychologie hat, kräftig Gas mit seinem Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft und seinen Forderungen für eine Begrenzung des Flüchtlingszugs oder eine Rückkehr des Abiturs nach 13 Jahren in seinem Bundesland.


Bild: Laurence Chaperon

Dass nicht alle politischen Wünsche in Erfüllung gehen können, erfuhr der Familienvater vor einem Jahr, als er im Landtag eine Bauchlandung mit seiner „Schweinefleischkampagne“ erlitt: Damals forderte er ein Recht auf Schweinefleisch in Kantinen. „Der Minderheitenschutz – auch aus religiösen Gründen – darf nicht dazu führen, dass eine Mehrheit aus falsch verstandener Rücksichtnahme in ihrer freien Entscheidung überstimmt wird“, begründete er den CDU-Antrag, für den er sich von links viel Häme abholte.

Günther, der als politisches Fliegengewicht noch den Glamour eines Seminaristen versprüht, muss bis zum 7. Mai noch viel Überzeugungsarbeit leisten, um von den Wählern erst und wahrgenommen zu werden. *H. Tews*



Abgekürztes Verfahren

Courage

Warum uns muslimischer Antisemitismus überfordert, ab wann wir ungemütlich werden, und woher mehr Geld für alle kommen soll / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Was wir Deutsche anfangen, das bringen wir auch zu Ende, und zwar gründlich. Andere Völker lassen sich viel zu leicht aus dem Konzept bringen durch lästige Störungen. Derlei ignorieren wir tapfer und ziehen unsere Sache unbeirrt durch.

Dabei können wir uns auf unsere festen Überzeugungen stützen, die uns eine unerschütterliche Erkenntnis davon verleihen, was gut ist und wo das Böse wohnt. In Berlin hat das Böse zugeschlagen, als türkisch- und arabischstämmige Jugendliche einen jüdischen Mitschüler derart heftig antisemitisch malträtiert haben, dass dessen Eltern den 14-Jährigen von der Schule nehmen mussten.

„Wird Antisemitismus in Deutschland tatsächlich gerade wieder salonfähig?“, fragt „Focus-Online“ und verweist mit dem Wort „wieder“ schon mal in die richtige Ecke, in die deutsche Rechtsaußen-Ecke nämlich. Denn was „wieder“ salonfähig wird, muss es an derselben Stelle ja schon einmal gewesen sein. Der israelisch-deutsche Professor Guy Katz liefert die passende Einordnung des abscheulichen Geschehens: Der Faktor Zeit spiele eine wichtige Rolle. Soll heißen: Das Schuldbewusstsein der Deutschen ist mehr als 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg am Verblassen, daher kriecht unser Antisemitismus wieder hervor, wie man an dem Berliner Vorfall ja sehen kann.

Haben Sie auch gerade das Gefühl, sich verlesen zu haben? Zählen wir noch mal zusammen: Junge Türken und Araber quälen einen Juden mit antisemitischen Ausfällen. Deutsche Journalisten, unterstützt von einem „Experten“, kramen daraufhin eine bedenkliche Bewusstseinsveränderung der Deutschen als Ursache hervor.

Das nennt man Kurshalten: Wenn es um Schuldzuweisungen – noch dazu im Zusammenhang mit Antisemitismus – geht, lassen wir uns von keiner Wirklichkeit in die Suppe spucken. Schließlich handelt es sich bei den jungen Türken und Arabern um Immigranten, also um Angehörige einer Gruppe, die unter die Kategorie „Opfer“ fällt. Täterschaft jedoch bleibt uns Deutschen vorbehalten, also ist die Ursache für türkisch-arabischen Antisemitismus in der ewig schwefligen Seele der Deutschen zu suchen.

Schlechter Witz am Rande: Die besagte Lehranstalt ist seit 2016 Teil des Projekts „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem sich bundesweit mehr als 2000 Schulen angeschlossen haben und das bereits vielfältig ausgezeichnet wurde, beispielsweise mit der Buber-Rosenzweig-Medaille der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.

Ins Licht getragen hat die missliche Angelegenheit übrigens keine deutsche Zeitung, sondern der Londoner „Jewish Chronicle“. Dort erfahren wir von Aaron Eckstaedt, dem Leiter des jüdischen Moses-Mendelssohn-Gymnasiums in Berlin, dass jedes Jahr sechs bis zehn Anträge jüdischer Eltern beim ihm eingehen, die ihre Kinder wegen antijüdischer Anfeindungen von deren Schule nehmen wollen.

> Es wäre natürlich viel befruchtender, wenn die Judenhasser Max oder Michael hießen

Ziemlich viele bei den wenigen jungen Juden, die in Berlin leben. Warum ist das kein Aufreger für deutsche Medien? Da können wir nur mutmaßen. Möglicherweise fänden sie die Sache befruchtender, wenn die üblen Judenhasser Max oder Michael hießen statt Mehmed oder Mustafa. So aber ist die Frontlage einfach zu unklar, als dass man sich darin verheddern will.

Am Ende muss sich der brave Journalist noch mit dem Vorwurf herumschlagen, „Vorurteile gegen Migranten“ zu verbreiten, womit er „Wasser auf die Mühlen der Rechtspopulisten leitet“ und sich als „Stichwortgeber für Pegida und Co.“ hergibt. Nein, nein, viel zu gefährlich. Dann beschweigen wir ihn lieber, den grassierenden muslimischen Antisemitismus in Deutschland.

Wir haben aus der Geschichte gelernt, das bestätigen wir uns gern gegenseitig und beglückwünschen uns zu unserer „Courage“, die unseren Vorvätern im Angesicht des aufkommenden NS-Terrors gefehlt habe. Gelernt – nur was? Etwa, dass der Kampf gegen Antisemitismus einzustellen ist, sobald Gegenwind aufkommt?

Feige, was? Müssen wir uns dafür schämen? Auch nicht mehr als die Spitzen der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Die Zusage von AfD-Sprecherin Petry, sich für den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland einzusetzen, wurde von dort mit Gift und Galle zurückgewiesen. Begründung: Es gebe Mitglieder der Partei, die Antisemiten seien.

Gleichzeitig pflegen die gewählten Notablen des Zentralrats der Juden gern den freundlichen Dialog mit islamischen Würdenträgern, derweil in Moscheen kreuz und quer durchs Land feuriger Judenhass verbreitet wird. Schon merkwürdig.

Allerdings auch tröstlich für den linkischen Feigling in uns: Denn so gibt man uns etwas in die Hand, womit wir uns nach der nächsten antijüdischen Welle in der deutschen Geschichte herausreden können. Wir werden listig anbringen, dass die Spitzenvertreter der jüdischen Gemeinden genauso sitzen geblieben sind wie wir, als die Bedrohung anrollte.

Ein bisschen schmierig, stimmt. Aber wen stört's? Ungemütlich werden wir erst, wenn es an unser Geld geht. Und man hat uns ja fest versprochen, dass „niemandem etwas weggenommen wird“ für den Unterhalt der zwei Millionen vorwiegend islamischen Zuzügler.

Manche geben sogar freiwillig ab, so wie die engagierten Bürger aus Mittelhessen, die Bürgschaften übernommen haben, damit Syrer ihre Verwandten nachholen können. Mittlerweile sind sie allerdings verschnupft, weil sie gedacht hatten, den Unterhalt müssten sie nur solange leisten, bis das Asylverfahren erfolgreich abgeschlossen ist.

Nun hieß es plötzlich, dass sie auch darüber hinaus zur Kasse gebeten würden, damit nicht der Steuerzahler belastet werde. Einer der Hilfsbereiten ist jetzt richtig sauer. Er hatte 2014 eine Verpflichtungserklärung für einen Syrer abgegeben und gehofft, dass ihm der Staat die Kosten für den Mann nun abnimmt, da das Asylverfahren durch ist. Aber Pustekuchen: Er soll weiter zahlen, rund 800 Euro im Monat.

Die Helfer finden, dass der Steuerzahler moralisch verpflichtet ist, die weiteren Rechnungen für ihre Großherzigkeit zu übernehmen. Das Für und Wider wird groß diskutiert, wobei eine Frage merkwürdigerweise ausgeklammert bleibt: Wieso lebt jemand, der seit drei Jahren in Deutschland weilt und dessen Asylverfahren erfolgreich abgeschlossen wurde, immer noch von fremder Leute Stütze?

Diese Frage ist ja schon an sich Hetze! Dennoch pirscht sie sich immer mehr in den Vordergrund. Die „Wirtschaftswoche“ lärmt: „Die Sozialkosten explodieren – und niemand handelt.“ Wo im Speziellen diese Explosion zu verzeichnen ist, deckt das Magazin auf. Laut dem Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen kostet jeder Asylsucher den deutschen Steuerzahler 450 000 Euro, über die gesamte Lebenszeit.

Der bekannte Ökonom Hans Werner Sinn nennt diese Rechnung noch zu optimistisch, weil sie unterstelle, dass die neuen Zuwanderer ebenso schnell in den Arbeitsmarkt integriert würden wie vorangegangene Einwanderer – was Sinn nicht erwartet. Jedenfalls geht sogar „Optimist“ Raffelhüschen davon aus, dass Zuwanderung auf derzeitigem Niveau den deutschen Sozialstaat „langfristig zerstören“ werde.

Das klingt nicht gut, weshalb SPD-Wahlkämpfer Martin Schulz rasch seinen Zauberkasten aufstellt und ein Wunder hervorzieht: Mehr Geld für alle! Wie Umfragen belegen, sind Millionen Deutsche von der Vorstellung hingerissen und klatschen frenetisch Beifall.

Noch muss er nicht sagen, wo er die Moneten hernimmt. Eine Vorahnung gibt uns die Friedrich-Naumann-Stiftung. Laut einer Studie sei die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen schon jetzt so hoch angestiegen wie noch nie seit der Vereinigung. Da kommt dann bald noch ordentlich was drauf.

MEINUNGEN

*Der **Terrorismus-Experte Shams Ul-Haq** ist überzeugt, dass die islamische **Terror-Gefahr** in Deutschland von offizieller Seite **heruntergespielt** und das gezielte Einsickern tschetschenischer Terroristen per Asylantrag **verschwiegen** wird, um die Menschen nicht zu beunruhigen. Der „Epoch Times“ (5. April) sagte er:*

„Auf keinen Fall haben wir 650 Gefährder in Deutschland, wie BKA-Chef Münch sagt, denn wir haben viel mehr. Es gibt Tausende Gefährder oder Leute, die mit dem IS zusammenarbeiten. Die vielen IS-Sympathisanten in Flüchtlingsheimen schätzt man gar nicht erst ein, weil man der Bevölkerung keine Angst einjagen will. Deshalb dringt auch nichts über die Tschetschenischen Mudschahedin an die Öffentlichkeit.“

*Für **Wolfram Weimer** treibt Bundesinnenminister **Heiko Maas** (SPD) mit seinem Gesetz gegen Hassrede im Internet in Richtung Meinungsdiktatur mit **„Wahrheitsministerium“**. In „The European“ (5. April) schreibt er:*

„Man wird den Verdacht nicht los, dass es hier in Wahrheit um einen Kampf gegen neue Kritik geht – um eine Einschüchterungsoffensive. Denn die bisherigen Gesetze decken alle von Heiko Maas vorgebrachten Beispiele von Kommunikationsvergehen bereits ab ... Es ist also kein Wunder, dass der Gesetzentwurf weiträumig für Entsetzen und Kritik sorgt.“

*Die Deutschen werden ohne Unterlass aufgefordert, **„Verantwortung“ für die Asylsucher** zu übernehmen, die „zu uns geflüchtet“ seien. **Henryk M. Broder lehnt dies** strikt **ab**, wie er in der „Welt“ (7. April) sagt:*

„Ich habe sie nicht mit unhaltbaren Versprechen hergelockt ... Das mag für jene zutreffen, die in den Flüchtlingen ein vielversprechendes Potenzial sehen – als ‚Facharbeiter‘, industrielle Reservearmee oder eines Tages dankbare Wähler. Alle anderen, die noch mit beiden Beinen auf dem Boden stehen, sollten sich an ein Wort von Peter Scholl-Latour erinnern: ‚Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht Kalkutta, sondern wird selbst Kalkutta!‘.“

*Der Orientalist und Islamwissenschaftler **Tilman Nagel** weist in der „Jungen Freiheit“ (7. April) auf die eigentliche Bedeutung der **islamischen Freitagsgebete** hin:*

„Nach der Scharia befindet sich jedes Territorium, in dem der islamische Ritus ausgeübt wird, im Übergang zum Islam. Und das wird durch jede Freitagspredigt bei uns implizit bekundet ... Darauf zielen übrigens auch die Staatsverträge etc. ab, die diese (moslemischen Verbände) mit deutschen Institutionen – die meist völlig unwissend darüber sind, was wirklich Sache ist – abschließen.“

***Claus Peymann**, scheidender Theaterdirektor des Berliner Ensembles, kritisiert im „Spiegel“ (8. April) die **modernen Theatermacher**:*

„... der Wahn vieler sich selbst verwirklichender Regisseure ... Heute muss die Minna ja ein Mann sein, und es geht gar nicht anders, als den Tellheim von einer Frau spielen zu lassen.“